

International Socialist Congress
(6th : Amsterdam, Netherlands)
Internationaler Sozialisten
-Kongress zu Amsterdam





Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Amsterdam 1904

Preis 40 Pfennig



Berlin 1904

Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(Ernst Preczang in Rahnsdorf)

Internationaler

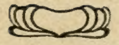
Sozialisten-Kongreß

zu

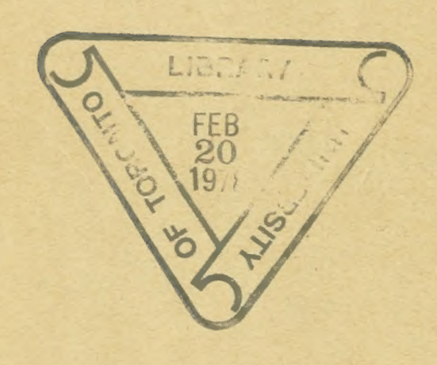
Amsterdam

---

14. bis 20. August 1904



Berlin 1904
Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(Ernst Preczang in Rahnsdorf)



Vorbemerkung.

Wir übergeben in nachstehendem unsern Parteigenossen das Protokoll des Internationalen Sozialistenkongresses in Amsterdam; es enthält zwar nicht durchgängig den stenographischen Wortlaut der dort gehaltenen Reden, aber die auf Grund stenographischer Aufzeichnungen hergestellten „Vorwärts“-Berichte sind mit den Berichten der holländischen und französischen Parteipresse verglichen und ergänzt worden, so daß das vorliegende Protokoll ebenso den Anspruch der Vollständigkeit, wie den der objektiven Richtigkeit erheben darf. Die Korrekturbogen sind vor der Drucklegung dem Internationalen Sozialistischen Bureau, das von dem Kongreß in Amsterdam mit der Herausgabe des offiziellen Protokolls in den drei Kongreßsprachen beauftragt worden ist, zugesandt worden, um dem Bureau die Möglichkeit der Korrektur etwaiger Unrichtigkeiten oder Unvollständigkeiten zu geben; damit ist auch die Herausgabe eines sogenannten offiziellen Protokolls in deutscher Sprache verüberflüssigt worden.

Abweichend von den Protokollen der früheren Internationalen Sozialistischen Kongresse sind diesem Protokolle auch die Verhandlungen und Beschlüsse *einer Kommission* als Anhang beigefügt worden, nämlich die der sogenannten *Taktik-Kommission*; diese Erweiterung bedarf wohl kaum einer besonderen Rechtfertigung; einmal waren gerade die Verhandlungen über die internationale Taktik von allgemeiner Bedeutung, zweitens geben diese Kommissionsberatungen begreiflicherweise ein weit zutreffenderes Bild über Standpunkt und Auffassung der Delegierten der verschiedenen Länder als die abschließende Diskussion im Plenum und endlich beanspruchen gerade diese Diskussionen über die Dresdner Resolution das besondere Interesse der deutschen Parteigenossen; die Aufnahme derselben in das vorliegende Protokoll wird daher wohl kaum einem Widerspruch in den Reihen unsrer Leser begegnen.

Der Verlag.

Die deutsche Delegation.

Deutschland war auf dem Kongreß durch folgende Delegierte vertreten:

Für die Parteileitung und Reichstagsfraktion: Bebel, Molkenbuhr und Pfannkuch.

Für die Parteiorganisationen bezw. Wahlkreise: Bader (Magdeburg), Baudert (Sachsen-Weimar), Büchner, E. Ernst und H. Werner (Berlin), Ebert (Bremen), Erdmann (Köln-Landkreis), R. Fischer (Ober-Barnim), Frank (Mannheim-Pfalz), Frohme (Schleswig-Holstein), Gewehr (Niederrheinischer Agitationsbezirk), Grünwaldt (Hamburg I), Hug (2. hannoverischer und 2. oldenburgischer Wahlkreis), Kaden (4., 5., 6. sächsischer Wahlkreis), Kautsky und Pollender (Leipzig), Kolb (Baden), König (westliches Westfalen), Kunze (Stettin), Rosa Luxemburg (Bromberg), Metzger (Hamburg III), Peirotes (Elsaß-Lothringen), Peus (Anhalt), Pfeiffle (Baden), Plorin (Merseburg), Quarck (Frankfurt a. M.), Schwartz (Lübeck), Sperka (Württemberg), Stadthagen (Nieder-Barnim), Stengele (Hamburg II), Trapp (Paris, deutscher sozialistischer Leseklub), Ulrich (Hessen), Westmeyer (Hannover), Wurm (Reuß j. L.), Zenker (östliches Westfalen), Zetkin und Zietz (sozialistische Frauen-Organisationen Deutschlands).

Für gewerkschaftliche Organisationen: Bischoff-Hamburg (Verband der Schmiede, Verband der Graveure und Ziseleure, Verband der Kupferschmiede), Bringmann-Hamburg (Zimmerer-Verband), Bock-Gotha (Schuhmacher-Verband), Cohen-Berlin (Metallarbeiter-Verband), Decker-Hamburg (Hafenarbeiter-Verband), Deichmann-Bremen (Tabakarbeiter-Verband), Döring-Hamburg (Hafenarbeiter-Verband), Dupont-Berlin (Bildhauer-Verband), Friedeberg und Kater-Berlin (Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften und Gewerkschaftskartell von Berlin und Umgegend), Haack-Leipzig (Metallarbeiter-Verband), Hübsch-Berlin (Textilarbeiter-Verband), Josephson und Steinburg-Hamburg (Handlungsgehilfen-Verband), Klein (Zentralverband der Maschinisten), Kretschmar-Berlin (Bäcker-Verband), Kube-Berlin (Zimmerer-Verband), Leipart-Stuttgart (Holzarbeiter-Verband), Müller-Hamburg (Zentralverband der Seeleute), Ollrich-Hamburg (Werftarbeiter-Verband), Päplow-Hamburg (Maurer-Verband), Röske-Hamburg (Holzarbeiter-Verband), Schlicke-Stuttgart (Metallarbeiter-Verband), Robert Schmidt-Berlin (Holzarbeiter-Verband), Schrader-Hamburg (Zimmerer-Verband), Schumann-Berlin (Transportarbeiter-Verband), Simon-Nürnberg (Schuhmacher-Verband), Stühmer-Berlin (Schneider-Verband).

* * *

Seitens der deutschen Delegation wurden als Mitglieder in die einzelnen Kommissionen entsandt für

- Punkt 5 der Tagesordnung: Internationale Regeln der sozialistischen Taktik: Bebel und Kautsky.
- Punkt 6: Kolonialpolitik: Bernstein und Stadthagen.
- Punkt 7: Auswandrung und Einwandrung: Müller-Hamburg und Quarck.
- Punkt 8: Generalstreik: Päplow-Hamburg und Clara Zetkin.
- Punkt 9: Arbeiterversicherung und Sozialpolitik: Molkenbuhr und Wurm; Maifeier und Achtstundentag Ernst-Berlin und Frau Zietz-Hamburg.
- Punkt 10: Trusts und Arbeitslosigkeit: Rosa Luxemburg und Schlicke-Stuttgart.

Internationaler Sozialisten-Kongreß in Amsterdam.

Am Sonntag den 14. August 1904 trat in dem prächtigen Saale des Concertgebouw der Kongreß zusammen. Das Podium, auf welchem das Bureau des Kongresses Platz nahm, war wie die vor dem Podium angebrachte Rednertribüne rot drapiert, auf dem Tisch des Präsidenten steht ein Korb duftender Geranien, während der Hintergrund des Podiums mit prächtigen Blatt- und Baumpflanzen und blühenden Hortensien geziert ist und von der Decke, als einziger Flaggenschmuck, ein mächtiges rotes Banner niederhängt mit der Inschrift in holländischer Sprache: Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch!

Einberufen war der Kongreß vom Internationalen Sozialistischen Bureau in Brüssel, vorbereitet von den holländischen Genossen, die für ihre, auf den früheren internationalen Kongressen leider mehrfach vermißte, gründliche und gute Lösung der schwierigen Organisationsarbeiten die allgemeine Anerkennung der Delegierten fanden.

Die Zulassungsbedingungen zu dem Kongreß waren die seinerzeit auf dem Londoner Internationalen Kongreß festgesetzten; das Internationale Sozialistische Bureau hatte also eingeladen:

1. Die Vertreter aller Gruppen, die die Umwandlung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsordnung in die sozialistische Eigentums- und Produktionsordnung anstreben und die Teilnahme an der Gesetzgebung und die parlamentarische Tätigkeit als ein notwendiges Mittel zur Erreichung dieses Zweckes ansehen.
2. Alle gewerkschaftlichen Organisationen, die, wenn sie sich auch als solche nicht am politischen Kampfe beteiligen, doch die Notwendigkeit politischer und parlamentarischer Tätigkeit anerkennen. Anarchisten sind mithin ausgeschlossen.

Am Nachmittage fand im Linnäus-Park ein internationales Meeting unter freiem Himmel statt. Auf den vier Ecken der großen Wiese waren auf großen Wagen Rednertribünen errichtet, auf denen der japanische Delegierte Katayama, der Holländer Troelstra, die Russen Plechanow und Roubanowitsch, Ferri-Rom, Adler-Wien, Branting-Stockholm, Vandervelde-Brüssel, Van Kol-Amsterdam, Vaillant und Bonanet-Paris, Hyndman- und Quelch-London, Olsen-Dänemark, Anseele-Gent, Clara Zetkin und Bebel sprachen. — Unter

jubelndem Beifall der Amsterdamer Arbeiterschaft beglückwünschte Bebel die holländischen Arbeiter zu ihren Erfolgen und zu ihrem tapferen Widerstand, mit dem sie die Verfolgungswut ihrer Feinde überwunden, und ging in seiner Rede auch auf die Frage der Gefährdung des allgemeinen Wahlrechts in Deutschland ein. Er hatte an ein Wort des dänischen Delegierten Olsen angeknüpft, der, von der angeblichen Friedensliebe der Bourgeoisie sprechend, Dänemark als den Bläser der Pikkoloflöte im großen Weltkonzert der Sozialdemokratie bezeichnet hatte, und sagte, die deutsche Sozialdemokratie spiele in diesem internationalen Konzert den Kontrabaß. Er hoffe jedoch, daß sie auch einmal die Posaune blasen werde, welche die schon wackligen Mauern des Kapitalismus zum Einstürzen bringe. Er geißelte dann bei Besprechung des russisch-japanischen Krieges die russische Expansionspolitik und das russische Schreckensregiment im Innern. Auch über dem lieben Deutschland, so führte er aus, wehe heute ein russisches Lüftchen. Was man sich dort gegen die Sozialdemokratie unterstehe, habe der Königsberger Prozeß bewiesen. Die letzten deutschen Reichstagswahlen hätten ergeben, daß der Partei heute über drei Millionen Arbeiter angehörten, und mit dieser Wahl habe sich die deutsche Sozialdemokratie zu Herren von 81 Reichstagssitzen gemacht. Statt aber mit dieser Tatsache zu rechnen und ihren Regierungskurs danach einzurichten, sei die deutsche Reichsregierung nur noch reaktionärer als früher geworden. Jetzt planen die gegnerischen Parteien bereits offen den Wahlrechtsraub. Die deutsche Arbeiterklasse werde aber niemals eine Verschlechterung des Wahlrechts gestatten. Von dem Tage an, an dem dieser Streich versucht werde, das erkläre er heute feierlich zum zweiten Male, habe die deutsche Arbeiterklasse an der Forteristenz des Deutschen Reiches nicht das geringste Interesse mehr. Nur Pflichten ohne Rechte für die Volksmassen seien in unsrer Zeit unmöglich. Die deutsche Arbeiterklasse trage weitaus die höchsten Lasten für die Erhaltung des deutschen Militärs. Die Tatsache, daß die Gewehre zum größten Teil auf sozialistischen Schultern hingen, sei der Regierung wohl bekannt und so habe sie auf diese Tatsache Rücksicht nehmen müssen. Das deutsche Volk sei sehr fruchtbar. Es vermehre sich jährlich um etwa eine Million Menschen, wovon neun Zehntel Proletarier seien, die dazu bestimmt seien, die Armee zu stärken. Die deutsche Sozialdemokratie sei sich ihrer Kulturaufgabe völlig bewußt und entschlossen, sie zu erfüllen. Und mögen im Innern der Partei da und dort kleine Differenzen sich zeigen, gegen den kapitalistischen Feind werde sie stets eine geschlossene Phalanx bilden, bis das Reich der Freiheit, der Wahrheit und des Friedens erobert sei.

* * *

Nach Schluß der Kongreß-Verhandlungen nahmen die Delegierten an einer von den holländischen Genossen angebotenen Dampferfahrt teil, an der die Delegierten, welche die Woche über infolge der langen und ernsten Arbeiten keine Gelegenheit zu privaten Zusammenkünften gehabt hatten, in Lust und Scherz sich persönlich näher traten, so das Wort bewahrheitend, das Genosse Adler aus den Herzen aller Delegierten den Holländern beim Abschied zurief: Als Parteigenossen, die durch ihre gemeinsame Sache verbunden sind, sind wir nach Holland gekommen, als persönliche Freunde, die das Band der Liebe eng vereint, verabschieden wir uns von unsren lieben holländischen Freunden.

Eröffnungs-Sitzung.

Sonntag den 14. August, vormittags 10½ Uhr.

Van Kol (Holland) eröffnet den Kongreß mit geschäftlichen Mitteilungen neben ihm sitzen rechts Plechanow (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands) und links Sen Katayama (Japan); als Uebersetzer fungieren Clara Zetkin für französisch und deutsch, Smith (Headingley) für englisch und französisch.

Troelstra (Holland) begrüßt in deutscher Sprache den Kongreß namens der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands: Die ernsten Vorbereitungen zu Eurem Empfang sollen besser als Worte Euch sagen, daß die holländische Sozialdemokratie die Ehre, Euch hier zu empfangen, zu würdigen weiß. Sie gedenkt derjenigen, die diese Vertreter hierher gesandt haben, der zahllosen Millionen in Not und Elend. Sie heißt willkommen die Vorkämpfer der Arbeiterbataillone, die Führer und Helfer der Bedrückten, die Repräsentanten des Proletariats, das mit seiner eigenen Befreiung zugleich die Befreiung der ganzen Menschheit erstrebt. Die bloße Tatsache, daß der Internationale Kongreß hier in diesem Saal tagen kann, liefert den schlagenden Beweis, daß die Arbeiter-Internationale in Holland gesiegt hat. Auf dem Internationalen Kongreß in Brüssel, Zürich und London vertrat die holländische Mehrheit den Utopismus, den Anarchismus, den Antiparlamentarismus. Jetzt ist der alte sozialdemokratische Bund, der jede Teilnahme an den Wahlen verwarf, nach fünfjährigem Hinsiechen in Schmach und Schande zugrunde gegangen. Aber die Kämpfe der holländischen Delegierten an den internationalen Kongressen sind nur ein schwaches Abbild der schweren inneren Kämpfe der holländischen Arbeiterbewegung gewesen. Am 26. August dieses Jahres feiern wir das zehnjährige Jubiläum des siegreichen Wiedererwachens der Sozialdemokratie in Holland und wir dürfen heute mit Genugtuung und Stolz sagen: wir haben das sozialistische Proletariat Hollands für die Internationale wiedergewonnen. (Beifall.) Die Tagung dieses Kongresses ist die Krone unsrer zehnjährigen Tätigkeit. Wir wissen, daß wir hier in Holland erst die Grundlagen für den politischen Kampf der Arbeiterklasse geschaffen haben; aber die Probe dafür, daß diese Grundlage unzerrüttbar ist, haben wir im Vorjahre erbracht, als wir zur Verteidigung der politischen Rechte der Arbeiterklasse zum äußersten Mittel der Notwehr greifen mußten: zum Generalstreik. Hätten wir ein politisch organisiertes und geschultes Proletariat gehabt, dem das allgemeine Wahlrecht als Kampfmittel zur Verfügung gestanden hätte, wir hätten dieses Mittel äußerster Notwehr nicht ergreifen müssen. Noch bluten die Wunden jenes Kampfes; die große, prächtige, mächtige Eisenbahnarbeiter-Organisation ist zerstört, Hunger, Verzweiflung, selbst der Selbstmord hat unter den 5000 Opfern dieses Kampfes gewütet. (Hört! hört!) Und von dieser Tribüne soll vor dem Proletariat der ganzen Welt dieses unritterliche Benehmen, dieser rohe Racheakt einer christlichen Regierung gegen wehrlose Arbeiter als gemeine Niederträchtigkeit gebrandmarkt werden. (Brausender Beifall.) Anarchistische Demagogen haben versucht, durch ein von ihnen eingesetztes, lächerliches sogenanntes Arbeitergericht grundlose Verdächtigungen zu erheben und die Arbeiterniederlage als Folge des Verrates der Sozialdemokratie hinzustellen; vergebene Mühe: gefestigt in innerer Größe

und an äußerem Ansehen, verstärkt an politischer Kraft sind wir aus dieser Krise, in der wir nicht um Haaresbreite von dem uns durch unser Programm vorgeschriebenen Wege abgewichen sind, hervorgegangen, so daß wir auch für Holland rufen können: der Internationale gehört die Zukunft. (Jubelnde Zustimmung.) Und hiermit wünscht Ihnen die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands zu der ernsten, großen Arbeit einen lebhaften, gründlichen, unerschrockenen, aber vom Geist der Brüderlichkeit beseelten Meinungskampf. Die Internationale der Arbeit, die kriegerische Macht der organisierten Volksmasse, sie lebe dreifach hoch! (Lebhafter Beifall.)

Van Kol spricht im Namen des Internationalen Sekretariats den Willkommgruß den Delegierten aus, die geeint in gleichen Kämpfen, unter gleichem Banner für das gleiche Ziel streiten, und heute schon nicht mehr bloß in den modernen europäischen Kulturstaaten, sondern überall, wo der Kapitalismus seine ausbeuterische Wirkung übt, in Asien und Afrika, wie in Amerika und Australien. Einen besondren Gruß aber entbiete ich den Vertretern der *japanischen* und *russischen Sozialdemokratie*, die den Mut gehabt hat, das Bekenntnis internationaler Friedensliebe und internationaler Solidarität der Arbeiter aller Länder in einem Augenblicke abzulegen, wo die entfesselte Kriegsfurie die beiden Länder verwüstet. (*Plechanow und Sen Katayama erheben sich und reichen sich am Bureau die Hände. Der Kongreß bricht in minutenlangen brausenden Beifall aus.*) Und auch den Vertretern der *indischen* Kolonien, gegen welche die englische Kolonialverwaltung so schwere Sünden auf dem Gewissen hat, entbiete ich den herzlichen Gruß. Wenn wir, die Vertreter der Sozialisten aller Länder, einen Rückblick werfen auf unsre Kämpfe und unsre Bewegung der Vergangenheit, so haben wir einen großen Fortschritt zu verzeichnen. Unser heutiger Kongreß ist nicht der erste Internationale Kongreß, der in Holland tagte. Vor 32 Jahren tagte der letzte Kongreß der alten Internationale im *Haag*; die alte Internationale ging zugrunde an schweren inneren Zerwürfnissen, aber sie hinterließ uns die gewaltige Kriegslosung für alle im Klassenkampfe stehenden Arbeiter: **Arbeiter aller Länder vereinigt Euch!** In keinem Lande gab es damals noch eine ernsthafte sozialistische Arbeiterbewegung; in *Deutschland* waren kaum die ersten Ansätze dafür vorhanden, aber die schweren Konflikte zwischen Eisenachern und Lassalleanern schwächten ihre Bestrebungen; heute sehen wir die Arbeiter einig und zielklar in einer Partei, die das größte Regiment unsrer Armee darstellt. Und ähnlich ist es in allen Ländern. In *Belgien* mühten sich damals zwei starke Persönlichkeiten, den Samen des Sozialismus auf anscheinend unfruchtbaren Boden auszustreuen, und wie herrlich ist heute dieser Same aufgegangen! *Frankreich* blutete damals aus den tausend Wunden der blutig niedergeschlagenen Kommune, in der die Reaktion der ganzen Welt die Arbeiterbewegung erstickt wähnte, vor deren Opfer- und Heldenmut die Arbeiter aller Länder sich aber heute noch ehrend verneigen. In *Holland* tagte damals die internationale Sozialdemokratie in einem elenden Winkellokale; damals gelang es der reaktionären Regierung noch, die Bevölkerung, sogar Arbeiter, gegen die fremden Delegierten aufzuhetzen, heute nach kaum einem Menschenalter — und welch' kurze Spanne Zeit ist das in der ungeheuren Bewegung der Befreiung der Arbeiterklasse! — heute ist die Sozialdemokratie in allen Kulturländern durch die Kraft ihrer Kritik und durch die Macht ihrer Organisation ein wesentlicher Faktor jeden Fortschritts, jeglicher Kulturbewegung geworden. Die sozialistischen Arbeiter sind heute die Träger des menschlichen Kulturfortschritts überhaupt. Man hat die Sozialdemokratie durch brutale Gewalt zu unterdrücken, durch Reformen zu korrumpieren versucht: umsonst, weder durch Gewalt noch durch Reformen hat man uns Abbruch tun können, sondern nur unsre Kampffähigkeit erhöht. Heute kennen die Arbeiter

keinen Gegensatz der Rassen mehr, nur noch zwei Heere stehen sich gegenüber: die Klasse der arbeitenden und entbehrenden Massen, und die Klasse der besitzenden und genießenden, aber nicht arbeitenden Minderheit. Gewiß wird auch auf diesem Kongreß die Diskussion kräftig und leidenschaftlich einsetzen, wie unsre Bewegung kräftig ist und unsre Vorkämpfer kraft- und leidenschaftsvolle Persönlichkeiten sind; die Erörterung der Frage der Taktik wird es an tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten nicht fehlen lassen; immer aber werden wir uns wieder brüderlich zusammenfinden, weil die Einigkeit uns nötig ist zum Siege. (Beifall.) Vergessen wir über dem, was uns trennt, nicht das, was einigt! Seien wir unsrer internationalen, revolutionären Pflicht eingedenk! Konzentrieren wir unsre Kraft gegen den äußeren Feind, den Kapitalismus! Ans Werk dieser Woche, an die Arbeit! Alle haben wir das gleiche Ziel: die Eroberung der politischen Macht auf dem Wege des politischen Klassenkampfes — nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum gemeinsamen Zwecke: Ueberführung der Produktionsmittel aus dem Privatbesitze in gemeinschaftliches Eigentum. Auch von diesem Kongresse soll die Annale der Geschichte schreiben: es ist Großes, Erhabenes im Geiste der Brüderlichkeit geleistet worden! (Lebhafter Beifall.)

Katayama (mit jubelndem Händeklatschen begrüßt): Ich fühle lebhaft die große Ehre und Verantwortung, daß ich hier als Vertreter der japanischen Arbeiter das Wort ergreife, aber ich empfinde auch die Freude, daß ich hier zum erstenmal mit den Sozialisten aller Länder zusammenarbeiten kann an dem gemeinsamen Werke der Befreiung der Arbeiter und damit der ganzen Menschheit. Besonders erfreut bin ich, gerade mit dem Vertreter der russischen Arbeiter zusammen zu sitzen, des Landes, mit dem durch die Regierungen der beiden Länder einer der greuelvollsten Kriege entfesselt worden ist, in welchem Tausende und Zehntausende von Proletariern zur Schlachtbank geführt werden. Und warum? Zum Wohl des Volkes, der Arbeiter? Nein, der Kapitalismus, der uns in beiden Ländern bedrückt, er hat auch diesen Krieg entfesselt, der geführt wird lediglich zum Zwecke der Erweiterung der Machtstellung ihrer Ausbeuter und Unterdrücker. Und es gibt keinen besseren Beweis für die Sinnlosigkeit und Kulturwidrigkeit dieses Krieges als dieses Gegenstück der gemeinsamen Arbeit der Proletarier dieser beiden Länder mit den Sozialisten aller Länder, die jeden Krieg auf das schärfste verurteilen. In Japan gibt es unter den Arbeitern, zu welchen die sozialistische Heilsbotschaft gedrungen ist, keinen Rassenhaß: sie fühlen sich nicht als Gegner der eingewanderten fremden, christlichen Arbeiter, sondern als geschlossene Feinde ihres gemeinsamen Gegners, ihrer kapitalistischen Ausbeuter.

Die sozialistische Bewegung Japans ist jung; als ich 1896 von Amerika, wo ich Sozialist geworden war, nach Japan zurückkehrte, da gab es keine sozialistischen Vereine, keine Gewerkschaften, keine sozialistische Presse, keine sozialistischen Versammlungen; und auch heute sind wir erst ein kleines Häuflein, die den Kampf führen gegen den Kapitalismus, der in Japan sich wie in der Gluthitze eines Treibhauses entwickelt hat. Aber nicht nur gegen den Kapitalismus, der in Japan jugendfrisch und jugendstark ist, haben wir zu kämpfen, sondern zugleich gegen eine reaktionäre Regierung, nationale Vorurteile und nationalen Kastengeist. Die Verfolgungen der Regierung, die Spitzeleien der Polizei haben ergeben, daß wir in Japan 3000 organisierte Sozialisten haben — eine kleine Zahl im Vergleich zu den Parteien andrer Länder, aber groß angesichts der Jugend unsrer Bewegung und der gegen uns aufgetürmten Schwierigkeiten. Und keine Verfolgung und keine Schwierigkeit wird uns hindern, unsre internationale Pflicht zu erfüllen und unsre Stimme laut zu erheben für den Weltfrieden. (Bravo!) Man spricht im Auslande so oft von der japanischen Konstitution; aber der Arbeiter hat in Japan kein Wahlrecht, unser Wahlrecht ist vielleicht noch schlechter als das preußische Dreiklassen-Wahlrecht. Trotzdem werden wir, wie gesagt, unsre Pflicht

tun in der Aufklärung der 40 Millionen japanischer Arbeiter, die ja auch allein die Opfer des Krieges an Gut und Blut tragen müssen. Unsre höheren Offiziere, die im Kriege fallen oder invalide werden, beziehen hohe Pensionen, die Proletarier müssen ihre Knochen für die Interessen der besitzenden Klassen zu Markte tragen und erhalten nichts. (Zuruf aus der deutschen Delegation: Gerade wie bei uns!) Aber je näher die Stunde rückt, in der die Sozialisten aller Länder die sozialistische Republik errichten werden, um so mehr wird auch die japanische Sozialdemokratie auf der Schanze stehen, das Wort unsres großen Vorkämpfers Karl Marx zu erfüllen: Arbeiter aller Länder vereinigt Euch! (Großer Beifall.) Im Namen der Zukunft: Ihr habt nichts zu verlieren als Eure Ketten und eine ganze Welt zu gewinnen! (Langandauernder Beifall.)

Plechanow (gleichfalls mit Händeklatschen begrüßt): Ich bin glücklich, mit Katayama, dem Benjamin der internationalen Arbeiterbewegung, gemeinsam im Präsidium zu sitzen, und mir liegt daran, hier zu erklären, daß nicht das russische Volk, sondern sein Todfeind, der Zarismus, der Despotismus, die Verantwortung hat für diesen verbrecherischen Krieg. Auch wenn Rußland als Sieger aus diesem Kampfe hervorgehen sollte, so wird nicht Japan als Besiegter am Boden liegen, sondern das russische Volk, das die schwersten Leiden, die drückendsten Lasten zu tragen haben wird. Nicht Japan hat diesen Krieg begonnen, sondern die Raub-, Ausbeutungs- und Eroberungssucht des russischen Despotismus, der einen ganzen Kranz fremder Völkerschaften mit einer gemeinsamen Kette an sich gefesselt. Und alle Schichten der russischen Bevölkerung geben ihm an Haß zurück, was sie an Unterdrückung von ihm empfangen. Nunmehr scheint aber die Zeit gekommen, da der Despotismus vor seinem wohlverdienten Ende steht. Und wenn jetzt Nachricht um Nachricht kommt von Niederlagen Rußlands, so begegnet der Zarismus nirgends Sympathien; er steht moralisch vollständig isoliert da. Nur dem Ausland gegenüber konnte er stark erscheinen; in Rußland ist er immer schwach gewesen. Da hat er sich in Gegensatz gebracht zu jedem Talent, zu jedem groß und edel empfindenden Herzen, zu jedem Freiheitsstreben. Daher blickt alles, was in Rußland auf Fortschritt und Freiheit rechnet, vertrauensvoll auf die sozialistische Bewegung, den proletarischen Klassenkampf. Die Bourgeoisie aller Länder ist konservativ geworden. Ist es nicht eine Schande zu sehen, daß sogar die Bourgeoisie einer sogenannten Republik, als festeste Stütze des Despotismus, den Henker aller Reußen mit ihrem Golde bezahlt? (Lauter Beifall, besonders bei den französischen und russischen Delegierten.) So ist die Sache der Sozialdemokratie immer mehr die große, gute und gerechte Sache der allgemeinen Kultur geworden und alles, was Fortschritt erwartet und für Freiheit kämpft, schart sich um sein Banner. Der proletarische Klassenkampf ist Sache der Befreiung, des Fortschritts der ganzen Menschheit geworden. (Lebhafter Beifall.)

Von der Sozialistischen Arbeiterpartei Frankreichs (Guesdisten) wird im Anschluß an die Ausführungen des japanischen und russischen Delegierten die folgende Resolution beantragt:

> In Erwägung, daß die Verständigung und die gemeinsame Aktion der Arbeiter und Sozialisten aller Länder die wesentlichste Bürgschaft für den Weltfrieden ist, entbietet der Kongreß, in dem Augenblick, wo der Zarismus gleichzeitig durch Krieg und Revolution bedroht wird, seinen brüderlichen Gruß den russischen und japanischen Proletariern, die geopfert, hingemordet werden sowohl durch die Verbrechen des Kapitalismus wie der Regierung. Der Kongreß fordert die Sozialisten und Arbeiter aller Länder auf, die Hüter des Friedens sind, sich mit aller Kraft jeder Ausdehnung des Krieges zu widersetzen.

Einstimmig gibt der Kongreß dieser Resolution seine Zustimmung. Nach Verlesung zahlreicher Zustimmungsschreiben und Telegramme (darunter von russischen Genossen in Genf, armenischen Genossen in London, Genossen aus Bulgarien u. s. f.) vertagt sich der Kongreß um 1 Uhr auf Montag vormittag 10 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Montag den 15. August. — Vormittags-Sitzung.

Van Kol eröffnet um ½11 Uhr die Sitzung; in das Präsidium werden heute entsandt: von Deutschland Molkenbuhr, von Frankreich Vaillant, von Italien Ferri.

Molkenbuhr übernimmt den Vorsitz und schlägt vor, in der Reihenfolge der provisorischen Tagesordnung zu verhandeln. Dieselbe lautet:

1. Prüfung der Mandate.
2. Wahl des Bureaus; Bildung der Sektionen; Feststellung der Tagesordnung.
3. Bericht des Sekretariats.
4. Berichte der Nationen.
5. Internationale Regeln der sozialistischen Politik; Resolution über die Taktik der Partei (gestellt von der guesdistischen sozialistischen Partei von Frankreich).
6. Kolonialpolitik (Hyndman: Sozialdemokratische Föderation von England, und Van Kol: Sozialistische Partei von Holland).
7. Auswanderung und Einwanderung (Sozialistische Partei der Republik Argentinien).
8. Generalstreik (Revolutionäre sozialistische Arbeiterpartei von Frankreich und Sozialistische Partei von Holland).
9. Sozialpolitik und Arbeiterversicherung (Molkenbuhr: Sozialdemokratische Partei Deutschlands). — Der Achtstundentag (Gewerkschaftsbund Dänemarks).
10. Trusts und Arbeitslosigkeit (Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten von Amerika).
11. Sitz des nächsten Kongresses.
12. Sitz des Internationalen Sozialistischen Bureaus.
13. Wahl des Internationalen Sozialistischen Bureaus.

Der Kongreß stimmt diesem Vorschlage zu.

Die weiteren auf die provisorische Tagesordnung gestellten Punkte, nämlich:

14. Schutzzoll und Freihandel (Unabhängige Arbeiterpartei Englands),
15. Militarismus (Unabhängige Arbeiterpartei Englands),
16. Der Klerikalismus und die Schulen (Sozialdemokratische Föderation von England),
17. Gewerkschaftsbewegung und Politik (Gesellschaft der Fabier von England),
18. Internationale Schiedsgerichte (Unabhängige Arbeiterpartei von England),
19. Arbeiterwohnungen (Nationaler Verein für Arbeiterwohnungen in England),
20. Internationale Solidarität (Verein der deutschen, österreichischen und ungarischen Sozialisten in der Schweiz),
21. Die Alkoholfrage (Deutscher Arbeiter-Abstinentenbund)

gelangen mangels Unterstützung des Kongresses nicht zur Verhandlung.

Vaillant beantragt, daß die einzelnen Nationalitäten um 2 Uhr zusammentreten, um die Wahl ihrer Delegierten zu den verschiedenen Kommissionen vorzunehmen; morgen könnten dann die eigentlichen Arbeiten des Kongresses beginnen. Er schlägt vor, zu Punkt 5 (Internationale Regeln der sozialistischen Politik: Taktikfrage), Punkt 6 (Kolonialpolitik), Punkt 7 (Ein- und Auswandrung), Punkt 8 (Generalstreik) und Punkt 9 (Sozialpolitik und Arbeiterversicherung) Kommissionen zu ernennen.

Das Bureau stimmt diesem Vorschlage zu.

Bebel empfiehlt, auch die Dienstags-vormittags-Sitzung des Kongresses ausfallen zu lassen, um den Kommissionen die Möglichkeit einer gründlichen Beratung zu geben.

Auch dieser Vorschlag findet Zustimmung.

Ferri: Ueber Punkt 10 (Trusts und Arbeitslosigkeit) ist zwar kein Bericht erschienen, aber Hyndman und Carrol seien bereit, diesen Bericht ungesäumt zu erstatten; im Auftrage der englischen Delegation beantrage er, auch diesen Punkt einer Kommission zu überweisen.

Der Kongreß beschließt demgemäß.

Der Sekretär des Internationalen Bureaus, **Serwy**, erstattet den Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission der einzelnen Länder; anwesend sind 476 Delegierte, und zwar aus:

Argentinien	2
Armenien	1
Australien	1
Belgien	38
Böhmen	3
Bulgarien (Partei 4000, Gewerkschaften 2400 organisierte Mitglieder)	2
Canada	1
Dänemark (20 000 organisierte Mitglieder)	7
Deutschland (40 für die Partei, 28 für die Gewerkschaften)	68
England: Sozialdemokratische Federation 34, Unabhängige Arbeiterpartei 31, Trades Unions 26, Sozialistische Partei Großbritanniens 2, Arbeitervertretungs-Komitee 2, Fabian-Gesellschaft 5, Liverpooler Fabian-Gesellschaft 1	101
Frankreich: Sozialistische Partei Frankreichs (Guesdisten) 46, Französische sozialistische Partei (Jaurèsisten) 39, Revolutionäre sozialistische Arbeiterpartei (Allemanisten) 6	91
Holland	33
Italien (42 000 organisierte Mitglieder)	5
Japan	1
Norwegen	2
Oesterreich	13
Polen: Sozialdemokratische Partei in Oesterreich, Deutschland und Rußland 20, Sozialdemokratische Partei in Rußland, Polen und Lithauen 6, Polnische sozialistische Partei „Proletariat“ 3 (letztere hat auch Rosa Luxemburg ins Bureau entsandt)	29
Rußland: Revolutionäre sozialistische Partei 31, Sozialdemokratische Arbeiterpartei mit 47 Organisationen 6, Jüdischer Arbeiterbund mit 27 Organisationen, 56 Gruppen und 22 990 Mitgliedern 8	45
Schweden	6
Schweiz	7
Serbien	1
Spanien	5
Ungarn	3
Vereinigte Staaten von Nordamerika: Sozialistische Partei 9, Sozialistische Arbeiterpartei 1, Sozialdem. Frauenpartei 1	11

Von allen Mandaten wird nur ein russisches bestritten; da die russische Delegation sich darüber nicht einigen konnte, muß der Kongreß in nächster Sitzung darüber entscheiden.

Für die Zusammensetzung der Kommissionen seitens der einzelnen Länder schlägt die Kommission vor, daß jede Nation einen Delegierten senden soll.

Vaillant tritt für 2 Delegierte ein, um den verschiedenen Strömungen in einzelnen Ländern Ausdruck zu geben; auch müßten Gewerkschaften und politische Parteien ihre Vertretung finden können; ebenso wenn zwei verschiedene Parteien

innerhalb eines Landes beständen; könnten diese über die vorgeschlagenen Resolutionen sich nicht einigen, müßten sie das Recht der separaten Stimmabgabe haben. In der Kommission für den Generalstreit müßte eine dritte Stimme bestimmten gewerkschaftlichen Gruppen zuerkannt werden.

Allemane weist auf die Ausnahmezustände in Frankreich hin; die Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei ist national organisiert; sie ist die älteste Parteiorganisation, hier aber am schwächsten vertreten; sie kann sich auch nicht an eine der beiden großen Parteien anschließen. In der Frage des Generalstreiks, der Trusts, des Militarismus nimmt sie ihren eigenen Standpunkt ein; sie verlangt daher für sich dasselbe Recht wie die Jaurèsisten und Guesdisten.

Vandervelde: Das Bureau ist einstimmig der Meinung, daß Allemanes Verlangen nicht erfüllt werden kann. Die Konsequenz wäre, in je mehr Gruppen die Partei eines Landes zerfällt, um so mehr Stimmen würde sie hier erhalten. (Beifall). Früher hatte in jeder Kommission jede Nation schlechtweg eine Stimme; infolge der betrübenden Zersplitterungen in einzelnen Ländern mußte man in London und Paris 2 Stimmen gewähren; weiter kann man nicht gehen, sonst würden England, Rußland u. a. dem Beispiel Frankreichs folgen. Um Allemane möglichst entgegenzukommen, solle das Bureau beauftragt werden, einen vom kameradschaftlichen Geist gesuchten Ausweg zu suchen; grundsätzlich müsse daran festgehalten werden, daß jede Nation 2 Stimmen habe.

Allemane: Hier handelt es sich um ein Prinzip. Wir wollen nicht den Sozialismus in kleine Gruppen zersplittern; beschließt der Kongreß, daß jede Nation nur 1 Stimme erhält, gut; erhalten aber die beiden andern Fraktionen jede eine Stimme, so beanspruchen wir als die älteste, bereits 1878 gegründete, ebenfalls eine Stimme.

Renaudel (von der Gruppe Jaurès'): Wir unterwerfen uns dem Beschluß des Kongresses, und da ich und meine Genossen stets für die Einigkeit der Partei gekämpft haben, werden wir ohne Widerspruch den Beschluß annehmen, daß Frankreich überhaupt nur eine Stimme hat.

Vaillant verlangt die Ueberweisung dieser Frage ans Bureau.

Molkenbuhr bringt den Vorschlag Vandervelde zur Abstimmung, daß jede Nation zwei Stimmen habe; seien verschiedene Gruppen in einem Lande vorhanden, so sollten diese zur Begründung ihres Standpunktes in diejenigen Kommissionen auch einen Delegierten senden können, für deren Beratungsgegenstände sie besonderes Interesse haben.

Der Kongreß stimmt mit Ausnahme der Allemanisten und eines großen Teiles der Jaurèsisten dem Vorschlage zu.

Keir Hardie und **Herbert Burrows** schlagen namens der englischen Delegation eine Sympathiekundgebung für die Streikenden in Colorado vor, die in schändlichster Weise vergewaltigt werden. Diese Adresse lautet:

> Der Internationale sozialistische Kongreß in Amsterdam 1904 bringt hiermit seine aufrichtige Sympathie mit den ausgesperrten organisierten Bergarbeitern in Colorado (Amerika) zum Ausdruck und verurteilt nachdrücklich die bestialischen Anschläge der Behörden, welche im Interesse der kapitalistischen Klasse auftreten, indem sie Soldaten und bewaffnete Polizei heranzogen, um die Organisation der Arbeiter zu vernichten, um Männer und Frauen zu arretieren, wegzuführen, bloß weil sie dem Bergwerkerverein als Mitglieder angehörten oder mit demselben sympathisierten, um in die Häuser hineinzudringen, sie zu demolieren, und um überhaupt durch Waffengewalt den friedlichen Versuch der Arbeiter, durch Vereinigung und Organisation ihre Lage zu verbessern, gewaltsam zu unterdrücken.

Unter Beifall beschließt der Kongreß diese Sympathie-Erklärung.

Schluß der Sitzung 12 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Dienstag den 16. August. — Nachmittags-Sitzung.

Um 3 Uhr eröffnete **Van Kol** die Sitzung; das Präsidium bilden Hilquitt (Nordamerika), Iglesias (Spanien) und Cipriani (Frankreich).

Serwy, Sekretär des Internationalen Bureaus, teilt mit, daß verschiedene Kommissionen ihre Arbeiten noch nicht haben abschließen können und daß deshalb eine Vertagung der Sitzung auf morgen vormittag angebracht erscheine.

Hyndmann (London) wendet sich dagegen; die Sitzungen des Kongresses sind nicht minder wichtig als die der Kommissionen; die Kommissionen mögen morgen ihre Beratungen fortsetzen, wir können aber hier wenigstens die Punkte behandeln, die in den Kommissionen erledigt sind, nämlich Punkt 9: Arbeiterversicherung und Punkt 6: Kolonialpolitik.

Vandervelde hält im Namen des Bureaus dessen Vorschlag aufrecht: die Kommissionen tagen und müssen eben bis zum Abschluß ihrer Arbeiten noch tagen. An der Debatte über Arbeiterversicherung müssen aber alle Delegierten teilnehmen. Außerdem bilden die Verhandlungen der Taktikkommission, die jetzt gleichzeitig mit dem Plenum tagt, ein zweites Interessezentrum und lenken die Aufmerksamkeit von unsern Plenarsitzungen ab.

Hyndman ändert nunmehr seinen Vorschlag dahin ab, Mittwoch vormittag für die Kommissionen freizulassen; doch wird sein Antrag mit ziemlich großer Mehrheit abgelehnt.

Nächste Sitzung Mittwoch, 10 Uhr.

Schluß 3½ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Mittwoch den 17. August. — Vormittags-Sitzung.

Van Kol eröffnet um 10 Uhr die Sitzung.

Um die Sprachschwierigkeiten bei Leitung der Verhandlungen möglichst zu verringern, soll von heute ab den Vorsitz als ständiger Präsident Van Kol übernehmen; in das Tagespräsidium werden entsendet: Cipriani (Frankreich) Hilquitt (Ver. Staaten) und Iglesias (Spanien).

Das Internationale Bureau schlägt vor, vorläufig diejenigen Punkte der Tagesordnung im Plenum zu behandeln, die in der Kommission erledigt sind. Die Diskussion über die Frage der Internationalen Taktik beansprucht in der Kommission mehr Zeit, als vorausgesetzt worden war; um nun aber diese Beratungen in der Kommission zum Abschluß zu bringen und einen Beschluß zu erzielen, der, ohne die Gefühle einzelner zu verletzen, mit prinzipieller Schärfe und Klarheit die sozialistische Auffassung darlege, soll diese Kommission auch während der Sitzungen des Kongresses weiter tagen.

Der Kongreß stimmt dem zu.

Es kommen demnach jetzt zur Verhandlung:

Punkt 9: Sozialpolitik und Arbeiterversicherung,
Punkt 10: Trusts und Arbeitslosigkeit,
Resolution der Delegierten von Britisch-Indien.

Zahlreiche Zustimmungsschreiben aus den verschiedensten Ländern kommen zur Verlesung, darunter von sozialistischen Arbeitern in Japan, Havanna, in Odessa, Mohilew, deren Sympathiekundgebungen mit besonderem Beifall begrüßt werden.

Serwy, Sekretär des Internationalen Bureaus, teilt mit, daß die Zahl der **Delegierten nunmehr 483 betrage.**

Berg (vom Bund der jüdischen Arbeiter in Rußland) ruft die Entscheidung des Kongresses dagegen an, daß diese Organisation nicht eine eigne Stimme

bei Abstimmungen erhalte. (Das Internationale Bureau hat diese Organisation als vollberechtigt zur Teilnahme am Kongreß anerkannt, aber ein von der russischen Delegation getrenntes Stimmrecht ihr nicht zuerkennen können.) Damit sei die größte und älteste der proletarisch-revolutionären Organisationen in Rußland tatsächlich der Vertretung am Kongreß beraubt. Der Bund der jüdischen Arbeiter habe die rückständigsten Elemente in Rußland für den Kampf gegen den Despotismus und für den Sozialismus organisiert, er zählt heute 30 000 organisierte Kämpfer. Da sie mit den beiden andern großen russischen Gruppen sich über die einzelnen Abstimmungen nicht einigen können, bitten sie, ihnen selber eine eigne Stimme zu gewähren.

Mit überwältigender Mehrheit bestätigt der Kongreß ohne Debatte die Entscheidung seines Bureaus.

Der Kongreß tritt in die Tagesordnung ein:

Punkt 9: **Sozialpolitik und Arbeiterversicherung:**

Referent für die Kommission ist Molkenbuhr, die von der Kommission dem Kongreß zur Annahme vorgeschlagene Resolution lautet:

„In Erwägung,

daß die Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft in der Regel nur so kargen Lohn erhalten, daß dieser kaum zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse während ihrer Tätigkeit langt, so daß sie in Not und Elend versinken, wenn sie verhindert sind, ihre Arbeitskraft zu verwerten, sei es durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter oder Arbeitslosigkeit — weibliche Arbeiter auch durch Schwangerschaft oder Mutterschaft,

in fernerer Erwägung,

daß jeder Mensch ein Recht auf Existenz und die Gesellschaft ein Interesse an der Erhaltung der Arbeitskraft hat, müssen Einrichtungen geschaffen werden, welche die Not der Arbeiter und den hierdurch hervorgerufenen Verfall ihrer Arbeitskraft verhindern.

In der kapitalistischen Gesellschaft kann dies am besten durch eine wirksame Arbeiter-Versicherungs-Gesetzgebung erreicht werden. Die Arbeiter aller Länder haben daher Einrichtungen zu fordern, durch welche Krankheit, Unfälle und Invalidität möglichst verhindert werden und durch obligatorische Versicherungsgesetze ihnen ein Rechtsanspruch auf ausreichende Mittel zum Lebensunterhalt und zur ärztlichen Hilfe gewährt wird, wenn sie durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Schwangerschaft, Mutterschaft oder Arbeitslosigkeit gehindert sind, ihre Arbeitskraft zu verwerten.

Die Kosten der Versicherung sind in erster Linie bei der Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversicherung durch direkte Steuern vom Vermögen, Einkommen und Erbschaft progressiv zu tragen. Wo dies nicht geschieht, werden die Beiträge, auch wenn sie von den Unternehmern gezahlt sind, stets einen Teil des Arbeitslohnes in Anspruch nehmen. Es ist daher Aufgabe der Arbeiter, diesen Lohnverlust durch Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organisation auszugleichen.

Die Arbeiter müssen fordern, daß diese Versicherungs-Einrichtungen unter die Selbstverwaltung der Versicherten gestellt und daß für einheimische wie ausländische Arbeiter aller Nationen ein und dieselben Bestimmungen getroffen werden."

Molkenbuhr begründet mit dem Hinweis auf einige sinnstörende Fehler in der französischen und englischen Uebertragung seines schriftlichen Referats die Notwendigkeit, nicht nur auf die von der Kommission gegen die von der deutschen Partei vorgelegte Resolution geltend gemachten Einwände, sondern auch auf den Gedankengang seines gedruckt vorliegenden Referats einzugehen. Schon auf dem Pariser Kongreß habe ich — so führt der Referent aus — betont, daß der Minimallohn dem Arbeiter nur dann nützen kann, wenn er Arbeit hat. Aber nicht

nur in diesem Falle, sondern als Mensch hat er ein Recht auf Existenz; [illegible]r bürgerlichen Gesellschaft fehlt freilich das Mittel zur Durchführung di[illegible] Forderung. Sie hat nur das Strafgesetz gegen die Bettelei, bedroht den Ar[illegible] mit dem Armenhaus. Zur Verwirklichung dieses Rechts auf Existenz ist einst [illegible] Recht auf Arbeit so eifrig propagiert worden wie jetzt das Recht auf ei[illegible] Minimallohn; aber beide Vorschläge sind utopistisch, niemand hat einen Weg [illegible] ihrer Verwirklichung gezeigt, obwohl z. B. die Minimallohnforderung sich [illegible] im deutschen Arbeiterschutzgesetz-Entwurf von 1884 findet. Ueberall hat man [illegible] Raubbau als schädlich erkannt und bekämpft, Gesetze zum Schutze der Wälder [illegible] selbst internationale Bestimmungen über den Schutz der Fische gemacht, a[illegible] gegen den Raubbau mit der Arbeitskraft tut man nichts, oder hat doch [illegible] seiner Bekämpfung erst einen minimalen Anfang gemacht. Die bürgerli[illegible] Gesellschaft hat ja kein Interesse daran, auch auf diesem Gebiete rationell vo[illegible] zugehen; denn nur die Arbeiter haben den Schaden des Raubbaues zu tragen. Wir aber müssen verlangen, daß alle ihren Anteil an den Unfall-, Krankheits-, Invaliditäts- usw. Schäden tragen, daß auch den Unternehmern ein Teil der Kosten auferlegt wird, weil sie nur dadurch einen Ansporn erhalten, diese Uebelstände zu bekämpfen. So lange die Bekämpfung eines Uebels den Kapitalisten Geld kostet, das Uebel selbst aber nichts, werden sie zu seiner Bekämpfung nie die Hand bieten. So mangelhaft nun z. B. die deutsche Arbeiterversicherung ist, so hat sie doch das eine gezeigt, daß auf dem Schlachtfelde der Arbeit Opfer in einem ungeahnten Umfange gebracht werden. In Deutschland allein werden für das Jahr 1902 488 000 Unfälle, davon 7975 tödliche gemeldet. Rechnet man dazu die nicht versicherungspflichtigen Unfälle im Handels-, Gast- und Schankwirtsgewerbe, die der Dienstboten, der Lehrlinge und der Gesellen im Handwerk, die auf dem Wege zur Arbeit und die, welche man nach famosem Rezept als „Berufskrankheit" bezeichnet, so kommt man für Deutschland wahrscheinlich auf $^3/_4$ Millionen Unfälle und 10 000 Tote im Jahr. So blutig ist das blutigste Schlachtfeld im Kriege nicht. Die deutsche Arbeiterversicherung hat den Weg zur Bekämpfung des Uebels gezeigt, nachgewiesen, daß es möglich ist, die Arbeiter völlig schadlos zu halten, ohne die Industrie zugrunde zu richten.

Besteht eine derartige Versicherung, dann lernt man erst die Ursachen der Uebel genau kennen und erhält damit den Ansporn, sie zu verhüten. Dem Arbeiter muß mindestens das Existenzminimum garantiert und die Heilmittel zur Verfügung gestellt werden. Die Gesellschaft hat ein Interesse an der Erhaltung der Arbeitskraft. Die ersten Anregungen zur Einführung eines Arbeiterschutzes kamen charakteristischerweise in einigen Militärstaaten zuerst von den Militärbehörden. So in Deutschland die ersten Kinderschutz-Vorschriften, als die Militärbehörde über die Zahl der Untauglichen klagte. In der Kommission wurde vorgeschlagen, die Kosten der Arbeiterversicherung ganz aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten. Wir Deutsche konnten uns nicht damit einverstanden erklären. Zunächst werden hier zwei Forderungen mit einander verknüpft: die Einführung der Arbeiterversicherung und die Aufbringung der Kosten aus öffentlichen Mitteln. Zwei Forderungen auf einmal durchzusetzen, ist aber viel schwieriger als wie einzelne. Die zweite Gefahr liegt darin, daß die populäre Forderung der Arbeiterversicherung als Vorspann für unpopuläre Gesetze benutzt wird. So hat Bismarck die Invalidenversicherung für den Versuch, das Tabakmonopol durchzudrücken, gebraucht, und die kaiserliche Botschaft, die in den Reklameschriften über die deutsche Arbeiterversicherung eine so große Rolle spielt, diente diesem Zwecke. Bei dem Zolltarif folgte das Zentrum Bismarcks Spuren und suchte durch die Witwen- und Waisenversicherung den Zolltarif populär zu machen.

In der Kommission wurde weiter die Frage erörtert, ob man auf dem Wege der Privatversicherung zu dem erstrebten Ziele gelangen könnte. Gewiß haben die englischen Gewerkschaften auf diesem Gebiete Erhebliches geleistet. Aber es läßt sich nicht rechtfertigen, daß die Arbeiter die materiellen Lasten für die Ver-

sicherung allein tragen sollen. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb ist eine öffentlich rechtliche Versicherung vorzuziehen.

Die deutschen Fabrikanten klagen über die große Belastung der deutschen Industrie durch ihre Beiträge zur Arbeiterversicherung im Gegensatz zu den Industrien andrer Länder. Daß diese Last nicht drückt, zeigt der beispiellose industrielle Aufschwung Deutschlands seit 1884. Zwar sind die Summen für Arbeiterversicherung scheinbar sehr groß; so sind im Jahre 1902 451 Mill. Mark in Deutschland für die Arbeiterversicherung aufgebracht worden. Auf den einzelnen aber fällt nur ein minimaler Beitrag. So machen die 800 000 M., die das Kruppsche Werk gezahlt hat, nur 2,7 Proz. der Lohnsumme aus. Nicht trotz, sondern wegen der Arbeiterversicherung hat Deutschland einen Vorsprung auf dem Weltmarkt, denn sie erhält den Arbeiter länger leistungsfähig. Neben der Kranken- und Unfallversicherung war auch gleichzeitig die Arbeitslosenversicherung mit aufzunehmen. Die kapitalistische Gesellschaft sucht die Armee der Arbeitslosen sich zu erhalten. Sie wirken als Lohndrücker und kosten nichts. Aber die Arbeitslosen gehen körperlich und geistig zugrunde. Da erst recht muß die Gesellschaft zu ihrer Erhaltung herangezogen werden. Die Arbeitslosigkeit muß den Kapitalisten Geld kosten. Erst dann werden sie auch Mittel und Wege suchen, die Arbeitslosigkeit herabzumindern. Das aber kann geschehen durch eine vernünftige Regelung der Arbeitszeit. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter die Selbstverwaltung der Versicherungskassen haben müssen. Sie schaffen ja in letzter Reihe alle die Werte, aus denen die Beiträge, auch der Kapitalisten, fließen. Der Präsident Boedicker hat auf dem internationalen Arbeiterschutz-Kongreß gesagt, daß die Unternehmerbeiträge zu den Versicherungskosten nichts andres als ein feststehender Teil des Arbeitslohnes sind. Da nun der Arbeitslohn unzweifelhaft den Arbeitern gehört, haben diese allein das Recht zur Verwaltung der Versicherungsfonds. Anders liegt es bei der Alters- und bei der Witwen- und Waisenversicherung. Hier sollen die Mittel durch Zuschläge auf die direkten Steuern auf Vermögen und Einkommen aufgebracht werden, und hier kann die Bureaukratie auch die Verwaltung stellen. Schließlich müssen wir eine einheitliche Arbeiterversicherung fordern. Die Teilung in drei Zweige ist ein großer Fehler der deutschen Versicherungs-Gesetzgebung gewesen, die Teile greifen in einander über.

Erheben die Arbeiter aller Länder die gleichen Forderungen in bezug auf die Arbeiterversicherung, so ist den deutschen Kapitalisten auch die Ursache zum Schreien genommen. Die Arbeiter aller Länder haben ein Interesse daran, die Versicherungs-Gesetzgebung ihres Staates vorwärts zu drängen, damit der Anfang zu einer rationellen Bekämpfung der Krankheiten, der Arbeitslosigkeit und der Unfälle gemacht wird. Werden diese Forderungen verwirklicht, so sind wir dem Ziele, jedem Menschen ein Recht auf das Existenzminimum zu sichern, einen Schritt näher gerückt. Und die Sicherung der Existenz für jeden Menschen ist der ideale Grundgedanke, der die Arbeiterbewegung leitet. Erheben Sie diese Forderungen so energisch wie möglich, damit ihre Erfüllung Ihnen nicht länger verweigert werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Auf eine Beschwerde der kanadischen, südafrikanischen und australischen Delegierten stellt das Bureau fest, daß De Leon-Amerika nicht das Recht hat die Nationalitätenstimmen für Australien zu beanspruchen.

Ferner teilt das Internationale Bureau mit, daß außer der deutschen Resolution Molkenbuhr seitens der amerikanischen Delegation noch eine zweite Resolution hierzu eingegangen ist. Die Resolution lautet:

> Die Sozialisten aller Länder treten jederzeit für die staatliche Versicherung des arbeitenden Volkes gegen Unfälle, Arbeitslosigkeit und Invalidität ein und wollen jedes Mittel, das in ihrer Macht steht, anwenden, um zu diesem Ziel zu gelangen.

Dann tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Van Kol eröffnet um 2 Uhr die Sitzung. Zur Begründung der amerikanischen Resolution erhält das Wort

Hilquitt-New York. Er erhebt einige Einwendungen gegen die einleitenden Sätze der deutschen Resolution. Der Mensch hat kein angeborenes Recht auf Existenz, das ist ein Ueberbleibsel der enzyklopädistischen-idealistischen Philosophie. Nur auf Grund ihrer Machtstellung kann die Arbeiterklasse eine Verbesserung ihrer Lage fordern und erzwingen. Auch spricht die Resolution von einem Interesse der Gesellschaft. Unter dem „Interesse der Gesellschaft" aber wird im allgemeinen das „Interesse der herrschenden Klasse" verstanden. Wir tun auch Unrecht, zu sagen, es müßten Einrichtungen geschaffen werden, welche zum Zweck haben, die Regeneration der „Arbeitskraft" zu ermöglichen. Um die Arbeitskraft ist es gar nicht zu tun, das ist Sache der Kapitalisten, sondern um Leben und Gesundheit der Arbeiter. Gerade zur Zeit einer Krisis hat die „Gesellschaft" gar kein Interesse daran, die Arbeitskraft zu erhalten, ihr liegt vielmehr daran, einen Teil dieser Arbeitskraft zu beseitigen. Wir sind nicht berufen, allgemeine Sätze für die Gesellschaft zu proklamieren. Diese Sätze sind so allgemein, daß sie jeder Philanthrop, jeder Verein gegen Tierquälerei akzeptieren könnte. Wir sind als Arbeitervertreter hier und müssen die Arbeiterklasse auffordern, für ihre Rechte zu kämpfen. Redner schlägt vor, den zweiten Satz der Molkenbuhrschen Resolution: „in fernerer Erwägung, daß jeder Mensch ein Recht auf Existenz usw.", zu ersetzen durch folgenden Satz:

> „In fernerer Erwägung, daß die sozialistische Partei als Partei der Arbeiter überall für die physische und intellektuelle Wohlfahrt der Arbeiterklasse eintritt, erklärt der Kongreß, daß Einrichtungen geschaffen werden müssen, die die Not der Arbeiter mildern und die Gefahren der Arbeit beseitigen sollen."

Bliegen-Holland: Die Ausführungen Molkenbuhrs haben den Eindruck gemacht, als wenn die Grundlagen der deutschen Versicherung gut wären. In andern Ländern und auch in Holland empfehlen uns die bürgerlichen Parteien die deutsche Versicherungsgesetzgebung, nach deren Einführung wir zufrieden gestellt sein müßten. Wir Sozialisten haben immer dagegen Front gemacht. Auch der Internationale Kongreß muß deutlich ausdrücken, daß die deutsche Versicherungsgesetzgebung nicht dasjenige ist, was die internationale Arbeiterschaft haben will. Auf keinem Gebiet ist soviel Gelegenheit zu Scheinreformen gegeben, wie auf dem der Arbeiterversicherung. Der Neunstundentag ist wertvoller als die ganze Arbeiterversicherung. Die reaktionärste deutsche Regierung hat die Arbeiterversicherung geschaffen, aber den Arbeitstag nicht verkürzt. Auf unser Betreiben ist in die Resolution die Forderung aufgenommen, daß die Kosten der Alters-, Invaliditäts- und Waisenversicherung durch Zuschläge zu den direkten Steuern auf das Einkommen und Vermögen aufzubringen sind. Es ist richtig, daß die bürgerlichen Regierungen die Einführung von Arbeiterversicherungsgesetzen als Vorspann für unpopuläre Gesetze benutzen. So hat der holländische Premierminister Dr. Kuyper, ein Bismarck in Taschenformat, mit der Einführung der Versicherung die Verdoppelung der Einfuhrzölle verbunden. Aber gegen solchen Betrug kann man sich wehren. Es ist doch praktischer, die Kosten der Versicherung durch Besteuerung des von der Kapitalistenklasse bereits zusammengerafften Mehrwerts zu decken als durch die Beiträge der Arbeiter. Im übrigen ist Redner mit der Resolution Molkenbuhr einverstanden.

Der Vorsitzende **Van Kol** teilt mit, daß bereits vier Amendements zu der Resolution eingegangen seien; er gebe anheim, nur prinzipiell wichtige Anträge einzubringen, da ja bereits in der Kommission diese Frage und Anträge gründlichst erörtert worden seien.

Paul Louis (Guesdist) erklärt sich namens seiner Partei mit der Resolution einverstanden, an der nur auszusetzen ist, daß sie nicht klar genug ausspricht, wie

die Arbeiterversicherung gespeist werden soll. Die Franzosen haben einen Antrag in der Kommission gestellt, die Lasten der Versicherung dem Staat aufzubürden, für den nur die Holländer stimmten. Die französischen Sozialisten, die gegen den Millerand-Entwurf waren, weil er einen Teil der Lasten vom Arbeitslohn entnahm, behalten sich, wenn ihnen demnächst im Parlament das Projekt einer Altersversicherung vorgelegt werden wird, vor, die Forderungen der Resolution nur als ein Minimum zu betrachten, worüber sie auch hinausgehen können.

Wurm-Deutschland verteidigt als Mitglied der Kommission die von ihr einstimmig angenommene Resolution gegen die Kritik von Hilquitt. Dieser habe die Kommission als eine kleinbürgerliche, sozialreformerische Gesellschaft hingestellt. Er ist aber sehr im Irrtum. Ein Recht auf Existenz hat nach unsrer sozialistischen Auffassung jeder Mensch. Diese Forderung stellen wir im Gegensatz zu der kapitalistischen Gesellschaft auf. Verwirklichen wird dieses Recht die sozialistische Gesellschaft. Die Sätze, die Hilquitt vorschlägt, sind ebenso allgemein wie die unsrer Resolution. Ein vielgestaltiger Kongreß kann nur allgemeine Regeln geben. Wir gehen in der Resolution den prinzipiellen Weg, indem wir sagen, Der Schutz des Arbeiters gegen die Unbilden, die er bei der Arbeit erleidet, kann nicht von ihm allein getragen werden, indem er sich gewerkschaftlich oder korporativ verbindet. Dazu muß die Gesetzgebung, muß der Staat angerufen werden. Das ist das wesentliche. Zum erstenmal wird ein internationaler Arbeiterkongreß die staatliche Gesetzgebung für die Arbeiterversicherung anrufen. Wir stimmen kein Loblied auf die deutsche Versicherungsgesetzgebung an, im Gegenteil, wir kritisieren sie mit unerbittlicher Schärfe als eine andre Form der Armengesetzgebung. Aber wie sie auch sein mag, geschaffen ist sie, weil eine starke sozialdemokratische Partei sie im Klassenkampf erobert hat. (Lebhafter Beifall).

Sexton (Unabhängige Arbeiterpartei Englands) beantragt im vorletzten Absatz der Kommissionsresolution den Satz, der mit den Worten beginnt: „Wo das nicht geschieht", zu streichen. Das englische Haftpflichtgesetz legt den Unternehmern die volle Entschädigungspflicht auf. Unter keinen Umständen dürfe die Beitragslast den Arbeitern aufgelegt werden.

Damit schließt die Diskussion.

Die Resolution der Kommission wird mit großer Mehrheit angenommen unter Ablehnung aller Abänderungsanträge.

Der Antrag Sexton wird von 23 Nationenstimmen gegen 6 abgelehnt (England 2, Argentinien 2, Nordamerika 1, Frankreich 1 Stimme).

Für den Antrag Hilquitt stimmen nur die Franzosen und Amerikaner.

Der Kongreß tritt ein in die Beratung der von der Kommission für Kolonialpolitik über die Lage der indischen Bevölkerung und das Verhalten der englischen Regierung zu ihr vorgeschlagenen englischen

Resolution über die indischen Greuel.

Diese Resolution lautet:

„Der Kongreß anerkennt das Recht der Einwohner zivilisierter Länder, sich in Ländern niederzulassen, deren Bevölkerung sich in niederen Stadien der Entwicklung befindet, verurteilt aber auf das schärfste das heutige kapitalistische Kolonialsystem und fordert die Sozialisten aller Länder auf, dieses zu stürzen. Das Resultat dieses Systems kann man in der Unterdrückung der Eingeborenen Afrikas, Asiens usw. seitens der Kulturvölker Europas, wie Frankreich, England, Deutschland, Belgien, Holland, jeden Tag beobachten. England hat nur am meisten Erfolg gehabt mit der Unterjochung fremder Nationen, aber die Folgen für Britisch-Indien sind daher soviel größer und schrecklicher.

Die Versammlung der Arbeiterdelegierten der ganzen zivilisierten Welt hat von den Vertretern Englands und Indiens gehört, daß in Indien wie überall von England dem Volke unaufhörlich seine Erwerbsquellen genommen, dasselbe ausgebeutet und bestohlen wird, daß größte Armut, Elend und

Hungersnot von mehr als 200 Millionen Menschen auf indischem Gebiete herbeigeführt wird. Sie fordert deshalb die Arbeiter Großbritanniens auf, ihre Regierung zu zwingen, das jetzige ruchlose und entehrende Kolonialsystem aufzugeben und die leicht durchführbare Einrichtung einer Selbstverwaltung der Indier unter englischer Oberherrschaft herbeizuführen."

Namens der englischen Delegation begründet sie

Hobson (Fabian Society): Wir bezwecken durch unsern Antrag, den Protest der indischen Delegierten zu unterstützen und zu zeigen, daß nicht ganz England diese Ausplünderung Indiens billigt, sondern daß ein Teil mit allem Nachdruck gegen das englische Schandregiment in Indien protestiert. Blickt man auf die Einkünfte, die der englische Staat und die Kapitalistenklasse aus Indien zieht, so müsse Indien den Anschein eines der reichsten und glücklichsten Länder der Welt erwecken. Aber die Millionen und aber Millionen, die nach England strömen, sind die Frucht einer beispiellosen Bedrückung und Aussaugung des indischen Volkes. Dagegen müssen die Arbeiter aller Länder den schärfsten Protest erheben. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Van Kol** bittet den Kongreß, mit religiöser Aufmerksamkeit den Ausführungen des indischen Delegierten zu folgen, eines Greises von 80 Jahren, der 55 Jahre seines Lebens dem Kampf für die Freiheit und das Glück seines Volkes geopfert hat. Er ist hierher gekommen, um die Interessen von 200 Millionen Menschen zu vertreten, aus einem Lande, das ein Paradies auf Erden sein könnte, wenn nicht die Geldgier der weißen Rasse es zu einem Tal des Jammers und Elends für die große Mehrheit der Bevölkerung verwandelt hätte.

Zum Ausdruck des Mitgefühls für die Leiden des indischen Volkes erheben sich die Delegierten von ihren Plätzen. Von stürmischem, minutenlangem Bravorufen und Händeklatschen begrüßt erhält das Wort:

Dadabhai Naoroji: Der Vorwurf der Ausbeutung gegen England ist durch Tatsachen zu beweisen. England hat wenig Opfer an Blut für Indien gebracht. Die unglücklichen indischen Völker haben die Blutsteuer, die ihre Unterjochung erforderte, selber bringen müssen. Von den zweihundert Millionen Rupien, die Indien jährlich an Steuern aufbringt, werden 100 Millionen an Pensionen für englische Beamte, die in Indien waren, gezahlt, und dies Geld wird außerhalb des Landes verzehrt. In den Händen von Engländern befinden sich die Minen und die reichen natürlichen Schätze des Landes. 200 Millionen Rupien jährlich, ziehen englische Kapitalisten und Händler aus Indien heraus, die dem Lande verloren gehen. Die Folge ist, daß die Quellen des Reichstums versiegen. Von den 200 Millionen Indiern ist nach amtlichem Zugeständnis eine Million nicht in der Lage, sich täglich satt essen zu können. Infolgedessen wüten Pest und Cholera. Die englische Regierung hat den Indiern wiederholt Linderung ihrer Leiden versprochen, aber es ist beim Versprechen geblieben. Die Gleichberechtigung bleibt ihnen versagt. So wie es schimpflich ist, wenn ein stärkerer einen schwächeren überfällt, so bleibt es auch schimpflich, wenn eine stärkere Nation über eine schwächere herfällt und sie aussaugt. Diesem System der Barbarei und Raubpolitik muß ein Ende gemacht werden durch Gewährung der Selbstverwaltung, wie sie jede andere englische Kolonie besitzt. Redner ist hierher gekommen, um die Sympathie und Unterstützung des internationalen Proletariats für die unterdrückten Indier aufzurufen. Es kann für die Befreiung der indischen Rasse nicht weniger tun als für die Sklavenbefreiung. Indien hat eine tausendjährige Kultur, um so härter empfindet es die Schmach und das Leid seiner Sklaverei. Wem die Sache der Menschheit und des Fortschritts am Herzen liegt, muß die Sache Indiens zu der seinen machen! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Die Resolution wird hierauf ohne Diskussion einstimmig angenommen.

Van Kol fügt hinzu: Ich konstatiere, daß der Kongreß zu Amsterdam der englischen Raubkolonialpolitik in Indien das Brandmal unauslöschlicher Schande aufgedrückt hat. (Stürmischer Beifall).

Zur Verhandlung gelangt Punkt 10:

Trusts und Arbeitslosigkeit.

Hierzu liegt folgende Resolution vor:

Der Internationale sozialistische Kongreß von Amsterdam erklärt:

daß eine Einschränkung der Arbeitslosigkeit durch die Unternehmerverbände keineswegs erweisbar ist, diese vielmehr durch ihre Beherrschung der kapitalistischen Produktion die Macht haben, die Arbeitslosigkeit im Interesse ihres Profits zu vergrößern.

Der Kongreß wiederholt die Pariser Resolution von 1900 in der Feststellung der völligen Aussichtslosigkeit, durch die Gesetzgebung das Aufkommen der Unternehmerverbände zu verhindern oder ihren Wachstum einzuschränken;

und fordert die Arbeiter aller Länder auf die Macht ihrer Organisation anzuwenden zur Erreichung der sozialistischen Wirtschaftsordnung.

Berichterstatter der Kommission ist

Wibaut (Belgien): Der Punkt ist auf Antrag Amerikas auf die Tagesordnung gesetzt worden, aber die amerikanische Partei hatte keine Zeit, einen Bericht anzufertigen. Trotzdem hat die Kommission die Frage behandelt, aber die Zeit zur Ausarbeitung eines eigenen Berichtes fehlte. Hyndmann hat zwar einen ausführlichen Bericht bei der Kommission eingereicht, doch behandelt er die Frage der Arbeitslosigkeit darin gar nicht. Vier von den Kommissionsmitgliedern fanden eine Resolution überhaupt nicht für nötig; die elf übrigen waren gegenteiliger Auffassung. Entgegen der Meinung vieler bürgerlicher Nationalökonomen muß betont werden, daß keinerlei Tatsache die Anschauung rechtfertigt, als ob Trusts, Ringe oder Syndikate die Tendenz hätten, die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Im Gegenteil, die ungeheure wirtschaftliche Macht, die sie konzentrieren, gestattet ihnen, sie nach Belieben sogar zu vergrößern, sobald sie davon nur eine Erhöhung ihres Profites erwarten können, die Erfahrungen in Amerika, Oesterreich, Deutschland usw. bestätigen das. Alle gegenteiligen Behauptungen bürgerlicher Oekonomen sind eitel Aufschneiderei. Auch die Gesetzgebung hat sich als unfähig erwiesen, den sogenannten Auswüchsen der Trusts zu begegnen oder ihre Entwicklung zu hemmen. Amerika hat 30 Jahre Zeit dazu gehabt, und die Ergebnisse sind gleich Null. Trusts sind die notwendigen Folgen der kapitalistischen Entwicklung, und es wäre Wahnsinn, vom Kapitalismus zu verlangen, daß er seine eigene Entwicklung unterbinde. Daher bleibe nur der Kampf der Arbeiterklasse für Erreichung ihres Endziels.

Herbert Burrows (England) hält die Resolution für ungenügend und beantragt, sie der Kommission zur Umarbeitung zu überweisen.

Der Kongreß beschließt mit großer Mehrheit Rückverweisung an die Kommission.

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Donnerstag den 18. August. — Vormittags-Sitzung.

Das Bureau bilden neben **Van Kol** heute Pete Curran-England, Knudsen-Dänemark und Nemec-Böhmen.

Auf Vorschlag des Internationalen Komitees sollen heute folgende Punkte der Tagesordnung, wenn möglich, erledigt werden: Punkt 6: **Die Kolonialpolitik**; Punkt 8: **Generalstreik**; Punkt 7: **Auswanderung und Ein-**

wanderung; Punkt 9b: **Maifeier**; Punkt 10: **Trusts und Arbeitslosigkeit.** Am Freitagmorgen beginnen die Verhandlungen über die Frage der sozialistischen Taktik.

Das Mitglied der Trustkommission **Hobson**-Fabier teilt mit, daß die Kommission sich von der Unmöglichkeit überzeugt habe, die Frage der Trusts und der Arbeitslosigkeit in einer Resolution zu behandeln. Sie bittet um die Erlaubnis, die Frage der Arbeitslosigkeit ausscheiden zu dürfen.

Der Kongreß ist damit einverstanden.

Pete Curran spricht im Namen der englischen Delegation noch einmal dem Kongreß die herzlichsten Grüße und Wünsche der englischen Arbeiter aus. Dieser Kongreß wird wichtig sein durch die Beschlüsse für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt; aber ich werde keinen schöneren, erhabeneren Augenblick haben als den, den ich schon gehabt habe, als der Vertreter der russischen Sozialdemokratie brüderlich seine Hände in die des Japaners gelegt hat. (Zustimmung.) In diesem ergreifenden Akt drückt sich die Einigkeit aller Sozialisten und ihr Gegensatz gegenüber der Kapitalistenwelt aus. Wie verschieden die Taktik in den einzelnen Ländern sei, wir sind einig in dem Haß gegen den Krieg, gegen den Militarismus. (Lebhafter Beifall.) Wir wissen, daß auch jetzt nur die Kapitalsippen die Arbeiter Rußlands und Japans in den Krieg gegen einander gehetzt haben. Gewiß ist in England die sozialistische Arbeiterbewegung noch im Rückstande, noch nicht klar und zielbewußt. Aber ich versichere im Namen der ganzen großbritannischen, der englischen und schottischen und irischen und wallisischen Delegation, daß es in Großbritannien schon jetzt zehntausende klassenbewußter Sozialisten mehr gibt als vor vier Jahren zur Zeit des Pariser Kongresses. (Erneuter Beifall.) Auch in England hat die wirtschaftliche Entwicklung die Arbeiter in den Klassenkampf gepeitscht, und wenn auch in England die Unterschiede der Taktik, der Organisation, der Person sehr groß sind, so vertritt die Delegation gegenüber dem Kongreß doch nur eine einzige einheitliche Auffassung. (Bravo!) Schon gibt es in England mehr als eine Million gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, die ihre Beiträge zu dem Zweck zahlen eine selbständige Arbeiterpartei zu bilden, losgelöst von den bürgerlichen Parteien rechts und links. Eine klassenbewußte Arbeiterpolitik, eine selbständige politische Aktion soll die neue Partei treiben. Das ist ein bedeutsames Ereignis, wenn auch diese Arbeiter noch nicht ganz die wirtschaftlichen Lehren von Marx und die politischen von Lassalle begriffen haben. Deshalb kommt der englische Delegierte nicht nur als Bruder, sondern auch als lernbegieriger Schüler zu den Sozialisten der andern Länder. Durch die unerbittliche Logik der Tatsachen vorwärts getrieben, so schließt der Redner, schwillt das Heer des Proletariats immer stärker an; nicht eine selbständige Partei zu bilden ist sein Ziel, sondern der gemeinsame Kampf aller Arbeiter zum Zwecke der Revolutionierung der ganzen Gesellschaft durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Revolutionierung, die zum erstenmal Freiheit und Glück bringen wird für Mann, Frau und Kind, für alles, was Menschenantlitz trägt. (Lebhafter, langdauernder Beifall.)

Serwy, Sekretär des Internationalen Bureaus, teilt mit, daß aus allen Ländern der Welt zahlreiche Begrüßungsschreiben und -Telegramme eingelaufen sind.

Ferri hat folgenden Antrag eingebracht:

Der Kongreß spricht seine lebhafte Sympathie aus für das Bestreben des Komitees, welches in Italien eine Agitation organisiert, um die Freilassung derjenigen, die infolge der 1898er Unruhen verurteilt wurden und sich noch immer im Gefängnis befinden, zu erzielen; und der Kongreß hofft von diesem Auftreten den schönsten Erfolg.

Der Antrag Ferri wird unter Händeklatschen und Bravorufen durch Akklamation angenommen.

Danach tritt der Kongreß in die Tagesordnung ein.

Ueber

Kolonialpolitik

referiert **Van Kol**-Holland: Wir hatten in der Kommission ein kompliziertes Problem zu lösen, von dem viele Teilfragen noch wenig geklärt sind. Es ist deshalb bedauerlich, daß die einzelnen sozialistischen Parteien die bestimmte Anweisung des Pariser Kongresses, die Kolonialfrage gründlich zu studieren, nicht in größerem Umfange berücksichtigt haben.

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Kolonialfrage ist ein Spiegelbild ihrer ganzen Entwicklung. Je mehr sie sich innerlich wie äußerlich entwickelte, desto mehr ging die Sozialdemokratie von dem Schrei der Empörung über die blutigen Greuel, von der reinen Negative zur positiven Politik über. Ohne den früheren Protest abzuschwächen oder ihm seine grundsätzliche Schärfe zu nehmen, sucht die Sozialdemokratie jetzt durch verschiedene positive Maßregeln die Grundlage der kapitalistischen Ordnung zu untergraben, die Kraft des Proletariats zu stärken, es wehrhafter zu machen, um die kapitalistische Welt aus den Angeln zu heben. So auch in der Kolonialpolitik. Wir werden auch weiterhin unaufhörlich Protest erheben gegen die kapitalistische Raubpolitik, die von Blut trieft, deren Greuel unermeßlich sind. — Heute aber müssen wir auch die Frage prüfen: Was können wir tun, um einerseits die Verbrechen gegen die Völker der Kolonien zu mindern, andrerseits die Kolonialpolitik weniger belastend und verderblich für das Proletariat der kolonisierenden Länder zu gestalten. Zu dieser Frage werden wir gedrängt, weil die Tendenz zur Kolonisierung international besteht, so lange es eine Geschichte gibt. Vielleicht wird freilich einst die Zeit kommen, wo Europa sich ohne Kolonien wird behelfen müssen. Wenn die Schutzzölle auf der ganzen Linie triumphieren, wenn Chamberlains einheitlich-gewaltiges Kolonialreich $^1/_4$ der Erdoberfläche und $^1/_7$ der Menschheit zu einem exklusiven Markte vereint, dann werden wir diese Kolonialfrage nicht haben, aber dann wird auf der einen Seite eine furchtbare Krise von riesenhaftem Umfang und entsetzlichen Folgen eintreten und im Gegensatz zu ihr — vielleicht die soziale Revolution. Inzwischen aber müssen wir uns mit der Kolonialfrage beschäftigen.

Wir müssen gegen die gewaltsame Ausdehnung des Kolonialbesitzes protestieren, weil wir Feinde der Gräuel jeder Eroberung sind, selbst wenn wir den Kolonialbesitz an sich nicht unbedingt für ein Unglück für das kolonisierende Land halten. Freilich heut bereichert der Kolonialbesitz nur einige große Handelshäuser und einige große Aktiengesellschaften für Schiffahrt und Reederei, während die Lasten von dem Proletariat der kolonisierenden Länder getragen werden müssen.

Leider sind nun positive Maßregeln zur Milderung dieser Uebelstände sehr schwer vorzuschlagen, weil die kolonisierten Länder sehr verschieden nach ökonomischer Entwicklung und Rasse der Bevölkerung sind. Soll man die eingeborene Form des sozialen Lebens aufrecht zu erhalten suchen? Oder mit Treibhausgeschwindigkeit den Kapitalismus dort Platz greifen lassen? Wir als Vertreter der geschichtlichen Evolution, des Fortschritts, als Verteidiger des Rechts und der Gerechtigkeit, wir Kämpfer für die unendliche Vervollkommnung der Gesellschaft, sollen Hunderte und Aberhunderte grenzenlosem Elend und vollständig geistig-sittlicher Verwilderung anheimfallen lassen, statt sie gegen die Leiden und Qualen des Kapitalismus zu schützen! Der Schwerpunkt jeder Kolonialreform ist natürlich die Selbstverwaltung. Genau können wir die positiven Maßnahmen noch nicht angeben, aber zum erstenmal hat die Sozialdemokratie überhaupt positive Forderungen formuliert, der erste Schritt ist getan und in der richtigen Richtung. Möge die Aktion des Proletariats auch in Zukunft würdig sein seiner großen Sache und der Bedeutung, die die Kolonialfrage für die Entwicklung der ganzen Menschheit hat. (Lebhafter Beifall.)

Redner schlägt namens der Kommission folgende Resolution vor:

„In Erwägung, daß die kapitalistische Ausbeutung eines stets wachsenden Kolonialgebietes immer größer und regelloser wird, den natürlichen Reichtum

der Kolonien verwüstet und die eingeborenen Völker der schwersten und oft blutigsten Unterdrückung aussetzt, welche Ausbeutung für das Proletariat nur eine Verschlimmerung des Elends bringt, bringt der Kongreß den Beschluß des Pariser Kongresses von 1900 über die Kolonialfrage und die imperialistische Politik in Erinnerung und erklärt, daß es die Pflicht der sozialistischen Parteien in den verschiedenen Ländern und der Parlamentsfraktionen ist: 1. sich rücksichtslos jedem imperialistischen und protektionistischen Antrage, jedem kolonialen Eroberungszuge und jeder militärischen Ausgabe für die Kolonien zu widersetzen. 2. Jedes Monopol, jede große Landkonzession zu bekämpfen und scharf darauf zu achten, daß die Reichtümer der Kolonien nicht von der Klasse der großen Kapitalisten beschlagnahmt werden. 3. Rücksichtslos all die greulichen Gewalttaten an die Oeffentlichkeit zu bringen, deren Opfer die Eingebornen sind; für sie die kräftigsten Schutzmaßregeln wider militärische Barbarei und kapitalistische Ausbeutung zu fordern und besonders darauf zu achten, daß sie nicht mit List oder Gewalt ihres Eigentums beraubt werden. Maßregeln, die die Lage der Eingebornen bessern können, vorzuschlagen und zu unterstützen wie: Gemeinnützige Arbeiten, hygienische Maßregeln, Errichtung von Schulen usw. Sie müssen sich bemühen, den schädlichen Einfluß der Missionare zu brechen. 5. Für die Eingeborenen das Maß von Freiheit und Selbständigkeit zu fordern, das ihre Entwicklung vertragen kann, unter dem Gesichtspunkt, daß die vollständige Emanzipation der Kolonien das erstrebte Ziel ist. 6. Die Leitung der äußern Politik unter parlamentarische Kontrolle zu bringen, da diese infolge der natürlichen Entwicklung des parlamentarischen Systems mehr und mehr dem geheimen Einfluß plutokratischer Kliquen unterworfen ist."

In der Debatte pflichten **Terwagne**-Belgien und **Marmonnier** (Jaurèsist) der Würdigung des ersten positiven Schrittes zur Kolonialreform bei und ergänzen den Bericht durch die Mitteilung, daß die Kommission und das Bureau alle Nationen auffordere, koloniale Studienkommissionen zu bilden, die sich mit dem internationalen Sekretariat zwecks Klärung der Kolonialfrage in Verbindung zu setzen und in den Kolonien sozialistische Propaganda zu entfalten haben.

Uhri (Guesdist) hält nach den geschichtlichen Erfahrungen die friedliche Gewinnung von Kolonien für unmöglich und weist auf das Beispiel der Mandschurei und Transvaals hin. Trotzdem stimmt auch seine Partei für die Resolution der Kommission wegen ihres prinzipiellen Wertes.

Rossi (Italien) tritt für den Vorschlag der von den einzelnen Ländern einzusetzenden Studienkommissionen ein, welchem der Kongreß zustimmt.

In der Abstimmung wird die *Resolution* der Kommission *einstimmig angenommen.*

Es folgt der nächste Punkt der Tagesordnung:

Der Generalstreik.

Die Kommission hat folgende *Resolution der Holländer* angenommen

In Erwägung, daß die notwendige Voraussetzung für den Erfolg eines Massenstreiks eine starke Organisation und die freiwillige Disziplin der Arbeiterschaft ist, hält der Kongreß den *absoluten Generalstreik* in dem Sinne, daß alle Arbeit niedergelegt wird, *für unausführbar*, weil derselbe jede Existenz, also auch die des Proletariats unmöglich macht. In weiterer Erwägung, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse nicht das Resultat einer derartigen plötzlichen Kraftanstrengung sein kann, daß es aber möglich ist, daß ein Streik, der sich über einzelne, für das Wirtschaftsleben wichtige Betriebszweige oder über eine große Anzahl Betriebe ausdehnt, *ein äußerstes Mittel* sein kann, um *bedeutende gesellschaftliche Veränderungen durchzuführen oder sich reaktionären Anschlägen auf die Rechte der Arbeiter zu widersetzen*,

warnt der Kongreß die Arbeiter davor, sich durch die von anarchistischer Seite betriebene Propaganda für den Generalstreik, in der Absicht, sie davon abzuhalten, den bedeutungsvollen täglichen Kleinkampf durch die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Aktion zu führen, ins Schlepptau nehmen zu lassen, und fordert sie auf, ihre Einheit und Machtstellung im Klassenkampf durch Entwicklung ihrer Organisation zu stärken, weil, sollte der Streik mit einem politischen Ziel sich einst als nötig und nützlich herausstellen, sein Gelingen davon abhängen wird."

Berichterstatterin der Kommission ist die Referentin Frau **Henriette Roland-Holst** (Holland): Die Kommission hat diese Resolution mit 27 gegen 4 Stimmen angenommen. Dieses befriedigende Resultat zeigt, daß in der Auffassung des internationalen Proletariats sich ein Umschwung in der Beurteilung des Generalstreiks oder richtiger des politischen Massenstreiks zu vollziehen beginnt. Das Proletariat ist sich der Schwierigkeiten vollkommen bewußt, die mit der Durchführung politischer Massenstreiks verknüpft sind, aber es weiß auch, welche Kräfte in seiner Mitte schlummern. Zwischen der Chimäre des anarchistischen Generalstreiks und der Idee des politischen Massenstreiks, wie er zu wiederholten Malen von sozialistischen Parteien angewandt worden ist, besteht ein ungeheurer Unterschied. Die Resolution soll diesen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Generalstreik und Massenstreik zum deutlichen Ausdruck bringen. Der anarchistische Generalstreik ist von der Kommission verworfen worden, weil er absolut undurchführbar ist. Eine so vollständige Einstellung der Arbeit, wie die Anarchisten sie sich vorstellen, ist unmöglich. Andrerseits zieht die Resolution keine bestimmten Grenzen, in welchem Umfange politische Massenstreiks zulässig sind. Ihr Umfang und ihre Ausdehnung sind von den geschichtlichen Umständen abhängig. Zweitens mußte mit der anarchistischen Auffassung aufgeräumt werden, die den Generalstreik als die soziale Revolution, als die endgültige Befreiung des Proletariats deutet. Unsrer geschichtlichen Auffassung nach ist die Eroberung der politischen Macht und die Sozialisierung der Produktionsmittel nicht das Werk einer vereinzelten Kraftanstrengung des Proletariats. Voraussetzung ist eine Revolutionierung der Geister, eine Umwälzung im Denken und Fühlen des Proletariats, eine Veränderung seiner Lebensbedingung und die Vorbereitung durch die langsame, stetige Tagesarbeit durch die politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiter. Die Resolution vermeidet es, Stellung zum sog. Generalstreik zu ökonomischen Zwecken zu nehmen. Ueber ihre Zulässigkeit zu entscheiden, ist Sache der Gewerkschaftsorganisationen. Der politische Massenstreik hat nicht ökonomische Ziele, sondern richtet sich gegen den kapitalistischen Staat, um eine Verschlechterung der politischen Rechte der Arbeiter abzuwehren oder neue für sie zu erwerben. Ist nun ein solcher politischer Massenstreik möglich? Die Resolution sagt: unter bestimmten Bedingungen ja. Die Voraussetzungen aber sind: starke Organisationen, starke freiwillige Disziplin und die nötige Vorbereitung auf die Aktion. Ob diese Bedingungen erfüllt sind, das zu entscheiden, ist Sache des einzelnen Landes. Wenn der Klassenkampf sich aber verschärft, ist es möglich, daß der Massenstreik das einzige politische Kampfesmittel des Proletariats ist. Hauptgegner der Resolution war in der Kommission Georg Briand (von den Jaurèsisten), der die Resolution als zweideutig, unklar und zaghaft bezeichnet hat. Gewiß, die Resolution ist vorsichtig, aber Vorsicht ist geboten. Machen wir die Tür zum Massenstreik auf, so müssen wir als Wächter an den Eingang stellen: Vorsicht, Klugheit, Organisation und Disziplin. Das Beispiel der Belgier hat gezeigt, daß man einen politischen Streik auch in voller Disziplin abbrechen kann. Rednerin wendet sich der Ansicht eines russischen Sozialrevolutionärs in der Kommission zu, der für den Fall der politischen Entrechtung den Massenstreik nicht als einziges politisches Kampfmittel empfohlen haben wollte,

sondern wünschte auch, daß auf den politischen Terror hingewiesen werde. Sie muß aber abbrechen, da ihre Redezeit abgelaufen ist.

Die Mittagspause tritt ein.

* *

Nachmittags-Sitzung.

In der Diskussion über den Generalstreit erhält zunächst das Wort

Dr. **R. Friedeberg**-Berlin: Die Frage des Generalstreiks ist eine taktische. Deshalb müssen wir, um seinen Wert zu bestimmen, nachsehen, wie weit dieses taktische Mittel dem eignen Willen des Proletariats unterworfen ist, wie weit es sich aus dem Wesen des Klassenstaates mit Naturnotwendigkeit ergibt, inwieweit es auf Erreichung des Endzieles hinwirkt und geeignet ist, unsre Zukunftsorganisation aufzubauen und zu stützen. Wenn wir aus diesen Gesichtspunkten die bisherige Taktik prüfen, die im wesentlichen darauf hinausging, durch den Parlamentarismus die politische Macht zu erobern, so sehen wir zuerst, daß wir dabei auf einem von den herrschenden Klassen geschaffenen Kampffelde fechten, das diese uns jederzeit entziehen können. Der Hauptwert des Parlamentarismus liegt in der Erziehung der Massen, die auch in andrer Weise betrieben werden kann. Ueberhaupt ist die Forderung der politischen Macht uns nur ein Mittel zu dem — ökonomischen — Endzweck. Vor allem aber verbindet der Parlamentarismus das Proletariat notwendigerweise mit den Gesetzen des Klassenstaates. Und selbst arbeiterfreundliche Gesetze haben nie das mindeste zu bedeuten, wenn nicht die ökonomische und psychologische Macht des Proletariats dahinter steht. Solange dem Proletariat die eigne ökonomische Organisation fehlte, war der Parlamentarismus ganz nützlich, und man konnte in Deutschland bei dem Gegensatz zwischen Krone, Feudalismus und mobilem Kapital einige Erfolge erringen, die aber bei dem Zusammenschluß der herrschenden Klassen immer kleiner werden müssen. So erweist sich auf die Dauer der Parlamentarismus als hemmender Faktor für die Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaftsbewegung kann die Lage der Arbeiter weit mehr verbessern, als irgend eine gesetzgeberische Aktion je könnte. Denn jene beruht gerade auf der ökonomischen Unentbehrlichkeit des Arbeiters als Produktionsinstrument. Beim Parlamentarismus hängt man stets vom fremden Willen ab, beim Streik muß jeder mit der ganzen Persönlichkeit hinter den Beschlüssen stehen. Leider ist die stärkste Gewerkschaftsbewegung, die Englands, ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden. Da wird die Idee des Generalstreiks, der Ausdruck der ökonomischen und psychologischen Macht der Arbeiterklasse, wertvoll sein. Sie wird nicht die Organisationstätigkeit hindern; sie fordert gerade zur Organisation auf. Sie fordert die Erhöhung der Persönlichkeit jedes einzelnen, die Durchdringung jedes Einzelnen mit dem Klassenbewußtsein. Für die holländische Resolution kann ich und meine Freunde schon um deswillen nicht stimmen, weil dieselbe den Gegensatz zwischen Sozialisten und Anarchisten vertiefen wollte, statt ihn nach der Aufgabe eines internationalen Kongresses zu verwischen und zu vermindern. (Die Redezeit ist abgelaufen. Der Redner muß die Tribüne verlassen. Vereinzelter Beifall bei der französischen Delegation. Auf die englischen Uebersetzungen wird verzichtet, da die englische Delegation einer Sektionssitzung wegen nicht anwesend ist.)

Allemane spricht namens seiner sozialrevolutionären Partei Frankreichs die Freude darüber aus, daß die Generalstreitsidee in Deutschland jetzt mehr Sympathie fände. (Lachen bei der deutschen Delegation.) Der Generalstreit ist eine Waffe, die nicht verfälscht und vergiftet werden kann, die Zielbewußtsein und Disziplin verlangt. Was tut eine Niederlage? Sie kann der Ausgangspunkt größerer Siege sein. Wenn durch die Idee des Generalstreits die Organisationen

gefestigt und mit dem zielbewußten Geiste erfüllt sind, wenn dadurch das Mißtrauen gegen die Führer überwunden wird, wird die Arbeiterklasse in schönster Harmonie und vollster Kraft den Kampf für ihre Befreiung führen. (Beifall bei den Allemanisten.)

Willert-Paris (Guesdist) spricht die Ueberzeugung aus, daß die Sozialdemokratie kein Recht habe, ein so revolutionäres und erfolgversprechendes Mittel zum Sturze des Klassenstaates, wie den Generalstreik, zu verschmähen. Wir haben niemals den Generalstreik in den Vordergrund gestellt; er ist nur eines der Mittel, nicht mehr, doch ein Mittel, das bei einer Revolution von großer Bedeutung werden kann. Wir betrachten es auch nicht als Zaubermittel, den Sozialismus zu bringen. Niemand bezweifelt den Nutzen von partiellen Streiks, warum dann den eines Generalstreiks? Wo ist die Grenze zwischen kleinen, großen und Generalstreiks? Im übrigen ist diese Frage hauptsächlich eine Frage der Gewerkschaften, denn nur auf ökonomischem Gebiet kann das Proletariat seinen Befreiungskampf siegreich führen.

Meslier (jaurèsistischer Abgeordneter) erklärt, daß er für die Resolution der Kommission stimmen werde. Die französischen Arbeiter erblicken häufig in dem Parlamentarismus nur ein Mittel, um politischen Drahtziehern und Intriguanten vorwärts zu helfen. Diese falsche Wertschätzung des Parlamentarismus wird dadurch am besten bekämpft, daß die Abgeordneten auch für die neue Idee des Generalstreiks eintreten.

Robert Schmidt-Berlin: Ich bin genötigt, als Mitdelegierter Friedebergs ihm einiges zu erwidern. Es ist eine vollkommen irrige Auffassung, daß die Anschauung, die er hier vertreten hat, in Deutschland Resonanzboden findet. (Sehr richtig! bei den Deutschen.) Ich finde es sehr sonderbar, daß ein Delegierter des Landes, wo der Sozialismus seine überzeugungsstärkste parlamentarische Vertretung errungen hat, behauptet, daß der parlamentarische Kampf nutzlos und überflüssig sei. Das hieße 40 Jahre Arbeit und Kampf der deutschen Sozialdemokratie für nutzlos erklären. Zu dieser Auffassung wird sich die sozialdemokratische Partei Deutschlands niemals bekehren. Wenn Friedeberg das von der Partei der drei Millionen Stimmen und der 81 Abgeordneten, der größten und stärksten Partei Deutschlands, annimmt, so zeigt er nur die Unklarheit seiner politischen Auffassung. Ueberhaupt ist seine höchst einseitige individualistische Auffassung reich mit anarchistischen Unklarheiten durchsetzt. (Sehr wahr! bei den Deutschen.) Sicherlich ist der Parlamentarismus nicht das einzige Mittel. Die deutsche Partei hat von jeher alle Mittel des politischen und wirtschaftlichen Kampfes benutzt. Wenn sie sich frei weiß von der einseitigen Ueberschätzung eines Kampfmittels, so besonders von der des Generalstreiks. Wenn dieser jetzt von zwei Delegierten der deutschen Delegation propagiert wird, so ist diese Unterschätzung des Parlamentarismus im politischen Leben Deutschlands nur eine Seifenblase, die bald zerplatzt. Die deutschen Gewerkschaften haben, wenn sie auf Besserung der Lage der Arbeiter hingewirkt und eine solche erreicht haben, die Arbeiter damit zugleich für ihren Klassenkampf gestärkt. Wir sind auf dem richtigen Wege, wenn wir die Besserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse und ihre Befreiung aus der Lohnsklaverei sowohl auf dem Wege des parlamentarischen Kampfes wie der gewerkschaftlichen Organisation erstreben. Friedeberg sagt, der Generalstreik könne die Klassenherrschaft erschüttern. Er ist aber auch geeignet, das Proletariat zu erschüttern und den Klassenstaat zu befestigen. Das ist die Nachtseite der Frage, die überhaupt erst vor ein paar Wochen von einer kleinen Gruppe in Deutschland zur Diskussion gestellt worden ist. Und selbst in dieser kleinen Gruppe hat sich eine ganze Anzahl von Mitgliedern gegen diese Auffassung Friedebergs gewandt. Die großen deutschen Gewerkschaften mit ihren 900 000 Mitgliedern, die allein eine bedeutsame Stellung in der Arbeiterbewegung inne haben, halten die Frage

des Generalstreiks überhaupt nicht für diskutabel. Der Kampf des Proletariats um die politische und wirtschaftliche Macht wird nicht durch den Generalstreik, sondern durch die unausgesetzte Arbeit auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens entschieden werden. (Lebhafter Beifall besonders bei der deutschen Delegation.)

Oestinoff (Russische Sozial-Revolutionäre): Meine Partei teilt die Auffassung der Franzosen vom Generalstreik und wird gegen die holländische Resolution stimmen, die zu illusionistisch und utopistisch ist, weil sie jede bewaffnete Insurrektion des Volkes im voraus für schädlich hält. Wir sind der Meinung von Karl Marx, daß Zeit und Umstände es erfordern können, daß die Waffe der Kritik unterstützt werde durch die Kritik der Waffen.

Vliegen-Holland: Der Generalstreik wird uns als neue Waffe empfohlen. Da müssen wir fragen: ist er überhaupt eine Waffe? Das ist er nicht! (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen. (Pfannkuch ruft: Ein Messer ohne Klinge!) Merkwürdig ist, daß die Befürworter des Generalstreiks so geringschätzig über die parlamentarische Tätigkeit sprechen. Der angeblich neue Gedanke stammt aus den Flegeljahren unsrer Bewegung, aus der Zeit vor zwanzig Jahren, wo wir uns noch über die Beteiligung am Parlamentarismus stritten. (Sehr richtig!) Die Einwände gegen den Parlamentarismus sind damals widerlegt worden. Das Proletariat muß die politische Aktion mit aller Kraft aufnehmen, damit es sich zählt und seine Macht empfindet. Niemand hat gesagt, daß wir durch Abstimmungen die sozialistische Gesellschaft einführen werden. Das haben wir nicht in der Hand, um von vornherein sagen zu können, so und so wird es gehen. Geht der Generalstreikgedanke etwa von den starken Organisationen Deutschlands, Englands oder Dänemarks aus? Nein, er stammt aus Frankreich und Holland, wo die Gewerkschaftsbewegung sehr schwach ist, und aus Rußland, wo solche überhaupt verboten sind. (Sehr richtig!) Es ist falsch, verächtlich vom Tageskampf zu sprechen und ihn in Gegensatz zu dem großen Ziele zu stellen. Diese beiden sind eins und können nicht von einander geschieden werden. Redner erklärt, daß er schon auf dem holländischen Kongreß gegen die jetzt vorliegende Resolution gewesen sei, weil sie, wenn auch sehr verklausuliert und vorsichtig, unter bestimmten Bedingungen den Generalstreik empfehle. Man habe ihm entgegen gehalten: Wir müssen dies Mittel studieren. Studieren wollen wir alle, aber erst wenn wir das Mittel studiert haben, können wir es aufnehmen. Die bisherigen Erfahrungen sprechen sehr gegen den Generalstreik. Er ist weder ein Mittel, noch gar das Mittel des Proletariats. Die Generalstreikidee kann dem Proletariat den Gedanken geben, die tägliche schwere Arbeit, die so viel Opfer kostet, sei überflüssig; es genüge ein großer Schlag. Wir sollten vor allem die Köpfe klar machen und nicht noch mehr Mißverständnisse hineinbringen. (Lebhafter Beifall bei den deutschen Delegierten.)

Briand (Jaurèsist): Er und seine Freunde ständen auf dem Boden praktischer Arbeit und deshalb seien sie Anhänger der Organisation des Generalstreiks. Das Proletariat muß mit allen Kampfmitteln ausgerüstet werden. Ueber den Begriff des Generalstreiks bestehen sehr unklare Anschauungen, und die früheren internationalen Kongresse haben diese Unklarheit nur gesteigert. Der Generalstreik ist nur eine Frage der Taktik. Er ist nicht das einzige, sondern nur eines der Mittel zum Ziel. Wenn der Kongreß sich in der Taktikfrage auf den Boden des Klassenkampfes stellt, muß er auch die Waffe des Generalstreiks billigen, die den ausgeprägtesten proletarischen Charakter trägt. Es handelt sich nicht darum, alle Arbeiter zu organisieren und dann den großen Schlag zu tun, sondern um die Durchführung eines mehr oder minder ausgedehnten Streiks, der die für das Wirtschaftsleben besonders wichtigen Industriezweige lahmlegt. Man sollte die Idee nicht unsinnig karikieren. Der Generalstreik ist ein Mittel der Einschüchterung und des Drucks, um von der kapitalistischen Gesellschaft Reformen

zu erzielen. Weiter ist er das äußerste Widerstandsmittel gegen die politische Entrechtung der Arbeiterklasse. Man spricht von der Bedrohung des allgemeinen Wahlrechts in Deutschland. Zu welcher Waffe soll dann das Proletariat greifen? Es bleibt ihm nur der Generalstreik. Verschließen sich die Sozialisten dieser Idee, so gewinnen die Anarchisten Einfluß auf die Arbeiterbewegung. Die französische Resolution für den Generalstreik sei sehr vorsichtig und schüchtern und fordere nur zum methodischen Studium des Generalstreiks auf. Sollte sie abgelehnt werden, so würde sich seine Gruppe der Abstimmung enthalten. (Lebhafter Beifall bei den Jaurèsisten.)

Beer-Wien (Metallarbeiter): Es muß vor Allem festgestellt werden, was sich die Anhänger des Generalstreiks darunter eigentlich vorstellen. Ein Generalstreik, bei dem jede Arbeit zum Stillstand gebracht wird, ist undenkbar. In Frage kommt nur die Einstellung der Arbeit durch größere Arbeiterschichten. Gerade in den Ländern, in denen der Generalstreik am meisten propagiert wird, geschieht am wenigsten für die moralische Erziehung des Proletariats. Gerade in den Ländern mit einem gefährlichen Mangel jeglicher Organisation, die doch jetzt die Voraussetzung des Generalstreiks sein soll, predigt man schon jetzt den Generalstreik, tut aber nichts zur Kräftigung der Organisation. Ja, ohne Zweifel, diese Propagatoren des Generalstreiks sind in der Praxis die entschiedensten Gegner der Gewerkschaftsbewegung. (Hört! hört!) Sie sind es, die immer darauf hinweisen, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht einmal m i t wirke zur Emanzipation der Arbeiter. Sie sind es, die für die niedrigen Beiträge und gegen den Ausbau unsrer kämpfenden Organisationen eintreten. In diesem Zusammenhang sage ich: Protestieren wir auf das schärfste gegen die Propaganda des Generalstreiks und klären wir das Proletariat über seine Gefahren auf. Gewiß kann einmal der historische Moment kommen, in dem das Proletariat zur Abwehr reaktionärer Attentate oder zur Erzwingung notwendiger Reformen den Generalstreik braucht. Aber dieses äußerste und letzte Mittel kann nicht die Kleinarbeit, die unermüdliche Agitation, den Kampf im Parlament und der Gewerkschaft verneinen. (Stürmischer Beifall, besonders bei den Deutschen und Oesterreichern.)

Van Kol schlägt vor, jetzt nur noch dem Berichterstatter das Schlußwort zu geben, sonst könne die wichtige Auswandrungsfrage nicht mehr behandelt werden. Er würde jetzt den Generalstreik der weiteren Redner vorziehen.

Sembat (Frankreich) schlägt Beschränkung der Redezeit auf 5 Minuten vor.

Der Vorschlag des Vorsitzenden wird mit großer Mehrheit a n g e n o m m e n.

In ihrem S c h l u ß w o r t hebt **Henriette Roland-Holst** hervor, daß die Vorzüge der holländischen Resolution in der Forderung der Organisation und Disziplin und der überaus scharfen und bestimmten Abwehr des Anarchismus beständen. Gegenüber Friedeberg und Vliegen leugnet Rednerin den Gegensatz zwischen praktischer, täglicher Kleinarbeit und dem Generalstreik als letztem und äußersten. Dem Vertreter der russischen Sozialrevolutionäre hält sie das Festhalten der ganzen internationalen Sozialdemokratie an der Legalität entgegen, bei der unsre Partei nach Engels bekanntem Wort rote Backen bekommt. Unsre Resolution sagt: Der Aufstieg, der Generalstreik, ist schwierig, aber er ist vielleicht der einzige Weg, der auf den Berg hinaufführt. (Lebhafter Beifall.)

Zur A b s t i m m u n g gelangen drei Resolutionen: erstens die der Allemanisten, zweitens die der Guesdisten und endlich die der Kommission.

Die R e s o l u t i o n d e r A l l e m a n i s t e n lautet:

In Erwägung, daß aus der unparteiischen Untersuchung der ökonomischen und politischen Tatsachen, welche in den letzten 10 Jahren unter den verschiedenen Formen der kapitalistischen Ausbeutung das Proletariat der verschiedenen Länder kennen gelernt hat;

in Erwägung, daß die verschiedenen Nationalitäten in ihren sozialistischen Organisationen dazu geführt worden sind, die Waffe des Generalstreiks als

das wirksamste Mittel anzuerkennen zum Triumph der Arbeiterforderungen, sowie zur Sicherung der politischen Rechte:

in Erwägung, daß diese Beispiele zeigen, wie sehr in Zeiten scharfer Krisen der Arbeiter plötzlich dem Generalstreik sich zuwendet als einem der wirksamsten und mächtigsten Mittel, das er zur Verfügung hat:

ladet die revolutionäre sozialistische Arbeiterpartei den Internationalen Kongreß von Amsterdam ein, alle am Kongreß vertretenen Nationen zum Studium der rationellen und methodischen Organisationen des internationalen Generalstreiks aufzufordern, der zwar nicht das einzige Mittel der sozialen Revolution, aber doch eine Waffe der Befreiung ist, so daß also kein bewußter Sozialist das Recht hat, den Generalstreik geringzuschätzen oder zu verkleinern.

Für dieselbe stimmen die Jaurésisten, die russischen revolutionären Sozialisten, die Schweiz und Japan; gegen dieselbe die Guesdisten und die russischen Sozialdemokraten und alle andern Nationen. Dieselbe ist also abgelehnt.

Die Resolution der Guesdisten lautet:

Der Internationale sozialistische Kongreß in Amsterdam 1904,

in Erwägung, daß die kollektive Arbeitseinstellung oder der Streik die einzige Waffe ist, welche die kapitalistische Gesetzlichkeit im Rahmen des Lohnsystems den Proletariern zur Verteidigung ihres Lebensunterhaltes oder ihrer Würde zur Verfügung übrig gelassen hat,

in Erwägung, daß, wenn man vor den Augen der Verblendetsten die Gegensätze der Klasseninteressen, welche das kapitalistische Regime kennzeichnen, hervorhebt, der Streik, der bei den Arbeitern den Klasseninstinkt erweckt, das geeignete Mittel ist, sie zum Klassenbewußtsein zu führen, das sie zu Sozialisten machen kann und soll,

erinnert die internationale sozialistische Partei all ihre Mitglieder daran, daß es ihre Pflicht ist, ihre respektiven Gewerkschaften aufzufordern, sich zugleich mit ihren streitenden Kameraden solidarisch zu erklären und aus allen Kräften am Siege ihrer Klassenforderungen mitzuarbeiten.

In Erwägung andererseits, daß eine mehr oder weniger ausgedehnte oder gar allgemeine Arbeitseinstellung einen revolutionären Ausbruch zur Folge haben kann, wenn die Arbeiterorganisationen und die Umstände mitwirken, während dort, wo die Proletarier keine Mittel zur politischen Aktion besitzen oder wo man ihnen dieselben zu nehmen droht, den Arbeitern diese vollständige Arbeitsniederlegung auferlegt werden kann, um die Mittel zur politischen Aktion für sich zu gewinnen oder sie zu behalten,

erklärt die internationale sozialistische Partei sich bereit, in solchen Fällen ihre Schuldigkeit zu tun, ohne für etwaige sich ihrem Einfluß entziehende Konflikte die Verantwortlichkeit zu übernehmen;

erklärt aber mit stärkerem Nachdruck als je zuvor, daß die Sozialisierung der Produktionsmittel von der Eroberung der politischen Macht seitens des organisierten Proletariats abhängt,

daß alle bewußten Arbeiter zum revolutionären Sozialismus übergehen sollen, der allein dazu fähig ist, die kapitalistische Klasse ihrer politischen und ökonomischen Machtstellung zu berauben und die Wohlfahrt und die Freiheit aller zu festigen.

Für dieselbe stimmten die Guesdisten, die russischen revolutionären Sozialisten, die Schweiz und Japan; gegen dieselbe alle anderen Nationen, so daß also auch diese verworfen ist.

Die Resolution der Kommission wird darauf mit 36 gegen 4 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten nur Schweiz und Japan; Frankreich sowie die russischen revolutionären Sozialisten enthielten sich der Abstimmung. Der Ausgang der Abstimmung wird mit Händeklatschen begrüßt.

Van Kol bringt zur Kenntnis des Kongresses, daß der ukrainische Delegierte gegen den Beschluß des Bureaus, ihm keine eigene, von Rußland getrennte Stimme zu geben, Protest erhebe.

Der Kongreß gibt dem Protest keine Folge.

Das Internationale Bureau teilt zur morgigen Verhandlung folgende Vorschläge mit: Unter dem Vorsitz von Troelstra-Holland — mit Branting-Schweden, Sigg-Genf und Anseele-Brüssel als Beisitzer — über die Taktikfrage, über die Vandervelde referiert, zu diskutieren von 9—$12^1/_2$ und 2—5 Uhr. Bebel und Jaurès erhalten je 30 Minuten, die andern Redner 10 Minuten Redezeit.

Der Kongreß stimmt den Vorschlägen zu.

Schluß $6^1/_4$ Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Freitag den 19. August. — Vormittags-Sitzung.

Troelstra, als Vorsitzender, eröffnet um 9 Uhr die Sitzung. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen erhoben sich zu Ehren des gestern verstorbenen Genossen Renou die Delegierten von ihren Sitzen. (Victor Renou von der Richtung Allemane war einer der ältesten Vorkämpfer des Sozialismus in Frankreich; von Beruf Steinarbeiter, vertrat er eine Zeitlang auch den Pariser Wahlkreis Clichy in der Kammer.)

Zur Verhandlung steht Punkt 5:

Internationale Regeln der sozialistischen Taktik.

Als Berichterstatter der Kommission fungiert Vandervelde (Brüssel) mit unbeschränkter Redezeit, während Bebel und Jaurès je eine halbe Stunde, die übrigen Diskussionsredner je zehn Minuten Redezeit haben. Die Uebersetzung soll Zeitersparnis halber nur allgemein resümieren und die Dauer der Verhandlung eventuell bis abends 8 Uhr ausgedehnt werden.

Der Verhandlung liegen folgende Resolutionen zu Grunde:

Zunächst die **Dresdner Resolution**, die die Kommission auf Antrag der Guesdisten als Regel für die internationale Taktik in folgender Form angenommen hat:

„Der Kongreß verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsre bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unsrer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei wird, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.

Daher ist der Kongreß im Gegensatz zu den vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Ueberzeugung, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen, und erklärt:

1. daß die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände, und daß sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten;

2. daß die Sozialdemokratie gemäß der Resolution Kautsky des Internationalen Sozialistenkongresses zu Paris im Jahre 1900 einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann.

Der Kongreß verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.

Der Kongreß erwartet, daß die sozialdemokratischen Fraktionen die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihnen stehenden Wählermassen erlangen, nach wie vor zur Aufklärung über das Ziel der Sozialdemokratie verwenden und entsprechend den Grundsätzen unsres Programms dazu benutzen, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte überall aufs kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltmachtpolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihnen bisher möglich gewesen ist, und für den Ausbau der Sozialgesetzgebung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken."

Zu dieser Resolution hatten Vandervelde und Adler vier Amendements eingebracht, die von der Kommission abgelehnt (mit 24 gegen 16 Stimmen), von der englischen Delegation aber wieder eingebracht sind. Sie lauten:

1. Amendement: An Stelle des ersten Absatzes der Dresdner Resolution soll folgende Fassung treten:

„Der Kongreß erklärt mit größter Entschiedenheit, daß es notwendig ist, ohne jedes Schwanken an der bewährten, sieggekrönten, auf dem Klassenkampf beruhenden Taktik des Sozialismus festzuhalten und daß niemals an Stelle des Kampfes für die Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unsrer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung treten darf."

2. Amendement: Der zweite Absatz soll beginnen:

„Die Folge einer solchen Taktik der Konzessionen wäre 2c."

3. Amendement: Im dritten Absatz sollen die Worte „im Gegensatz zu den in der Partei vorhandenen revisionistischen Bestrebungen" gestrichen werden.

4. Amendement: Die Nummer 2 der Dresdener Resolution soll folgende Fassung erhalten:

„Betreffend die Gefahren und Unzuträglichkeiten einer Anteilnahme an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft erneuert und bestätigt der Kongreß die Resolution Kautsky des Internationalen Kongresses von 1900."

Schließlich hat die Kommission einstimmig folgende von Bebel, Kautsky, Ferri, Adler, Troelstra und Vandervelde gestellte Resolution für die

Einheit der Partei

angenommen.

Der Kongreß erklärt:

„Um der Arbeiterklasse ihre volle Kraft in dem Kampf gegen den Kapitalismus zu verleihen, ist es unerläßlich, daß es in jedem Lande gegenüber den bürgerlichen Parteien nur eine sozialistische Partei gebe, wie es nur ein Proletariat gibt. Darum haben alle Genossen und alle sozialistischen Organisationen die gebieterische Pflicht, sich mit aller Kraft zu bemühen, diese Einheitlichkeit der Partei auf Grund der von den Internationalen Kongressen bestimmten Prinzipien herbeizuführen, diese Einheitlichkeit, die notwendig ist im Interesse des Proletariats, dem gegenüber sie für die verhängnisvollen Folgen der Fortdauer von Spaltungen verantwortlich sind.

Um dieses Ziel erreichen zu helfen, werden sowohl das Internationale sozialistische Bureau wie alle Parteien der Länder, in denen diese Einheitlichkeit besteht, bereitwilligst ihre guten Dienste zur Verfügung stellen."

Das Wort erhält als Berichterstatter der Kommission

Vandervelde: Ich befinde mich als Berichterstatter in einer paradoxen Lage. Als Anhänger der Minorität habe ich von der Majorität den Auftrag erhalten, ihr Phonograph zu sein. Der alte deutsche Streit zwischen Revisionisten und Radikalen wurde in Dresden durch die dort mit der ungeheueren Mehrheit von 218 gegen 11 Stimmen angenommene Resolution zur Entscheidung gebracht. Sie bestätigt die wesentlichsten Prinzipien des Sozialismus und verurteilt die revisionistischen Bestrebungen. Ist sie auch ganz aus den deutschen Verhältnissen herausgewachsen, so beantragte doch die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Frankreichs durch ihren Liller Kongreßbeschluß, diese Resolution auf den internationalen Sozialismus auszudehnen. Die Kommission hat diesen Antrag mit 27 gegen 3 Stimmen angenommen, bei 10 Stimmenthaltungen; aber dieses Resultat bedeutet nicht, daß in der Kommission Einmütigkeit herrschte. Ich habe hier vielmehr einer ganzen Reihe von Resolutionen, die nicht angenommen worden sind, die Grabrede zu halten. Treu ihrer Geschichte und der Stellung ihres Landes nahm die Schweiz in der Kommission den Standpunkt der internationalen Neutralität ein. Die Mehrheit aber glaubte, nachdem nun einmal die Frage aufgeworfen war, der Internationale Kongreß müsse notwendigerweise die Prinzipien des internationalen Sozialismus vor der ganzen Welt bekräftigen.

De Leon und Rubanowitsch brachten namens einer amerikanischen Arbeiterpartei und der russisch-revolutionären Partei eine andre Formulierung der Dresdner Resolution ein, doch wurde dies nicht für notwendig gehalten. Schließlich beantragten die Holländer — und sie vertraten diese Resolution mit ebensoviel Wissen und geistiger Höhe wie dieser Kongreß ihr organisatorisches Geschick beweist (lebhafte Zustimmung) — eine Resolution, die den Wert der praktischen Arbeit und der Agitation für das Endziel gleichstellt, verübten aber, als man ihnen entgegenhielt, daß man damit unentschuldbare Abweichungen vom Wege des Sozialismus rechtfertigen werde, Harakiri, um mit dem Genossen Katayama zu reden. (Große Heiterkeit.)

Es blieb somit nur eine rechte und eine linke Seite, die Dresdner Resolution und die Resolution Adler-Vandervelde. Beide betonen die Notwendigkeit, über dem Kampf der Gegenwart das Endziel im Auge zu behalten und verwerfen jede Theorie des Zusammenarbeitens der Klassen. Ueber den notwendigen Reformen soll keine Partei die endgültige Befreiung des Proletariats vergessen. Nicht um die bürgerliche Gesellschaft zu stützen, sondern um das Proletariat zu stärken, den Kampf gegen sie zu führen.

Soweit war alles einig. Aber in der Dresdner Resolution verurteilt man Tendenzen, spricht Negativen aus. Die Resolution Adler-Vandervelde hingegen stellt nur diese Prinzipien fest, begnügt sich mit dem Positiven. Diese Resolution ist jetzt durch die englische Delegation aufs neue Ihrer Entscheidung unterbreitet. In der Kommission unterlag sie mit 24 gegen 16 Stimmen. Die Anhänger derselben in der Kommission machten geltend, daß die Dresdner Resolution böswillig ausgelegt in den Ländern, in denen Spaltungen beständen, zu Aechtungen, Ausschlüssen und Bannflüchen führen könne, daß sie durch die Berufung auf die Pariser Resolution Kautskys sich selbst widerspräche. Auch könne sie in Länder, wo noch keine Trennung besteht, den Apfel der Zwietracht hineinwerfen. Endlich würde sie Regeln aufstellen, von denen man befürchten muß, daß sie nicht befolgt werden. Außerdem verurteilt sie die revisionistischen Bestrebungen, was ein ganz speziell deutscher Begriff ist.

Demgegenüber leugneten die Anhänger der Dresdner Resolution nicht, daß sie die deutsche Fabrikmarke trage und in ihrer Fassung nicht ideal sei. Aber sie sei von historischer Bedeutung und keineswegs gefährlich. Früher hätten die internationalen Kongresse zum internationalen Zusammenschluß aufrufen müssen,

jetzt, wo es nur eine sozialistische Partei in drei Weltteilen gebe, mit autonomen nationalen Sektionen, habe der Kongreß das Recht und die Pflicht, bei der internationalen Disziplin möglichst klare, zwingende Resolutionen vorzulegen. Es gelte denen, die auf schiefer Ebene seien, ein kategorisches Nein zuzurufen.

Ich stehe nun vor der fast unmöglichen Aufgabe, Ihnen eine, wenn auch nur schwache Vorstellung von dem dreitägigen wunderbaren Kampfe der Geister und Ideen in der Kommission zu geben, der sich stets in den lichten Höhen prinzipieller Auseinandersetzung fern von allen Spuren kleinen persönlichen Gezänkes hielt. (Bravo!) Nach einer wundervollen Rede von Jaurès haben wir den Ausführungen der ganzen Reihe der führenden Geister in der Welt des Sozialismus beigewohnt. Sie alle — vielleicht mit einer Ausnahme — von den Intransigentesten bis zu den Gemäßigtsten haben die Pflicht der französischen Sozialisten anerkannt, gegen die Reaktion, gegen den Klerikalismus in seiner gefährlichsten Form zu kämpfen, haben aber andrerseits geglaubt, daß dabei nicht immer genügende Rücksicht genommen ist auf die besonderen Aufgaben einer Partei, die ausschließlich die Interessen des Proletariats zu vertreten hat. So sagte Bebel: „Ihr wollt die Republik erhalten, Wir wünschen es mit Euch. Ihr wollt die Kirche bekämpfen. Wir billigen zum mindestens den Zweck. Ihr wollt den Frieden erhalten. Wir streben mit aller Kraft dem nach. Aber der grundlegende Unterschied zwischen Euch und uns ist der: Treten wir in Beziehung zu einer bürgerlichen Partei, so trennen wir uns morgen von unsern Verbündeten von heute und bekämpfen unsre ewigen Feinde. (Lebhafter Beifall.) Eine solche Solidarität und Intimität und Verbindung durch persönliche oder namenlose Mitregierung wäre bei uns unmöglich, daß man sich fragen müßte, ob noch eine selbständige sozialistische Partei existiert, oder ob sie schon völlig in der bürgerlichen Republik aufgegangen ist. (Sehr gut!) Der Politik des bürgerlichen Blockes müssen wir eine andre Politik entgegenstellen, diejenigen des sozialistischen Blockes, der gegenüber der bürgerlichen Welt eint, national und international, alle Parteien des Sozialismus." (Stürmischer Beifall.)

Da hätten Sie Jaurès' Antwort vernehmen sollen, hätten den Löwen brüllen hören sollen — Sie verstehen, der Löwe kann gar nicht brüllen (Stürmische Heiterkeit): „Ihr fragt, was das französische Proletariat gesagt hat am Tage nach Chalons, am Tage nach der Verbrüderung mit Gallifet, nach unserem Votum für Militär- oder Kolonialetat. Ich will es Euch sagen. Wir haben Ihnen geantwortet: Wir haben die Republik, die Freiheit gerettet, wir haben im Kampfe gegen die Kirche einen großen Schritt zur Befreiung der Geister getan, wir haben dem Proletariat den Zehnstundentag und zahlreiche Arbeiterschutzgesetze erkämpft. Darum, so sage ich Euch, hat uns das Proletariat sein Vertrauen gegeben, wir eilen von Sieg zu Sieg, während unser Rivale Niederlage auf Niederlage verzeichnet." (Sehr wahr!) Da stand Guesde auf. Es war ein gewaltiger Kampf nicht nur zweier Menschen, nein, zweier Ideen und Parteien: Ihr habt die Republik gerettet? Sie war nicht ernstlich bedroht von den uneinigen Generalen, sonst hätte Eure schönste Geste sie nicht geschützt. Ihr habt gegen die Orden gekämpft, aber die Kongregationen sind unverändert zahlreich, die klerikalen Schulen bestehen weiter. Und vielleicht wird, wenn Ihr die Trennung von Staat und Kirche erreicht, die Kirche nur noch mächtiger werden. In der Sozialreform erreicht Ihr nicht einmal das halbabsolutistische Deutschland unter dem erzreaktionären Herrn v. Bismarck. Ihr wollt erst die Republik, dann den Kampf gegen die Kirche und schließlich eine Sozialisierung der Gesellschaft. Wir aber sagen als Sozialdemokraten, daß erst die ökonomische Befreiung der Arbeiter alle diese bürgerliche und Geistesfreiheit wirksam machen kann.

Troelstra, Ferri, Renaudel warfen nun die Frage auf, ob denn diese beiden Tendenzen unvereinbar seien. Einstimmig hat die Kommission die Einheitlichkeit der sozialistischen Partei jedes Landes gefordert. Aber wir wollen,

daß Ihr, Jaurès und Guesde, diese Einigkeit aus Kongreßbeschlüssen in die Tat übersetzt. (Beifall.) Gewiß, Euer Gegensatz ist nicht größer als der zwischen Plechanow und Katayama, deren Völker sich jetzt im Bruderkampfe morden, nicht größer als zwischen Bernstein und Kautsky, die in einer Partei sitzen. Aber sie und wir alle fühlen uns nicht als Diktatoren des Proletariats, sondern als seine Diener, wir unterwerfen uns in den Streitigkeiten ihrer Entscheidung und führen diese nach bestem Wissen aus. Bedenkt, Genossen, daß zu Marx' unsterblichem Wort: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! auch das Gegenstück gehört: Proletarier jedes Landes einigt Euch! (Jubelnde Zustimmung.) Jaurès und Guesde reicht auch Ihr Euch, wie wir hier am ersten Kongreßtage ein Beispiel erlebt haben, brüderlich die Hand! Dann wird Amsterdam die große Internationale, das große Werk von Marx und Engels, entfalten und befestigen. (Langanhaltender Beifall.)

Hyndman (S. F. England) verlangt zur Geschäftsordnung, daß die Uebersetzer nur ein kurzes Resümee geben und nicht die Rhetorik Vanderveldes wiederholen.

Vorsitzender **Troelstra**: Demgegenüber glaube ich im Namen des ganzen Kongresses Vandervelde dafür danken zu müssen, daß er nicht ein trocknes Referat gehalten, sondern seinen Bericht schmackhaft zu machen gewußt hat. (Lebhafter Beifall.)

Das Wort erhält als erster Redner Jaurès. Er wird, wie er zur Tribüne hinaufsteigt, mit stürmischem Beifall begrüßt. Als das Beifallklatschen sich gelegt hat, sagt

Jaurès: Es ist eine schwere Aufgabe, nach einem Berichterstatter zu sprechen, der mit einem leidenschaftlichen Appell an die Einigkeit schloß. Denn ich muß eine These vertreten, die Widerspruch finden wird. Gewiß, auch ich bin für die Einheit, aber sie kann und darf nicht zu einer unterdrückenden Uniformität werden, das Recht der Minderheit muß gewahrt bleiben. Sein eignes Recht würde sich der Sozialismus nehmen, wenn er das Recht der Minderheit schmälern wollte. (Bravo!) Ich rede nicht im Namen der Minorität Adler-Vandervelde. Denn bei der Begründung ihrer Resolution sind Reden gehalten worden, die meine Politik nicht gebilligt, ja verurteilt haben. Ich kann nur in meinem Namen und in dem meiner Auftraggeber sprechen. Die Dresdner Resolution bildet den Abschluß großer theoretischer und praktischer Auseinandersetzungen. Sie regt eine Welt von Gedanken an, die hier auszusprechen die Zeit fehlt. Ich kann nur sagen, weshalb ich mich zu ihr in Gegensatz stelle. Nicht etwa deswegen, weil diese Resolution, wenn sie hier angenommen wird, von den Guesdisten gegen mich ausgespielt werden wird. Sie werden sagen: Da habt ihr die Bestätigung, daß Jaurès vom Boden des Klassenstandpunktes desertiert ist, daß er vom internationalen Kongreß verurteilt worden ist. Das fürchte ich nicht. Das französische Proletariat wird sich nicht verwirren lassen. Wir geben mit unsrer Politik nicht den Klassenkampf auf. Auf alle Beschuldigungen können wir mit dem Hinweis auf unsre Taten hinweisen. Wir haben die bürgerliche Republik gerettet, wir haben dem freien Gedanken eine Stätte bereitet, wir haben den Klerikalismus zurückgedrängt, wir sind für den Weltfrieden eingetreten, wir haben den Chauvinismus, den Nationalismus und Cäsarismus zurückgeworfen (Bravo!) Wir fürchten den Kampf in Frankreich gegen die sonderbaren Theoretiker nicht, die da behaupten, daß die Republik nicht wert sei, daß das Proletariat auch nur eine Stunde Arbeit zu ihrer Verteidigung opfere. Diese Theorie läuft auf den Glauben an den automatischen Sieg des Kollektivismus hinaus und steht im vollen Widerspruch zur blanquistischen Tradition. Zu ihren glorreichen Ruhmestiteln gehört der Kampf für die Republik und die bürgerliche Freiheit. (Bravo!) Nicht die praktischen Bedürfnisse, sondern allgemeine Gesichtspunkte lassen mich gegen die Dresdner Resolution Stellung nehmen, die absichtlich oder unabsichtlich

Unklarheiten und Zweideutigkeiten enthält. Mit Recht betont diese Resolution daß sich das Proletariat auf dem Boden des Klassenkampfes zu organisieren hat. Wir wiederholen unaufhörlich, daß das Proletariat sich als Klassenpartei in bezug auf Ziel und Organisation zusammen zu schließen hat. Wir fordern, wie alle Sozialisten, die vollständige Umwandlung des Privateigentums in Kollektiveigentum, wir bekämpfen jede Form der Ausbeutung. Auch darin sind wir einig, daß alle Reformen nicht bloß ein Mittel sind, die augenblicklichen Leiden des Proletariats zu mildern, sondern daß sie auch dazu dienen, die Kampfestüchtigkeit des Proletariats für sein Endziel zu erhöhen. Vandervelde hat es für nötig gehalten, sich gegen diejenigen Reformisten zu wenden, die die Reformen als Mittel wollen, um die bürgerliche Gesellschaft zu befestigen. Wo sind solche Reformisten? Ich kenne sie nicht. Alle Reformen sind nur die Stufen, auf denen wir zum Ziele hinaufsteigen. Die Rettung der Republik, die Sicherung der politischen Freiheit, die Verweltlichung des Unterrichts, die Trennung von Staat und Kirche, Arbeiterschutzgesetz, Steuergesetzreform — all das sind nur Mittel, um das revolutionäre Endziel zu erreichen: die Befreiung der unterdrückten Arbeit! (Lebhafter Beifall.) Wir wollen den Klassengegensatz nicht verwischen. Autonom in seinem Ziele, in seinem Mittel hat sich das Proletariat ökonomisch und politisch zu organisieren.

So weit stimme ich mit dem Wesen und dem Sinne der Dresdner Resolution überein. Aber sie verkennt, daß es im Interesse des proletarischen Klassenkampfes selber liegt, an all' die zahlreichen, in der Gesellschaft schlummernden demokratischen Kräfte außerhalb des Proletariats zu appellieren und diese bürgerlichen Demokraten dem Interesse des Proletariats dienstbar zu machen, um die Reaktion zu bekämpfen und Reformen herbeizuführen. Guesde hat in Versammlungen, die ich früher gemeinsam mit ihm abhielt, selber wie oft gesagt, daß höchstens 200 000 Leute persönlich an der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung interessiert seien. Wilhelm Liebknecht hat ähnliches gesagt. Es wäre unklug, alle die zahlreichen Elemente, die zwar ökonomisch nicht zum Proletariat, aber auch nicht zu den ausbeutenden Klassen gehören, nicht zusammenzufassen, sondern sie in der Vereinzelung zerkrümeln zu lassen. Die Bewegungen dieser Elemente müssen vom Proletariat beobachtet und den eignen Bestrebungen dienstbar gemacht werden. So sind die vorgeschrittenen Radikalen Frankreichs (radicaux socialistes) keine proletarische Partei, aber auch keine Partei der kapitalistischen Ausbeutung. Diese in der Entwickelung begriffenen Elemente treten für eine Reihe auch von uns geforderter Reformen ein, so für die progressive Einkommensteuer, die Trennung von Staat und Kirche, für die Verstaatlichung der Eisenbahnen, Bergwerke, Banken, Zuckerfabriken und Raffinerien, für die Verstaatlichung aller Betriebe, die monopolartigen Charakter haben. Ihre Unterstützung ist im Kampfe gegen die Reaktion wohl zu brauchen. Wir wären Narren, wenn wir diese Hilfe zurückweisen wollten. (Lebhafter Beifall. Die Dresdner Resolution trägt in dieser Hinsicht einen fettenhaften Charakter. Es geht nicht an, durch diese Resolution eine papierne internationale Einigkeit herzustellen und die Aktion des Proletariats zu binden. Was liegt dieser Resolution im tiefsten Sinne zu Grunde? Eine Art Mißtrauen gegen das Proletariat, daß es sich in Kompromisseleien verlieren, daß es von einer vorübergehenden Kooperation mit der Demokratie verdorben werden könnte. Auf der einen Seite steckt man dem Proletariat die weitesten Ziele, sagt ihm, daß es eine Welt erobere, eine neue Gesellschaft schaffen wird, und auf der andern Seite hält man es wieder für so minderjährig und unreif, daß man fürchtet, es könnte jeder Verführung erliegen. (Bravo!) Je reifer, je kräftiger das Proletariat in einem Lande, desto entschiedener schließt es sich unserer Taktik an. Wo volle Aktions- und Bewegungsfreiheit herrscht, da tauchen neue Probleme auf. So ist es in Italien, so in Belgien, so in England. In England ist die sozialistische Bewegung nicht deshalb schwach, weil

wie Bebel meint, die englische Bourgeoisie es trefflich verstanden hat, durch kleine Reformen die Arbeiter von selbständiger Organisation abzubringen, sondern weil die englischen Sozialisten, von der Katastrophentheorie hypnotisiert, es nicht verstanden, durch praktische Tagesarbeit in enge Berührung mit der Arbeiterklasse zu kommen. Jetzt aber zeigt sich dort die Annäherung des sozialistischen Gedankens an die Gewerkschaftsbewegung. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum der Deutschen, daß sie durch die Dresdner Resolution ihre Taktik allen andren Ländern auferlegen wollen.

Ja, Bürger, es ist unklug, das internationale Proletariat in einem Moment, wo es sich vor neue Fragen gestellt sieht, durch zu enge taktische Formeln zu binden. Und wenn die deutschen Sozialisten ihre Dresdner Resolution vor den Internationalen Kongreß bringen, wenn sie taktische Regeln, die sie in ihrem eignen Lande, vielleicht nur provisorisch, aufgestellt haben, zu einer internationalen taktischen Richtschnur machen wollen, so geben sie einer verderblichen Illusion nach; sie bilden sich ein, daß die politische und sozialistische Auffassung Deutschlands, mit der sie zu tun haben, als gleichförmiges Maß, als unbeugsame Vorschrift, als gebieterischer Höhenmesser für die sozialistische Aktion in allen Ländern dienen kann. Wohlan, da man durch Taktik-Anträge, die die innere Politik der verschiedenen Länder im Auge haben, uns die französische sozialistische Partei, genötigt hat — und wir beschweren uns darüber nicht — die innere Politik unsres Landes darzulegen, werden uns unsre Genossen von der deutschen Sozialdemokratie das Recht zuerkennen, denn wir verkehren hier auf dem Fuß sozialistischer Gleichheit, frei heraus über ihre innere Lage zu sprechen.

Ich sage also, daß, wenn ihr eure Dresdner Resolution internationalisiert, ohne daran zu denken, dem internationalen Sozialismus den Geist der Unsicherheit, des Schwankens einimpft, der euch zur Zeit erfüllt. Was im gegenwärtigen Moment auf Europa und der Welt, auf der Verbürgung des Friedens, der Sicherstellung der politischen Freiheiten, dem Fortschritt des Sozialismus und der Arbeiterklasse lastet, was auf den politischen und sozialen Fortschritt Europas und der Welt drückt, das sind nicht die angeblichen Kompromisse, die waghalsigen Versuche der französischen Sozialisten, die sich mit der Demokratie verbündet haben, um die Freiheit, den Fortschritt, den Frieden der Welt zu retten, sondern das ist die politische Ohnmacht der deutschen Sozialdemokratie. (Große Bewegung.)

Gewiß, ihr seid eine große, bewunderungswürdige Partei, die dem internationalen Sozialismus zwar nicht alle Denker, wie man es zuweilen zu sagen scheint, aber einige der gewaltigsten und scharfsinnigsten Denker gegeben hat, die dem internationalen Sozialismus das Vorbild einer konsequenten, systematischen Aktion, einer wohlgegliederten und machtvollen Organisation gegeben hat, die vor keinem Opfer zurückschreckt und sich durch keinen Ansturm erschüttern läßt. Ihr seid eine große Partei, ihr seid die Zukunft Deutschlands, eine der edelsten und glorreichsten Parteien der zivilisatorischen und denkenden Menschheit.

Aber zwischen eurer anscheinenden politischen Macht, wie sie sich von Jahr zu Jahr in der wachsenden Zahl eurer Stimmen und Mandate ausdrückt, zwischen dieser anscheinenden Macht und der wirklichen Macht zu Einfluß und Tat besteht ein Gegensatz, der um so größer zu werden scheint, je mehr eure Wahlmacht zunimmt. O ja, am Tage nach jenen Juniwahlen, die euch die drei Millionen Stimmen gebracht haben, ist es allen deutlich geworden, daß ihr eine bewundernswerte Kraft der Propaganda, der Werbung, der Einreihung habt, aber daß weder die Traditionen eures Proletariats noch der Mechanismus eurer Verfassung euch erlauben, diese anscheinend kolossale Macht von drei Millionen Stimmen in die Aktion der Nutzbarmachung und Verwirklichung, in die politische Aktion umzusetzen. Warum? Weil euch die beiden wesentlichen

Bedingungen, die zwei wesentlichen Mittel der proletarischen Aktion noch fehlen — ihr habt weder die revolutionäre, noch die parlamentarische Aktion . . .

(Hier unterbricht der Präsident Troelstra den Redner mit der Bemerkung, daß seine Zeit abgelaufen sei. Unter allseitigem Zuruf: Weiterreden! verläßt Jaurès die Tribüne. Auf Antrag von Sigg-Genf wird ihm indes eine weitere Viertelstunde Redezeit bewilligt.)

Jaurès: Ich danke dem ganzen Kongreß ausnahmslos dafür, daß er mir diesen Zuschuß an Zeit bewilligt hat und werde in der mir angewiesenen Frist zu Ende kommen.

Ich sagte, daß der wesentliche Fehler der Dresdner Resolution, der unsern deutschen Genossen entgangen ist, der sei, daß sie die Aktionsvorschriften oder vielmehr die Notwendigkeiten des Abwartens, die sich zur Stunde der deutschen Sozialdemokratie aufdrängen, zu verallgemeinern sucht. Und ich sagte, daß die zwei Handhaben, durch welche das Proletariat auf die politische und soziale Umwelt stärker einwirken kann, ihr heute fehlen. Erstens (fehlt ihr) die revolutionäre Tradition des Proletariats. Es hat im deutschen Proletariat Beispiele bewunderungswürdiger Hingebung gegeben. Aber es hat in seiner Geschichte keine revolutionäre Tradition. Es hat sich das allgemeine Wahlrecht nicht auf den Barrikaden erobert. Es hat es von oben bekommen. Und wenn man nicht daran denken kann, es denen zu entreißen, die es sich selbst erobert haben, weil sie es leicht zurückerobern können, kann man dagegen wohl daran denken, von oben zu nehmen, was man von oben gegeben hat. Und ihr könnt keine Sicherheit dagegen geben, ihr, die ihr gesehen habt, wie euer rotes Königreich, euer sozialistisches Königreich Sachsen die Fortnahme des allgemeinen Wahlrechts ohne Widerstand über sich ergehen ließ . . . (Lebhafter Beifall.)

Zur Zeit, wo Bebel im Reichstag dem deutschen Kaiser mit Bezug auf die Krupp-Affäre bewunderungswürdig beredte und mutige Worte entgegenhielt, Worte, die wir übersetzt und verbreitet haben, da habt ihr euch gezwungen gesehen, im offiziellen Organ eurer Partei, in Revuen, die mich täglich als den großen Korrumpierer des Proletariats, als den „großen Verderber" denunziert haben — habt ihr, als die deutschen Unternehmer die sozialistischen Arbeiter in den Werkstätten nötigten, unterwürfige Glückwunschadressen an den Kaiser zu unterzeichnen, das heißt, euch selbst zu ohrfeigen, euch gezwungen gesehen, ihnen zu raten, ihre Unterschrift nicht zu verweigern. Und so fahrt ihr fort, im deutschen Proletariat diese geschichtlich zu schwache Kraft einer unzulänglichen revolutionären Tradition noch abzustumpfen, zu trüben, abzuschwächen.

Nun wohl, weil ihr diese revolutionäre Tradition nicht habt, seht ihr sie bei Völkern, die auf sie zurückgreifen, mit Mißvergnügen, und ihr habt nur Angriffe, eure Theoretiker haben nur Geringschätzung gehabt für unsre belgischen Genossen, die behufs Eroberung des allgemeinen Wahlrechts mit Gefahr ihres Lebens auf die Straße gestiegen sind. (Lebhafter Beifall.)

Und ebensowenig wie ihr die Mittel revolutionärer Aktion, wie ihr die Kraft habt, welche euch eine revolutionäre Tradition des Proletariats geben würde, habt ihr, das wißt ihr wohl, die parlamentarische Kraft. Selbst wenn ihr die Mehrheit im Reichstag wäret, wäre euer Land das einzige, wo ihr, wo der Sozialismus nicht der Herr wäre, selbst wenn er die Mehrheit hätte. Denn euer Parlament ist nur ein halbes Parlament. Ein Parlament ist kein Parlament, wenn es nicht die Exekutivgewalt, die Regierungsgewalt in der Hand hat, wenn seine Beschlüsse nur Wünsche sind, die die Reichsbehörden willkürlich kassieren können. Und so steht ihr, ihr wißt es, ihr fühlt es wohl, vor einer schwierigen Lage. Und ihr sucht nach einer Lösung. Ich bin sicher, ihr werdet sie finden. Man kann dem Schicksal den Weg nicht versperren. Ihr, Proletarier Deutschlands, seid das Geschick, ihr seid das Heil Deutschlands! Man wird euch den Weg nicht versperren. Aber ihr wißt noch nicht, welchen

Weg ihr in der Praxis einschlagen werdet, ob ihr revolutionär oder parlamentarisch vorgehen werdet, wie ihr die Demokratie in eurem Lande einrichten werdet.

Man erwartete von euch, die sozialistische Welt erwartete von euch, von jenem Dresdner Kongreß, der nach dem Sieg der drei Millionen Stimmen stattfand, die Festlegung einer Politik. Ihr habt in euren Blättern ausgerufen: Unser das Reich! Unser die Welt! Nein, das Reich ist noch nicht euer, ihr seid nicht einmal so sicher, daß ihr in eurer Hauptstadt dem internationalen Sozialismus Gastrecht gewähren könntet. (Beifall.)

Ihr wißt also nicht, welchen Weg zu wählen. Man erwartete von euch, am Morgen nach jenem großen Sieg, eine Kampfparole, ein Aktionsprogramm, eine Taktik. Ihr habt die Tatsachen geprüft, befühlt, belauert — aber die Geister waren noch nicht reif. Und da habt ihr vor eurem eignen Proletariat, vor dem internationalen Proletariat, eure Ohnmacht, zu handeln, hinter die Intransigenz theoretischer Formeln verhüllt, die euer ausgezeichneter Genosse Kautsky euch bis an sein Lebensende liefern wird. (Beifall und Heiterkeit.)

Demnach würde die Annahme der Dresdner Resolution auf diesem Internationalen Kongreß bedeuten, daß der internationale Sozialismus in allen Ländern, in all seinen Elementen, in der Gestalt all seiner Kräfte sich der zeitweiligen, aber furchtbaren Tatlosigkeit der deutschen Sozialdemokratie zugesellt.

So ist euer Antrag in seiner zwingenden, despotischen Form bei wem, in welchem Lande auf den größten Widerstand gestoßen? In Frankreich, oder wenigstens bei einem Teile Frankreichs, in Holland, in Belgien, in der Schweiz, in Dänemark, in Schweden, ich glaube auch in England. Das heißt, je mehr Demokratie, je mehr Freiheit ein Land hat, je mehr das Proletariat wirksame politische Aktion in seinem Parlament auszuüben vermag, um so mehr wird es durch euren Antrag verletzt, der ein Hemmnis der Entwicklung der allgemeinen politischen Freiheit und damit des internationalen Sozialismus sein wird. (Langandauernder Beifall, sich immer wiederholende Beifallsrufe.)

Die Mittagspause tritt ein.

* * *

Nachmittags-Sitzung.

Bebel (von lebhaftem und anhaltendem Beifall und Händeklatschen begrüßt, dem er durch Handbewegungen Einhalt zu tun bittet): Parteigenossen! Die heutige Rede unsres Genossen Jaurès mußte wieder den völlig falschen Eindruck erwecken, als hätten wir deutsche Sozialdemokraten diese Debatten hervorgerufen. Im Interesse der geschichtlichen Wahrheit konstatiere ich, daran haben wir weder vor noch nach Dresden eine Minute gedacht; vielmehr war es ein Teil der französischen Genossen, der glaubte, unsre Dresdner Resolution eigne sich dazu, für die Taktik der Sozialdemokratie in allen parlamentarisch regierten Ländern grundlegend zu werden. Nun versteht es sich von selbst, daß wir entschieden für unsre eigne Resolution eintreten, umsomehr als die Ursachen, die uns in Deutschland veranlaßten, sie anzunehmen, in einer ganzen Reihe von Ländern vorhanden sind, und weil sich seit dem Pariser Kongreß von 1900 gezeigt hat, daß trotz einstimmiger Annahme der Resolution Kautsky die in der Dresdner Resolution charakterisierten Praktiken fortgedauert und in manchen Ländern eine sehr greifbare Gestalt angenommen haben. Deshalb ist es jetzt doppelt wünschenswert, über diese Strömung ein Urteil zu fällen.

Wenn man Jaurès hörte, mußte man sich immer nur fragen: Wie ist es möglich, daß sich für eine solche Resolution in der Kommission eine Mehrheit finden konnte? Er hat die Resolution so dargestellt, daß diejenigen, die für dieselbe stimmten, Idioten sein müßten. Er stellte sie dar, als bedeute sie die Auf-

hebung aller Freiheit, allen selbständigen Denkens, als eine Unterdrückung der Minderheit, kurz, als den größten Geistesterrorismus, dessen man sich in der Sozialdemokratie schuldig machen könne. Dabei hat er aber ganz übersehen, daß diejenigen unter uns, die sich mit dem vollen Wortlaut der Resolution nicht befreunden können, aber dem Amendement Adler-Vandervelde zustimmen wollen, daran nur wenig ändern und der eigentliche Sinn und Inhalt unsrer Resolution aufrecht erhalten wird. Schon aus diesem Gesichtspunkt wird Jaurès' ganze Kritik an ihrem Inhalt und ihrer Bedeutung hinfällig, sie wird doppelt hinfällig, wenn ich konstatiere, daß Jaurès in der Kommission für die Resolution Adler-Vandervelde gestimmt hat, obgleich diese seine Politik eben so verurteilt wie die unsrige. (Hört! hört!) Warum also diese heftigen Anklagen? Es wird immer wieder gegen die Dresdner Resolution der Einwurf erhoben, dieselbe sei nur für rein deutsche Verhältnisse bestimmt und Deutschlands Zustände seien ganz besondere. Gewiß, Deutschland ist nicht nur eine Monarchie, es setzt sich aus nahezu zwei Dutzend Monarchien zusammen, es sind also selbst für eine Monarchie nahezu zwei Dutzend davon zu viel vorhanden. (Große Heiterkeit und sehr gut!) Es bestehen also in Deutschland wirklich außergewöhnliche Verhältnisse. Auch ist Deutschland ein überwiegend feudalistisch, polizistisch regiertes Land, mit Ausnahme von Rußland und der Türkei vielleicht das reaktionärst regierte Land Europas. Das wissen wir, die wir Tag für Tag mit diesen elenden Verhältnissen uns herumzuschlagen haben und die Wirkungen der Zustände am eignen Leibe zu spüren bekommen, am besten. Wie schlimm immer ein Ausländer unsre Zustände schildern mag, wir kennen sie noch besser als er. Un dennoch paßt die Resolution nicht nur für unsre Taktik im Reichstag und in den Landtagen in Deutschland, sondern auch für die Taktik in den andern bürgerlich regierten Ländern.

Meine Ausführungen in der Kommission über Republik und Monarchie sind in der bürgerlichen Presse mangels direkter Berichte zum Teil in unglaublicher Weise verballhornt worden. Ich wiederhole also: wir sind selbstverständlich Republikaner, sozialistische Republikaner. (Zustimmung!) Es war alle Zeit eine der schwersten Anklagen, die sowohl Fürst Bismarck, wie jetzt Graf Bülow und fast die gesamte deutsche Presse gegen uns richtete, daß wir Antimonarchisten, Republikaner seien. Aber wir schwärmen deshalb nicht für die bürgerliche Republik. So sehr wir Euch Franzosen um Eure Republik beneiden und uns eine wünschen: uns ihretwegen die Köpfe einschlagen zu lassen, das fällt uns nicht ein. (Stürmischer Beifall). Aber ob Monarchie, ob bürgerliche Republik, beide sind Klassenstaaten, beide sind eine Staatsform zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, beide sind bestimmt, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu beschützen. Daher wird auch unter beiden Staatsformen die Gesetzgebung in erster Linie im Interesse der besitzenden Klassen gestaltet und werden die Arbeiterinteressen nur insoweit berücksichtigt, als dieses ohne ernsthafte Gefährdung der Interessen der herrschenden Klassen geschehen kann. Denn in dem Augenblick, wo die herrschenden Klassen ihre politische Macht zu verlieren Gefahr laufen, ist auch ihre wirtschaftliche und soziale Stellung in Gefahr Immerhin hat die Republik für uns vor der Monarchie vieles voraus. Aber so schlecht, wie Ihr die Monarchie macht, ist sie nicht, und so gut, wie Ihr die Republik darstellt, ist sie auch nicht. (Lebhafter Beifall). Ich kenne z. B. kein Land in Europa, dessen ganze Steuergesetzgebung so arbeiterfeindlich ist, als die Steuergesetzgebung Frankreichs, das bei einem Etat von über 3½ Milliarden als einzige direkte Steuer eine Erbschaftssteuer kennt, die zirka 70 Millionen einbringt, während wir selbst im junkerlich regierten Preußen die progressive Einkommen- und die Vermögenssteuer haben.

Jaurès stellt als eine ihrer vornehmsten Ziele hin, das Eisenbahnwesen in Frankreich zu verstaatlichen. Lieber Jaurès, was Ihr erst erstrebt, haben wir

längst. (Heiterkeit.) Gilt es aber die Forderungen der Arbeiter zu verwirklichen, so sind Vereins- und Koalitionsrecht oft genug in der Republik nicht minder in Gefahr als in der Monarchie. Kämpfen zum Beispiel die Arbeiter für bessere Lebensbedingungen durch den Streik, wo können sie brutaler, gemeiner und niederträchtiger behandelt werden als in der großen Republik jenseits des Ozeans. (Beifall.) Und sind nicht in der kleinen Schweiz allein in diesem Sommer so und so oft die Milizen gegen Streikende aufgeboten worden, ohne daß auch nur ein ernsthafter Grund dazu vorlag? Was ist denn das Koalitionsrecht der Arbeiter noch wert, wenn fast bei jedem Versuch es zu benutzen die Staatsgewalt die Militärmacht zum Schutze der Unternehmer mobil macht?

Ich habe schon erklärt: wir beneiden Euch in Frankreich um Eure Republik, noch mehr um das allgemeine Wahlrecht zu allen Vertretungskörpern; aber das sage ich Euch: hätten wir das Stimmrecht mit der Freiheit und der Ausdehnung wie Ihr, wir hätten etwas ganz andres daraus gemacht (Stürmischer Beifall), als Ihr bisher daraus gemacht habt. (Erneuter Beifall.) Und doch, wenn bei Euch Arbeiter und Unternehmer in Konflikt kommen, so wenden auch die radikalen Ministerien bei Euch die Staatsgewalt an, um in himmelschreiender Weise die Arbeiter niederzuhalten. Es hat in den letzten Jahren in Frankreich kein größerer Ausstand stattgefunden, ohne daß Militär gegen die Arbeiter aufgeboten wurde, sowohl von seiten des Ministeriums Waldeck-Rousseau-Millerand wie jetzt unter dem Ministerium Combes. So zweimal in Armentières, ferner in Brest, in Lille, in Roubaix, in Marseille, auf Martinique usw., gestern erst wieder gegen die streikenden Glasarbeiter in der Normandie. (Starker Beifall.) Im vorigen November ist die Pariser Polizei in schamloser, gewalttätiger Weise in die Arbeitsbörse eingebrochen und verwundete dabei nicht weniger als 70 Arbeiter. (Hört! hört!) Als aber der Parteigenosse Vaillant in der Kammer eine Interpellation einbrachte, in welcher er die Bestrafung des führenden Polizeikommissars verlangte, stimmte ein Teil der Jaurèsisten gegen die betreffende Tagesordnung. (Lebhafte Pfuirufe.) Zu solchen Konnivenzen führt das enge Bündnis mit einem Teil der bürgerlichen Parteien und der Regierung. Was ist überhaupt heute überall die Armee anders als das vornehmste Instrument zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft! Jaurès hat uns Deutschen eine Vorlesung gehalten über das, was wir tun sollten. Ich antworte ihm: Wenn in Deutschland ein Arbeitervertreter wagte, zugunsten einer Regierung eine Tagesordnung anzunehmen, welche die wichtigsten Interessen des Proletariats preisgibt, er wäre am nächsten Tage sein Mandat los und könnte nie wieder Arbeitervertreter werden. (Stürmischer Beifall.) Dafür sind wir zu gut diszipliniert. Vorgänge, wie die geschilderten, sind aber nur möglich, wenn das Bündnis mit der Regierung und den maßgebenden Parteien ein so enges ist, daß man aus Furcht, ihnen vor den Kopf zu stoßen, die eigne Sache nicht mehr rückhaltlos zu vertreten wagt. Jaurès erklärt, die Dresdner Resolution erwecke in unsern eigenen Reihen den Geist der Unsicherheit und des Zweifels, sie lähme die Partei. Ich verstehe nicht, wie ein so intelligenter und geschichtskundiger Mann wie er eine solche Ansicht aussprechen kann. Alle unsre Meinungsverschiedenheiten haben unsre Kampffähigkeit keinen Augenblick gestört, das zeigen die Erfolge bei den Reichstags- und bei den Landtagswahlen, trotz der meist elenden Wahlgesetze zu den letzteren. Und an Erfolgen andrer Art fehlt es uns auch nicht. Haben wir mit unsrer Taktik je eine wirkliche Reformmaßregel zurückgewiesen? Oder einen namhaften Fortschritt nicht unterstützt? Darin besteht gerade unsre Taktik, daß wir dieses tun. Haben wir in Deutschland ein bißchen sozialen Fortschritt, wem ist er anders zu danken als uns? (Bravo!) Das können wir sogar auf die Autorität unsres Feindes Bismarck gestützt den Angriffen unsres Freundes Jaurès entgegenhalten. (Beifall.) Nur von uns werden unsre Gegner zu Reformen gedrängt und angepeitscht, wir allein sind die beständigen Dränger

und Treiber. Und wir sind so weitherzig, daß wir die Konzessionen annehmen einerlei von wem sie kommen; heute von der Regierung, morgen von den Liberalen, übermorgen von dem Zentrum, das ganz besonders um die Arbeiterstimmen buhlt. Aber wir vergessen keinen Augenblick die abgrundtiefe Kluft, die uns von unsern Gegnern trennt. Gewähren die herrschenden Klassen Reformen, dann nicht sich zu Leide; sie wissen immer warum, darin sind sie klüger, wie mancher unter uns. Das hat, hört es, Ihr Engländer, bisher keine europäische Regierung besser verstanden als die englische. Die englische Bourgeoisie ist bis jetzt die klügste der Welt! (Hear! hear! bei den Engländern). Sie macht immer frühzeitig Konzessionen, um das Aufkommen einer sozialistischen Bewegung in England hintanzuhalten. (Sehr richtig!) Sollte bei den nächsten allgemeinen Wahlen in England der Liberalismus siegen, so nimmt sie zweifellos einen Sozialisten, vielleicht John Burns, (Stürmische Zurufe bei der englischen Delegation) in die Regierung auf, je nach Umständen auch zwei. Aber nicht um dem Sozialismus entgegenzukommen, sondern um den Arbeitern zu sagen: Seht, wir gewähren freiwillig, was man Euch auf dem Festlande versagt. (Lebhafter Beifall bei der englischen Delegation.) Man sucht sich damit die Arbeiterstimmen zu erhalten und dem Sozialismus vorzubeugen. (Stürmischer Beifall der englischen Delegation.)

Was für Verdienste nun Jaurès alles für sich in Anspruch nimmt auf Grund seiner Verbindung mit den bürgerlichen Radikalen! (Heiterkeit.) Wenn in den letzten Jahren in Frankreich die Republik gefährdet war — ich nehme das als Tatsache an — so tatet Ihr vollkommen recht, zusammen mit ihren bürgerlichen Verteidigern die Republik zu retten. Wir hätten es genau so gemacht. Auch aus dem Kampf gegen den Klerikalismus machen wir Euch keinen Vorwurf. Verbindet Euch, wenn Ihr gegen ihn allein noch zu schwach seid, mit den Liberalen, wir machen es ebenso, aber außerhalb dieses Kampfes sind wir geschiedene Leute. Aber wo war denn in den letzten Jahren der Weltfriede in Europa gefährdet, den Jaurès und seine Freunde auch gerettet haben? (Große Heiterkeit.) G e s p r o c h e n haben auch wir für den Weltfrieden. Aber im Gegensatz zu uns stimmtet Ihr für den Militär- und Marine-Etat (Die J a u r è s i s t e n: Nein!), für den Kolonial-Etat (Die J a u r è s i s t e n: Nein!), für die indirekten Steuern (Sie etwa nicht?!), für die geheimen Fonds (Lärm bei den Jaurèsisten) und unterstützet damit alles, was den Frieden gefährden kann. (Lebhafter Beifall.) Das Vertrauensvotum einer Budgetbewilligung können wir auch einer bürgerlichen Regierung, die so wie die jetzige bei Euch mit den Arbeitern verfährt, nicht geben. (Lebhafter Beifall.)

Wollen wir in Deutschland einen wirklichen Fortschritt erreichen, sind wir natürlich auch darauf angewiesen für den gegebenen Fall die bürgerlichen Parteien zu unterstützen, aber ein dauerndes Bündnis mit diesen Elementen verwerfen wir.

Jaurès glaubt, daß auch für Deutschland die Dresdner Resolution nur provisorisch Geltung haben werde. Da ist er, wie mir scheint, ein sehr schlechter Prophet. Ich kann mir überhaupt keine Lage denken, in der wir nicht nach ihren Grundsätzen handeln müßten. Deshalb habe ich auch noch keine widersinnigere Behauptung gehört als die, daß die Dresdner Resolution vom Geist des Zweifels und der Unsicherheit eingegeben sei. Gerade gegen die Zweifler, gegen die Unsicheren, die uns an der alten bewährten Taktik irre machen wollen, richtet sie sich. (Beifall.) Und ich meine, es ist auch ein Zeugnis unsrer Sicherheit, daß wir niemals daran gedacht haben, irgend jemanden zu exkommunizieren.

Jaurès sprach weiterhin von der politischen Machtlosigkeit der deutschen Sozialdemokratie trotz der drei Millionen Stimmen. Was hat er denn eigentlich von uns nach dem Drei-Millionensieg erwartet? Sollten wir etwa die drei Millionen mobil machen und vor das königliche Schloß ziehen, um den Kaiser abzusetzen? (Heiterkeit.) Ich habe sofort nach diesem mich nicht überraschenden

Siege gesagt, daß sich vorläufig nicht viel ändern werde. Bei uns reichen die drei Millionen eben nicht. Aber lassen Sie uns 7 und 8 Millionen haben, dann wollen wir weiter sehen. (Lebhafter Beifall.) Was wir aber jetzt gegenüber einer bürgerlichen Mehrheit von zirka acht Millionen hätten unternehmen sollen, weiß ich nicht.

Wir haben knapp ein Drittel der abgegebenen Stimmen, aber nur ein Fünftel der Mandate; wir sind also noch eine Minderheit, aber eine Minderheit, die ihre Gegner fürchten. Wir werden drängen und kämpfen noch weit energischer als bisher, um immer mehr Anhänger zu gewinnen und wir werden uns freuen, wenn die Genossen in den andern Ländern es uns nachmachen. (Beifall.) Heute verfügen wir über das große moralische Gewicht einer starken Minderheit, die überall im Kampf ihren Mann stellt. Wandern Gesetzentwürfe und Anträge, die mit unsern Stimmen angenommen wurden, in den Papierkorb der Regierungen, nun wir haben davon keinen Schaden. Um so besser für unsre Agitation. Werden solche Vorschläge aber angenommen, so haben wir wieder keinen Schaden, denn dann haben wir den Erfolg. Was also immer unsre Gegner tun, wir kommen dabei in die Höhe! (Heiterkeit und Beifall.)

Aber sofort nach Eurem Dreimillionensieg, sagt Jaurès, tauchte der Gedanke auf, das Reichstags-Wahlrecht abzuschaffen. Aber, Genosse Jaurès, was beweist das anders als die Furcht unsrer Feinde? Der große Strom des allgemeinen Wahlrechts umkreist eine Insel, das Wasser wächst und die Armen auf dieser Insel sehen mit Schrecken dem mathematisch vorauszuberechnenden Augenblick entgegen, in dem das Wasser die Insel überschwemmt. Aber was wird in Frankreich passieren, wenn Ihr einmal zwei Millionen Stimmen habt? Wird Eure Bourgeoisie ruhig zusehen. (Unruhe und Lachen bei den Jaurèsisten.) Wartet nur ab!

„Eure Machtlosigkeit kommt daher, daß Euch das allgemeine Wahlrecht geschenkt worden ist. Ihr habt keine revolutionäre Vergangenheit," sagt Jaurès. Aber wie kamt Ihr in Frankreich denn dazu? 1848 kämpften Arbeiter und Bürger gemeinsam in der Revolution für die Republik und erkämpften mit ihr das allgemeine Wahlrecht. Das Proletariat verlangte aber auch entscheidende soziale Reformen, das heißt Brot, und stellte der Republik drei Monate Hunger zur Verfügung. Dann aber kam die Junischlacht, das Proletariat wurde niedergeworfen und es war die honette Republik, die das allgemeine Stimmrecht wieder abschaffte. Wenn Ihr es wiederbekamt, so nicht weil Ihr es erobertet, sondern weil der Mann des Staatsstreichs, des bas empire-Napoleon III. es wieder herstellte, um mit Hilfe der Bauern seine Macht zu stützen. Und die neue Republik, die habt Ihr wieder nicht erobert, die bekamt Ihr durch Euren Feind Bismarck, als er nach Sedan Napoleon III. nach Wilhelmshöhe führte. (Sehr richtig!) Das war für Euch keine Schande und kein Schaden! (Große Heiterkeit.) Bekäme Deutschland je einmal unter ähnlichen Verhältnissen und ähnlichen innerlichen Gegensätzen die Republik, es wäre nicht das größte Unglück, das uns treffen könnte. Auch in Deutschland mußte Bismarck, als er das allgemeine Wahlrecht gab, an die einzige revolutionäre Tradition anknüpfen, die Deutschland besaß, an die Errungenschaft der Revolution von 1848 und 1849. Ohne das allgemeine Stimmrecht war sein Nordbund und später das Deutsche Reich unmöglich. Allerdings hoffte Bismarck wie Napoleon, mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts die Massen dauernd auf seine Seite zu bekommen und eine eventuell oppositionelle Bourgeoisie damit in Schach zu halten. Daß ihm dieses nicht gelang, ist das Verdienst der deutschen Sozialdemokratie. (Beifall.)

Die Episode Millerand ist vorüber, aber die daraus entstandenen verhängnisvollen Streitigkeiten, unter denen die französische Sozialdemokratie so schwer leidet, dauern fort. Diese Verwirrung der Geister, wie ein schönes Wort von — Jaurès aus dem „Cosmopolit" von 1898 treffend lautet. (Hört! hört!) Dort

heißt es: „Der Sozialismus kann nicht ein Stück der Macht annehmen; er muß warten, bis er die ganze Macht bekommt. Wir können mitarbeiten an Teilreformen und wir tun das wirklich. Aber eine Partei, die sich die vollständige Umwälzung der Gesellschaft, die Einsetzung eines neuen Eigentums- und Lebensprinzips an Stelle des geltenden Prinzips als Ziel setzt, kann nur die ganze Macht annehmen. Wenn sie nur einen Teil hat, hat sie nichts; denn dieser Einfluß wird paralisiert von den herrschenden Prinzipien der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung . . . . Das neue gesellschaftliche Ideal wird nicht realisiert, sondern kompromittiert und es entsteht eine Krise, aus welcher der Sozialismus nicht herauskommt.“ (Jaurès: Sehr richtig! — Hört! hört!) Wie prophetisch, Genosse Jaurès, haben Sie Ihre Entwicklung vorausgesehen. (Jaurès: Nanu?! Große Heiterkeit.) Sie selbst haben sich auf das schwerste kompromittiert durch die fortdauernde Unterstützung Millerands. Das war der verhängnisvollste Schritt Ihres Lebens, das gefährlichste Angebinde, das Sie dem internationalen Sozialismus haben geben können. (Lebhafte Zustimmung.) Nicht den Internationalen Sozialistenkongreß hat 1900 Millerand begrüßt, wohl aber vor dem blutigsten Despoten Europas, dem Zaren, Bücklinge gemacht. Und als wir auf dem Père Lachaise zu Ehren der gemordeten Kommunarden einen Kranz niederlegen wollten, begrüßte uns die Infanterie, Kavallerie und Artillerie des Ministeriums Waldeck-Rousseau-Millerand. Man sah mehr Polizei-Agenten als Deputierte und man tat alles, um die internationale Ehrung der Kommunards unmöglich zu machen. Diese eine Tat hätte schon damals genügen müssen, um Millerand für immer unmöglich zu machen. (Jubelnder Beifall.) Und seitdem sehen wir, daß fast bei jeder Abstimmung im französischen Parlament sich die jaurèsistische Fraktion in zwei oder drei Teile spaltet, das heißt der Welt ein Schauspiel bieten, wie es in Deutschland nur die verachtetste kapitalistische Partei, die Nationalliberalen uns geben. Es ist doch offenbar, daß eine solche Verwirrung in der leitenden Fraktion auch notwendig verwirrend auf die Partei wirkt, daß die Partei kompromittiert und demoralisiert wird, daß der Masse alles Vertrauen zu den Führern verloren geht. Einst konnte Victor Hugo das bürgerliche Frankreich das „Licht der Welt“ nennen. Die Mission, die einst das französische Bürgertum für das Bürgertum der Welt übernahm, hätte die französische Sozialdemokratie für den internationalen Sozialismus übernehmen müssen. Leider bietet die französische Sozialdemokratie uns ein Schauspiel, das das Gegenteil von nachahmenswert ist. Wir müssen alles aufbieten, daß diesem traurigen Schauspiel, für das wir vor der Welt mit verantwortlich sind, ein Ende gemacht werde, daß endlich auch der französische Sozialismus den Platz in der großen internationalen sozialistischen Bewegung einnimmt, der ihm nach seinen geistigen und materiellen Kräften zukommt. Deshalb stimmen Sie für die Dresdner Resolution! Ich fürchte die Konsequenzen nicht. Im Gegenteil, ich erwarte davon das beste. Das französische Proletariat müßte nicht sein, was es meiner festen Ueberzeugung nach ist, wenn es die Mahnung des Kongresses nicht berücksichtigen sollte. Nehmen Sie möglichst einmütig die Dresdner Resolution an. (Stürmischer Beifall, der sich immerfort erneuert, auch als Bebel längst wieder auf seinen Platz zurückgekehrt ist).

* * *

Der jüdische Arbeiterbund Rußlands sendet eine Beschwerdeschrift gegen den Mandatsbeschluß des Bureaus und erklärt, für die Dauer dieses Kongresses sich mit der russischen Delegation geeinigt zu haben.

Bebel, Branting, Bernstein, Van Kol, Keir Hardie reichen eine Resolution ein gegen die Ausnahmegesetzgebung und Verfolgung der Juden in Rußland.

* *

Die Debatte über die Taktikfrage wird fortgesetzt.

Adler-Wien: Ich stehe vor der unmöglichen Aufgabe, in zehn Minuten eine sehr komplizierte Sache auseinandersetzen zu müssen; an sich ist unser Amendement nicht kompliziert, sondern die einfachste, natürlichste und vernünftigste Sache der Welt, kompliziert wurde sie nur dadurch, daß Freund und Feind derselben für sie sich erklärt haben. Ich wiederhole, was Bebel und Vandervelde schon erklärt haben: Wir stehen durchaus auf dem Boden der Prinzipien der Dresdner Resolution. Es ist selbstverständlich notwendig und wünschenswert, daß der Internationale Kongreß seine Prinzipien mit voller Bestimmtheit ausspricht. Als wir auf den Kongreß kamen, fanden wir diesen Punkt der Tagesordnung und als Form die Dresdner Resolution, die in Dresden angemessen sein mochte — ich habe mich darüber hier nicht auszusprechen —, die aber ein durchaus nationales Gepräge trägt, das eines bestimmten Landes, bestimmten Momenten entsprungen. Wir hatten daher von vornherein das Bestreben, diese nationale Resolution zu internationalisieren, alles daraus zu entfernen, was für den internationalen Gebrauch nicht anwendbar. Die Resolution klingt außerdem in der Uebersetzung anders, wie jede Uebersetzung, wie erst wenn sie gleichsam ins Internationale übersetzt werden mußte. Ich bin mir nicht klar, ob bei der internationalen Anwendung noch jeder weiß, was „revisionistische Bestrebung" heißt; ob nicht condamner eine Nuance schärfer klingt als „verurteilen"! In unsrem Ohr klingt condamner wie „verdammen". Ist es schon schwer, internationale Regeln zu geben, noch schwerer ist, negativ zu urteilen, das Verhalten andrer Genossen in andren Ländern unter andren Verhältnissen. Wenn Streitigkeiten zu schlichten sind, so ist es meiner Meinung nach besser, daß dieser Kongreß feststellt, auf welche Weise sie sich vermeiden lassen, statt mit Ausschluß zu kommen. Nun hat man freilich in der Kommission und hier gesagt: Wir wollen nicht verurteilen, wollen nicht verletzen, wollen nicht verdammen. Nun gut, dann tun Sie es nicht. Was nützt die Versicherung, wenn wir immer wieder hören müssen, daß nicht bloß Jaurès, sondern auch andre Genossen sich getroffen, verletzt fühlen in ihrem Empfinden als Sozialdemokraten. Der Internationale Kongreß ist dazu da, zu vereinen, nicht, Schranken aufzurichten. Lassen wir daher die Dresdner Resolution mit feurigen Zungen reden, aber laßt uns zugleich auch ihre Zähne ausreißen, damit sie niemand verletze. Wir alle, auch Vandervelde, stehen nicht bloß auf dem Boden der Dresdener Resolution, wir sind auch darin einig, daß wir die jaurèsistische Gruppe, die hier bekämpft wird, mit dem größten Mißtrauen, mit der größten Angst für die Zukunft der proletarischen Bewegung Frankreichs, als Leute, die in Gefahr sind, den Boden zu verlieren, den sie festhalten wollen, aber auch als Freunde und Parteigenossen ansehen, denen wir zurufen: Zurück, Du bist in Gefahr! nicht aber: Hinaus mit Dir, Du bist gebrandmarkt! Es ist ein Unglück, der schlechteste Dienst für dieses Friedenswerk, daß Jaurès selbst erklärt hat, für diese Resolution zu stimmen, die in Widerspruch steht mit ihm und mit der er in Widerspruch steht. Dieses Unglück ist auch andern schon passiert; für die Dresdner Resolution haben auch Leute gestimmt, die man nicht drunter haben wollte. Also kompromittierter als die Dresdner Resolution ist sie auch nicht. (Heiterkeit. — Hammer des Präsidenten. „Wenn die Guillotine mich treffen sollte, dann doch nicht Ihre!" Beifall.)

Bebel hat in Dresden gemeint, mit der Resolution den Revisionisten einen Denkzettel zu geben. Gut; Denkzettel mögen für den Hausgebrauch auch gut sein, wiewohl auch da Gründe genug dagegen sprechen; ich zweifle, daß diese neue Einrichtung der internationalen Denkzettel nützlich sein würde. So wenig wie wir Denkzettel wollen, so wenig wollen wir aber auch Prämien, einen Freibrief für eine Taktik, die uns das Vertrauen des französischen Proletariats kosten wird. Wir bedauern daher, daß Jaurès für eine Resolution stimmt,

deren Sinn sich gegen seine Taktik wendet. Aber zu seiner Entschuldigung können wir vielleicht sagen, daß er es deshalb tut, weil es in seiner Partei selber Genossen gibt, die seine Taktik nicht billigen. Schwer bedauerlich ist, daß die französische Partei durch Ursachen, die ich hier nicht erörtern kann, solche Zerrissenheit uns zeigt; verantwortlich ist aber nicht bloß eine Seite. Gerade wir Oesterreicher, die wir die Einigkeit unter viel schwierigeren Umständen geschaffen haben, als die Franzosen sie schaffen müssen, die eine Sprache, eine Geschichte, gleichartige Verhältnisse haben, während wir zehn Sprachen, zehnerlei Verhältnisse hatten, wir wären Verräter unsrer eignen Sache, wenn wir nicht trotzdem alles versuchten, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Aber ich sage: Ich will lieber mit meinem Bruder fehlen, als mich von ihm trennen, um Recht zu haben.

Noch eines: Es ist selbstverständlich, daß wir Oesterreicher, wenn unsre Resolution fällt, für die Dresdner Resolution stimmen, denn ihr wesentlicher Inhalt ist nicht das Tadeln taktischer Verstöße, sondern das Aussprechen von Grundsätzen, die wir angenommen haben. (Lebhafter Beifall.)

Troelstra bringt, bevor Ferri zu Wort kommt, eine mit starkem Beifall aufgenommene Sympathie-Erklärung zur Verlesung, worin für ihr tapferes Wirken der italienischen Partei und dem Genossen Ferri, der jüngst zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, der Dank ausgesprochen wird.

Ferri dankt ergriffen für die Ovation: Ich spreche hier im Namen der Mehrheit der italienischen Parteigenossen, die auf ihrem Parteitag in Bologna eine der Dresdner ähnliche Resolution angenommen haben, nachdem wir drei oder vier Jahre revisionistische Praktik getrieben haben, unter Führung von Genossen, die wir aber nicht verurteilt haben. Heute stehen wir wieder auf realem Boden, auf dem Boden des Klassenkampfes. Genosse Treves wird für unsre Minderheit die Resolution Adler-Vandervelde akzeptieren. Der Revisionismus ist eine natürliche Erscheinung, er hängt in der Luft; die Theorie ist nicht unbeweglich, aber feststehen muß, daß alle bürgerlichen Parteien Klassensolidarität bezeugen, sobald es sich um das Privateigentum handelt. Wir Italiener sprechen aus Erfahrung; wir sprechen im Namen von 42 000 organisierten Parteimitgliedern; Cabrini vertritt hier 200 000 Gewerkschaftsmitglieder, darunter 100 000 Landarbeiter; sie haben die Taten Crispis an ihrem Leibe gespürt, zum Beispiel die Ausweisungen, den Belagerungszustand und die militärischen Standgerichte. Nach einem Obstruktionsfeldzug ist Crispi gestürzt worden und nun kam die Periode des Revisionismus, das Bündnis mit Pelloux. Gleichwohl wollen unsre Revisionisten sich verbinden mit den nahezu unfähigen Radikalen. Wir stemmen uns dagegen, um das proletarische Gewissen nicht zu verlieren. Die liberale Regierung verspricht Gewissensfreiheit, nachdem sie gesehen, daß die militärische Gewaltpolitik versagte. Wir werden geachtet, weil wir stark sind; aus dem Bündnis mit den Liberalen ist für die Arbeiter nichts Gutes gekommen. Gegen die Korruption in der Marine haben wir einen unversöhnlichen Kampf geführt, den Zarenbesuch haben wir unmöglich gemacht (lauter Beifall), selbst in den Gemeinderäten haben wir Klassenpolitik getrieben. Heute ist bei uns der Liberalismus bankrott, die radikale Partei hat ein Programm gemacht, von dem sogar Turati sagen mußte, daß es für die Arbeiter wertlos sei. Bringt also die Einheit zustande, aber die sozialistische Einheit! Bringt Eure Eigenliebe zum Opfer, macht der brudermörderischen Polemik ein Ende, streitet gegen den Zaren und gegen die Minister (Beifall) und sprecht nach Annahme der Dresdner Resolution nicht von Siegern und Besiegten, sondern bekämpft als Brüder den bürgerlichen Kapitalismus! (Lauter Beifall.)

Vaillant: Vandervelde hat heute morgen ein Plaidoyer für sein Amendement gehalten (Beifall bei den Guesdisten); er hat der Dresdner Resolution

wollen einen persönlichen Charakter geben, als ob es sich für den Kongreß darum handele, zwischen Guesde und Jaurès zu entscheiden. Das ist sehr leicht, aber sehr falsch; die Personen gehen uns nichts an, hier handelt es sich um Prinzipien. Jaurès beruft sich auf Marx, auf Blanqui — haben nicht diese Beiden den revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie geführt? Wir, die Kommunekämpfer, sollen die Republik nicht verteidigen? Aber wir wollen nicht den Klassenkampf aufgeben und uns nicht mit der Bourgeoisie verbünden. Drei Jahre lang mußte die sozialistische Partei die Verantwortung für die kapitalistischen Handlungen des Ministeriums Millerand tragen, aber die jetzige anonyme Mitregierung ist schlimmer als die offene! Keine Verschmelzung mit der bürgerlichen Linken, mit dem „Bloc", sondern einen sozialistischen Bloc! Das ist eine internationale Regel, die muß hier festgelegt werden.

Die deutsche Delegation, die sich, als Ferri das Wort genommen, zu einer Sektionssitzung zurückgezogen hat, bringt das Amendement ein, in der Dresdner Resolution das Wort „verurteilen" (condamner) durch das Wort „zurückweisen" (repousser) zu ersetzen. Die Antragsteller (Guesdisten) nehmen dieses Amendement auf.

Anseele: Wir sind in der Kommission mit 19 gegen 21 Stimmen in der Minderheit geblieben, aber wir ertragen diese Abstimmung mit ziemlicher Gelassenheit. Und zwar um so mehr, als wir vor 30 Jahren in gleicher Weise in der Minderheit waren und ausgeschimpft wurden, weil wir es gewagt hatten, den Zusammenhang des Genossenschaftswesens mit dem Sozialismus zu betonen und entsprechend zu handeln, heute aber auch diejenigen, die uns damals verhöhnten, uns nachahmen. Die Tatsachen haben uns recht gegeben und vor den Tatsachen hat man sich gebeugt. Wohlan, man wird sich auch vor der neuen Methode beugen, sobald diese in einem einzigen Lande Erfolge gezeitigt haben wird. Machen wir uns daher unumwunden klar, wie die Frage steht. Die Arbeiterklasse befindet sich in ihrem Vorwärtsmarsch vor einem neuen Wege. In gewissen Ländern Europas bedarf eine Fraktion des Bürgertums der Beihilfe des sozialistischen Proletariats und ist bereit, für unsre Beihilfe Zugeständnisse zu leisten: sie bietet uns einen direkten oder indirekten Anteil an der Regierungsgewalt an. Ihr ruft uns nun zu: „Sozialistische Genossen, betretet diesen Weg nicht! Das sozialistische Proletariat ist noch nicht so weit. Der Sozialismus befindet sich noch in der Epoche der schulmäßigen Propaganda und muß noch lange auf dem qui vive sein." Wir aber sagen: „Sozialistische Genossen, betretet diesen Weg mit Vorsicht, mit Umsicht, mit der größtmöglichen Einigkeit, der größtmöglichen Disziplin, aber betretet ihn mit kühnem Entschluß Ihr werdet auf diesem Wege die Schwierigkeiten bewältigen, wie ihr sie auf andern Wegen bewältigt habt; aber opfert weder den Klassenkampf, noch unser Endziel: den Kollektivismus." — Die Meinungsverschiedenheit geht weiter. Ihr sagt: „Die direkte oder indirekte Teilnahme an der Regierung kann nur die Preisgabe des Klassenkampfs und des Endziels bedeuten. Sie kann uns nur von der Arbeiterklasse loslösen und die Arbeiterklasse unsrer Partei entfremden." Wohlan, ich hege für Länder, wo das sozialistische Proletariat starke Organisationen hat, diese Furcht nicht. Wenn wir eines Tages in Belgien auf grund eines Beschlusses der Partei den „Bloc" oder einen sozialistischen Minister haben werden, so werden wir in enger Berührung mit der Arbeiterpartei bleiben, und unser Gewissen wird dabei nicht geschädigt werden. Im Gegenteil! Die Arbeiter wissen sehr wohl, daß eine Partei, die in der Minderheit ist, daß ein sozialistischer Minister als Mitglied eines bürgerlichen Ministeriums den Staat nicht kommandieren, sondern nur die Ausführung der Bündnisverträge verlangen kann. Und da wir von Taktik sprechen, gilt es, Tatsachen anzuführen, denn eine Taktik wird nur durch Tatsachen erklärt. In Belgien ist die Sachlage folgende: Bei den letzten Wahlen haben wir Parlamentssitze verloren. Und

wollt ihr einen der Gründe wissen? Gerade *weil* die Liberalen gesagt, wiederholt und glauben gemacht haben, daß wir keine zum Eintritt in die Regierung bereite Partei sind. Wohlan, unsre Arbeiter wollen Reformen so schnell als möglich haben, und sie haben recht. Ihr von der Mehrheit könnt uns Belgiern nicht vorwerfen, daß wir nicht genug auf gewerkschaftlichem, in Hilfskassen, auf genossenschaftlichem Gebiete, nicht genug in der Kammer gekämpft haben. Ihr würdet den Beweis nicht erbringen können, daß das arbeitende sozialistische Belgien den Klassenkampf aufgegeben hat. In dieser Hinsicht sind wir fast ein Muster für das Proletariat der Welt. Wir sind sogar noch weiter gegangen. Wir haben der Reaktion durch den Streik von 1902 das allgemeine Wahlrecht zu entreißen versucht, und wir sind geschlagen worden, wobei wir die Leichen unsrer Kameraden auf dem Straßenpflaster zurückließen. Und wenn nun eines Tages eine Fraktion des Bürgertums uns anbieten wird, das allgemeine Wahlrecht, die obligatorische Volksschule, Arbeiterschutzgesetze unter der Bedingung einzuführen, daß wir einen Teil der Verantwortlichkeit der Regierungsgewalt übernehmen, dann wehe dem, der sich weigerte und so das belgische Proletariat zu neuen Hekatomben zurückdrängte! Wehe den belgischen Sozialisten, die blutige Straßenschlachten den Reformen vorziehen — auch wenn die Reformen die Regierungsmarke tragen! Man sagt uns nun: „Wir können die Regierungsgewalt nicht stückweise annehmen, wir müssen sie ganz haben: alles oder nichts!" Gebt mir das Mittel, alles mit einemmal zu bekommen, und ich werde auf eurer Seite sein, welches auch das Mittel sein mag. Aber ich sehe das Mittel nicht, und ihr werdet es mir nicht geben. Und wenn mir inzwischen eine Fraktion des Bürgertums vorschlägt, mit ihr zusammen einen Teil meines Programms zu verwirklichen, sollte ich es ablehnen? Sollte ich der feindlichen Klasse das Monopol der Regierungsgewalt lassen? Ich werde das nicht tun, und ich habe nicht das Recht dazu. Wenn man uns auch nur einen Ministerposten anbietet, so werden wir ihn annehmen und sagen: Schönen Dank, wann gibts den zweiten? Wie? Unsre Arbeiter werden von der Kirche bearbeitet vom Militarismus brutalisiert, durch überlange Arbeitszeit abgerackert, durch das Elend entkräftet, sie sind im Alter ohne Mittel, im Kampf ums Dasein unterlegen, und wenn eine Fraktion des Bürgertums uns vorschlägt, all das unter der Bedingung zu reformieren, daß wir einen Teil der Verantwortlichkeit der Regierung übernehmen, soll ich Nein sagen? *Das werde ich nicht sagen*, und ich bin tief davon überzeugt, daß, wenn das belgische Proletariat stark genug sein wird, eine derartige Situation zu schaffen, meine Weigerung von der Arbeiterklasse mit einer Ohrfeige beantwortet werden würde! Die Sozialisten Rußlands, Bulgariens, Spaniens, Polens, Japans haben es sehr leicht, die Verantwortlichkeit für die Regierung abzulehnen. Es wird zweifelsohne Jahr und Tag darüber hingehen, bis man sie ihnen anbietet. Wenn ich der Vertreter eines dieser Länder wäre, so würde ich mich in dieser Frage enthalten und mich sehr hüten, eine sozialistische Taktik zu verdammen, die ich zu schwach wäre, in meinem Lande in die Praxis zu übersetzen. Ich begreife es wohl, daß eine Minderheit intransigent ist, weil diese Intransigenz ihr allein es erlaubt, die Charaktere zu schmieden, die unerläßlich sind, um sie zur Majorität zu machen. Aber ich kann nicht zulassen, daß diese Minderheit ihre Intransigenz Parteien aufdrängt, die nicht mehr so winzig sind wie sie und für die die Regierungsverantwortlichkeit von Tag zu Tag notwendiger wird. Wenn man die Verantwortlichkeit hat, muß die Intransigenz weichen, und man wird weder schwächer, noch unfähiger, wenn man mit Bourgeois in einem Ministerium, als wenn man mit ihnen in Versammlungssälen diskutiert. Genosse Adler hat gesagt, daß er von Angst erfüllt wurde, als er die in Frankreich von Jaurès und seinen Freunden befolgte Methode näher untersuchte. Nun wohl, ich habe auch meine Befürchtungen, aber hinsichtlich ganz andrer Dinge. Wenn ich die Ereignisse vorangehen und sich fast überstürzen sehe, wenn ich

die rasche Entwicklung des Kapitalismus sehe und wie wir dagegen für unsre Gewerkschaften, für unsre Genossenschaften, für alle Organisationsarbeiten der Leute ermangeln, die für die Verwaltung genügend vorgebildet sind — dann habe ich meine Befürchtungen für den Morgen nach dieser zu schnellen Entwicklung. Und ich fühle das Bedürfnis, die Schulen zu vermehren und alle Reformen ins Werk zu setzen, welche die materielle, die moralische Lage des Proletariats heben. Genossen, ich bin zu Ende. Ich bitte euch: stimmt für den Antrag Adler=Vandervelde! Er enthält keine Exkommunikation, keine Verurteilung. Wenn wir die Dresdner Resolution nach Haus bringen, wird unsre Arbeiterklasse nicht begreifen, wie und warum wir verurteilt worden sind. Man wird sich über eure Resolution lustig machen. Und der Einigkeitsantrag, mit dem alle Welt einverstanden ist, wird absolut seiner Wirkungskraft beraubt sein. Stimmt für den Antrag Adler=Vandervelde!

Ein Schlußantrag Van Kol wird, nachdem die englische Delegation auf das Wort verzichtet hat, durch Akklamation angenommen.

Rosa Luxemburg verliest folgenden Protest: „Genosse Anseele hat in seiner Rede die Aeußerung getan, daß die zu beschließende Resolution den großen europäischen Parteien eine Taktik aufoktroyieren wolle, die durch die Abstimmung von Vertretern solcher Nationen bestimmt werde, wie Rußland, Polen, Bulgarien, Spanien und Japan. Er hat dabei bemerkt, daß er, Anseele, an Stelle der Delegierten dieser Länder vielmehr sich der Abstimmung enthalten würde über die Fragen, die die großen europäischen Nationen angehen. Im Namen der russischen Sozialdemokratie, der polnischen Sozialdemokratie, der spanischen Arbeiterpartei, der bulgarischen Arbeiterpartei und der Sozialdemokratischen Partei Japans protestieren wir gegen diesen Versuch, die Kongreßmitglieder in aktive und passive zu scheiden und sozusagen ein europäisches Konzert der sozialistischen Großmächte zu bilden, das allein das Recht hat, über grundlegende Fragen des internationalen Sozialismus zu entscheiden. gez.: Plechanow, Luxemburg, Iglesias, Katayama, Rakowski." (Beifall.)

Als **Iglesias** hierzu das Wort verlangt, wird er besonders von der englischen Delegation durch die Rufe: Vote! Vote! (Abstimmung!) übertönt. Schließlich konstatiert Präsident Troelstra, daß der Kongreß niemandes Erklärung mehr hören wolle, und verweigert der spanischen, bulgarischen, argentinischen u. s. f. Delegation das Wort.

In der Abstimmung wird zunächst die **Einheits=Resolution** durch Zuruf unter großem Beifall einstimmig angenommen.

Für das **Amendement Adler=Vandervelde** stimmen: England 2 Stimmen, Australien=Kanada=Südafrika 2, Belgien 2, Oesterreich 2, Argentinien 2, Dänemark 2, Holland 2, Schweden und Schweiz 2, Frankreich 1, Norwegen 1 und Polen 1 Stimme. Dagegen Deutschland, Bulgarien, Böhmen, Spanien, Amerika, Ungarn, Italien, Japan und Rußland mit je 2, Frankreich, Norwegen und Polen mit je 1 Stimme.

Das Amendement Adler=Vandervelde ist also mit 21 gegen 21 Stimmen abgelehnt. (Beifall.)

Nunmehr gelangt zur Abstimmung die **Dresdner Resolution.** Dafür stimmen: Deutschland, Oesterreich, Böhmen, Bulgarien, Spanien, Ungarn, Italien, Polen, Rußland, Japan und Vereinigte Staaten von Nordamerika mit je 2 Stimmen, England, Frankreich, und Norwegen mit je 1 Stimme. Dagegen stimmen: England, Frankreich und Norwegen mit je 1 Stimme und Englische Kolonien mit 2 Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich: Argentinien, Belgien, Dänemark, Schweden, Holland, Schweiz mit je 2 Stimmen.

Die Dresdner Resolution ist also mit 25 gegen 5 Stimmen bei 12 Enthaltungen angenommen.

Schluß der Sitzung um 8¼ Uhr.

Siebenter Verhandlungstag.

Sonnabend den 20. August. — Vormittags-Sitzung.

Van Kol eröffnet $9\frac{1}{4}$ Uhr die Sitzung; ihm zur Seite stehen heute Adler (für Oesterreich), Daszynski (für Polen) und Thompson (für englische Kolonien: Australien, Südafrika, Kanada).

Beschlossen wird, zuerst über **Einwanderung**, dann über **Maifeier, Trusts** und **Frauenstimmrecht** zu verhandeln.

Van Kol gibt dann folgende Mitteilung über das **Internationale Parlamentarische Komitee:**

Der Internationale Kongreß von Paris 1900 hatte die Schaffung eines Internationalen Parlamentarischen Komitees beschlossen. Am Freitagabend traten Abgeordnete der verschiedensten Länder zu einer Besprechung zusammen; infolge eines Irrtums fehlten die Deutschen. Man einigte sich auf folgende Vorschläge: die Vertreter der verschiedenen parlamentarischen Körperschaften der einzelnen Länder sollen unter sich eine Kommission bilden, aus deren Mitte ein internationaler Sekretär gewählt werden soll. Dieser soll mit den Schriftführern der einzelnen Fraktionen in Verbindung treten zwecks gegenseitiger Mitteilungen; so lassen sich auch einheitliche Aktionen in den verschiedenen Parlamenten ermöglichen. Jedes Land soll in das Internationale Parlamentarische Komitee zwei Delegierte ernennen. Der Sitz des Internationalen Parlamentarischen Sekretärs soll vorläufig Holland sein und die holländischen Abgeordneten eine hierfür geeignete Person suchen. Die Sitzungen sollen abwechslungsweise in den Hauptstädten der größeren Staaten stattfinden. Wenn die Verhältnisse es wünschenswert erscheinen lassen, daß Nachbarländer, z. B. Frankreich und Italien, für bestimmte Zwecke einheitliche Aktionen einleiten, soll der Internationale Sekretär hierfür eine Konferenz einberufen. Auf diese Weise, hofft das Internationale Bureau, werde es möglich werden, die Interessen des internationalen Proletariats durch einheitliche Manifestationen in den verschiedenen Landesparlamenten, einheitliche Anträge, einheitliche Aktionen noch wirksamer als bisher zu fördern und den sozialistischen Forderungen zum Siege zu verhelfen.

Henriette Roland-Holst bringt namens der holländischen Delegation folgende Resolution ein:

„In Anbetracht der unsäglichen Schwierigkeiten, denen das Proletariat Rußlands auf dem Wege seiner Befreiung begegnet, und angesichts der unerhörten Opfer, welche dieser Kampf dem Proletariat Rußlands auferlegt, begrüßt der Kongreß das heldenhafte Proletariat Rußlands, welches in brüderlichem Zusammenschluß der Kräfte ohne Unterschied der Nation sich um das ruhmreiche Banner des Sozialismus schart, um gegen den Absolutismus und für die Eroberung politischer Rechte zu kämpfen. Der Kongreß sendet ihnen die Versicherung seiner lebhaften Bewunderung und Sympathie. Der Kongreß erklärt dem Proletariat Rußlands, daß die Arbeiter der ganzen Welt sich mit ihm einig wissen in seinem Kampfe gegen den Absolutismus und daß das Proletariat Rußlands, indem es für seine eigne Befreiung kämpft, zugleich für die Befreiung des Weltproletariats streitet."

Die Resolution wird unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.

Zur Verhandlung steht nunmehr Punkt 7 der Tagesordnung:

Einwanderung und Auswanderung.

Die Kommission hat in ihrer Mehrheit folgende Resolution vorgeschlagen:

„Der Kongreß erklärt, daß der auswandernde Arbeiter das Opfer der kapitalistischen Herrschaft ist, die ihn zwingt, das Vaterland zu verlassen, um sich mühsam sein Leben zu fristen oder seine Freiheit zu sichern. Der Kongreß leugnet nicht, wie gefährlich für das Einwanderungsland der Zuzug schlecht

bezahlter, gefügiger und arbeitswilliger Elemente ist, die von gewissenlosen Kapitalisten herbeigelockt werden, um die eingeborenen Arbeiter durch billiges Arbeitsangebot zu unterbieten, um Streikbrecher zu stellen und stellenweise blutige Zusammenstöße zwischen den Arbeitern verschiedener Länder herbeizuführen. Der Kongreß verurteilt jedoch jede Gesetzesmaßregel, welche die Auswanderung hindern oder fremde Arbeiter im Einwanderungslande ausschließen oder schlechter behandeln wollte. Er erklärt vielmehr, daß in allen diesen Fällen eine Agitation geboten ist, welche Aufklärung unter den von Unternehmern unter falschen Vorspiegelungen herbeigelockten Arbeitern verbreitet, er ist überzeugt, daß sich unter der Einwirkung dieser Agitation von sozialistischer und gewerkschaftlicher Seite die eingewanderten Arbeiter nach einiger Zeit auf die Seite der eingeborenen und organisierten Arbeiter stellen und denselben Lohn wie diese verlangen werden, und er verurteilt die kurzsichtige Politik zurückgebliebener Arbeiterorganisationen, die den Eingewanderten den Zutritt zu ihren Reihen versagen.

Der Kongreß erklärt außerdem, daß es nützlich ist, wenn die sozialistischen Vertreter in den Parlamenten verlangen, daß die Regierungen die zahlreichen Mißstände, welche jener Lohndrücker-Import hervorruft, durch eine strenge und wirksame Kontrolle bekämpfen, und daß die sozialistischen Vertreter zu gleicher Zeit für eine Reform der Gesetzgebung eintreten sollen, nach welcher die Einwanderer in kurzer Frist die politischen und bürgerlichen Rechte im Einwanderungslande erwerben, dieselben Rechte wiedererwerben, wenn sie in ihre Heimat zurückkehren, sowie daß die verschiedenen Länder den Einwanderer diese Rechte durch Gegenseitigkeitserklärungen zusichern.

Der Kongreß fordert schließlich die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaftsorganisationen aller Länder auf, noch energischer als bisher unter den einwandernden Arbeitern die Agitation für Arbeiterorganisation und internationale Solidarität zu entfalten."

Dagegen schlägt die holländische, amerikanische und australische Delegation folgende Resolution vor:

„Unter voller Berücksichtigung der Gefahren, welche mit der Einwanderung fremder Arbeiter verbunden sind, indem diese ein Sinken der Löhne, die Gewinnung von Streikbrechern und zuweilen selbst blutige Zusammenstöße zwischen den Arbeitern herbeiführen können, erklärt der Kongreß:

daß unter Einwirkung der sozialistischen und gewerkschaftlichen Agitation die eingewanderten Arbeiter sich nach einiger Zeit auf die Seite der eingebornen Arbeiter stellen und denselben Lohn wie diese verlangen werden.

Der Kongreß verurteilt daher jede Gesetzesmaßregel, welche die Einwanderung fremder Arbeiter, die das Elend zur Auswanderung zwingt, verbietet oder verhindert.

Der Kongreß, in fernerer Erwägung, daß Arbeiter rückständiger Rassen (wie Chinesen, Neger usw.) oft von Kapitalisten importiert werden um die eingebornen Arbeiter durch billiges Arbeitsangebot niederzuhalten, und daß diese, die ein williges Ausbeutungsobjekt bilden, in einer nur mühsam verdeckten Sklaverei leben, erklärt, daß die Sozialdemokratie die Anwendung dieses Mittels, das dazu dient, die Organisationen der Arbeiter zu vernichten und dadurch den Fortschritt und die eventuelle Verwirklichung des Sozialismus aufzuhalten, mit allen ihren Kräften zu bekämpfen hat."

Berichterstatter der Kommission ist

Ugarte (Argentinien): Die Einwanderung hat in der Gegenwart Dimensionen angenommen, daß mit ihr unzweifelhaft Gefahr für einzelne Länder verbunden ist. Trotzdem hat sich die Arbeiterschaft nicht auf den engherzigen Standpunkt gestellt, der durch die Entwicklung längst zertrümmert ist, daß der Arbeiter

in seinem Lande bleiben müsse, sondern hat für ihn das Recht in Anspruch genommen, die ganze Welt zu seinem Vaterlande zu machen.

Andrerseits muß die ganz bestimmte Erscheinung einer Massen-Ein- und Auswanderung, und zwar einer künstlich erzeugten beurteilt werden. Von manchen Regierungen wird eine künstliche Auswanderung breiter Massen der Bevölkerung dadurch provoziert, daß sie zu Nutz und Frommen der herrschenden Klassen die politische Freiheit des werktätigen Volkes aufs äußerste beschränken oder ihnen die ökonomische Existenz unmöglich machen. Andre Regierungen lassen sich bei der Förderung der Massenauswanderung von der imperialistischen Auffassung leiten, daß die massenhafte Entsendung von Volksgenossen in jungfräuliche Gebiete ihnen neue Herrschaftsgebiete sichern könnte. Aber alle diese Regierungen fragen nicht danach, unter welchen Bedingungen sich die Massenauswanderung vollzieht, wie die Auswanderer in scheußlicher Weise auf den Auswandererschiffen ausbeuterischer Transportgesellschaften zusammengedrängt, „gepfercht" befördert werden, welcher Ausbeutung, Unterdrückung, welchen Leiden sie in dem erstrebten Lande ausgesetzt sein werden. Aber die Massenauswanderung kann nur durch durchgreifende Reformen bekämpft werden, die die einzelnen Länder wirklich zu einem Vaterland für die werktätige Masse des Volkes machen. Deshalb müssen wir jetzt auf Maßregeln sinnen, welche den Auswanderern auf ihrem Leidenswege menschliche Ueberfahrt, Schutz gegen Betrug sichern. Ferner müßten die Einwanderer, um ihre Rechte wahren zu können, sofort naturalisiert werden, ohne das Bürgerrecht in ihrer alten Heimat zu verlieren. Von diesen Gesichtspunkten geht die Ihnen vorgelegte Resolution aus. (Beifall.)

Hillquitt-Amerika begründet die Resolution der Amerikaner, Holländer und der Delegation aus den englischen Kolonien. Alle diese Länder seien gezwungen, einen Unterschied zu machen zwischen Arbeitern zivilisierter Länder und unzivilisierter, zwischen Arbeitern, die im Klassenkampf begriffen sind oder wenigstens im Entwicklungsprozeß des Klassenbewußtseins begriffen sind und solchen, die dazu auch noch nicht die geringste Vorbedingung aufweisen. Deshalb haben die amerikanischen Gewerkschaften sämtlich das Verbot der Chinesenaufnahme. Das mag reaktionär klingen, ist aber unabweislich, wollen wir nicht die ganze Arbeiterbewegung zugrunde richten, denn es ist ein Lebensinteresse unsrer Arbeiterbewegung, die Kulis und Neger fernzuhalten.

Nicolas Klein protestiert im Namen der Minderheit der amerikanischen Delegierten gegen diese Auffassung, die dem Satze: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" und der ganzen sozialistischen Gedankenwelt widerstreite. Kulis seien auch Menschen, auch Arbeiter und hätten dasselbe Recht wie die andern. Mache man einmal Unterschiede zwischen den Nationen, so müsse man auch die Italiener, Polen usw. von Amerika fernhalten. (Beifall.)

Pacplow-Hamburg kann diese Auslegung des Marxschen Wortes nicht anerkennen. Niemals hätte Marx verlangt, die rückständigsten Arbeiter ohne jede Rücksicht auf die konkreten Verhältnisse des eignen Landes hineinzulassen, zu verlangen, daß zum Beispiel die deutschen Bauarbeiter sich ihre Lage durch schrankenlose Einwanderung der italienischen Arbeiter bedeutend verschlimmern lassen. Trotz dieser Auffassung sei es ihm unmöglich, für den Antrag Hillquitt zu stimmen; denn dieser verabsäume es, auszusprechen, daß die Gewerkschaften jedes Landes die Pflicht hätten, die eingewanderten Arbeiter aufzuklären und in die Gewerkschaften hineinzuziehen. Das verabsäumten auch die englischen Gewerkschaften, die durch ihre Statuten den ausländischen Arbeitern den Eintritt sehr erschwerten. Dagegen sollten die Arbeiter aller Länder ihre Stimme erheben. (Lebhafter Beifall.)

Keir Hardie (England) beantragt, diese offenbar noch nicht gründlich genug vorbereitete Frage abzusetzen. Die Engländer könnten für keine der hier vorgelegten Resolutionen stimmen, weil beide von ihrem schlimmsten Gegner

gegen sie ausgespielt werden könnten. Die Frage der Ein- und Auswanderung müßte auf dem nächsten Kongreß eingehend behandelt werden. Inzwischen sollte das internationale Bureau Material sammeln.

Der Antrag wird durch Zuruf angenommen; doch bemerkt der Vorsitzende, daß die Anregung Paeplow als Wunsch aller Nationen dem Protokoll eingefügt werde. (Bravo!)

* * *

Der Internationale Sekretär teilt den Einlauf mit: Glückwunschtelegramme aus Wien, Basel usw., eine Erklärung zu Protokoll über die gestrige Stimmenthaltung der belgischen und schwedischen Delegierten und eine **Protestresolution gegen die maßlosen Verfolgungen der ungarischen Sozialisten.** (Beifall.) Der Internationale Sekretär macht ferner die Mitteilung, daß das Protokoll des Internationalen Kongresses in drei Sprachen (deutsch, englisch, französisch) erscheinen soll. Als

nächste Kongreßorte

sind vorgeschlagen **Stuttgart** (seitens der deutschen Delegation), Genf, Brüssel, Wien, Rom. Die Engländer beantragen den nächsten Kongreß in 2 Jahren, die Deutschen in 4 Jahren stattfinden zu lassen. Der Vorsitzende Van Kol schlägt als Vermittelungsantrag 3 Jahre vor. **Hyndman** verlangt, daß das Internationale Bureau nicht mehr das Recht habe, den Kongreß zu verschieben. **Longuet**-Paris bittet, den nächsten Kongreß in 2 Jahren stattfinden zu lassen. Gerade im Interesse besserer Fühlung der Parteien untereinander, zur Vermeidung von Zwistigkeiten und Meinungsverschiedenheiten und zwecks leichterer Ausgleichung seien möglichst kurze Fristen anzusetzen. **Sembat** tritt für 3 Jahre ein, weil 1906 die Wahlen in Frankreich stattfinden. Die Abstimmung ergibt: **Der nächste Kongreß findet 1907 statt.**

Der Kassenbericht des **Internationalen Sekretariats** ist geprüft und gebilligt worden. Holland, Italien, Dänemark bitten ihre Jahresbeiträge von 800 Fr. herabzusetzen. Holland und Italien sollen künftig nach Vorschlag des Bureaus 400 Fr., Dänemark 600 Fr., Serbien, Japan, Luxemburg 100 Fr. Jahresbeitrag leisten.

Die **Wahl des Kongreßortes** führt zu einer Debatte. Zu Gunsten Stuttgarts haben die andren Kongreßorte verzichtet. Hyndman verlangt Garantie für freie Tagung in Stuttgart, der Vorsitzende habe dies wohl erklärt — und früher sei das auch schon versichert worden —, dann aber hätten die politische Situation, mangelnde Redefreiheit 2c. doch die Verlegung des Kongresses notwendig gemacht.

Bebel: Wir hätten nicht gewagt, Stuttgart vorzuschlagen, wenn wir nicht felsenfest überzeugt wären, daß wir jede Garantie für volle Redefreiheit und Sicherheit für jeden Delegierten übernehmen könnten. Dasselbe Maß von Freiheit und Sicherheit so wie hier in Amsterdam können wir auch für Stuttgart gewährleisten. (Lebhafter Beifall.)

Ohne Widerspruch wird **Stuttgart** angenommen.

* * *

Für die noch zur Verhandlung stehenden Punkte **Maifeier, Trusts** und **Frauenstimmrecht** haben die Berichterstatter aufs Wort verzichtet. Der Kongreß hat daher nur noch abzustimmen. Diese Resolutionen lauten:

Maifeier-Resolution.

„Ausgehend von der Erwägung, daß die Arbeiterdemonstration am 1. Mai den Zweck hat, an einem bestimmten Tage in allen Ländern mit moderner Arbeiterbewegung einheitlich für die Forderungen der Arbeiterschaft, ins-

besondere für den Arbeiterschutz, den Achtstundentag, die Klassenforderungen der Arbeiterschaft und den Weltfrieden einzutreten und damit die Einheitlichkeit der Bewegung und der Forderungen der Arbeiter aller Länder zum Ausdruck zu bringen,

in fernerer Erwägung, daß die Einheitlichkeit der Demonstration noch nicht gegeben ist, weil in einzelnen Ländern nicht am 1. Mai, sondern am ersten Sonntag im Mai demonstriert wird,

beschließt der Kongreß: Im Anschluß an die Beschlüsse der Internationalen Kongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und Paris 1900 fordert der Internationale Kongreß zu Amsterdam die sozialdemokratischen Partei-Organisationen und die Gewerkschaften aller Länder in der nachdrücklichsten Weise auf, alljährlich am 1. Mai für die gesetzliche Einführung des achtstündigen Arbeitstages, für die Klassenforderungen des Proletariats und für den Weltfrieden zu demonstrieren.

Am wirksamsten kommt die Demonstration am 1. Mai in der Arbeitsruhe zum Ausdruck.

Der Kongreß macht es deshalb sämtlichen proletarischen Organisationen aller Länder zur Pflicht, die Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben und überall dort, wo es ohne Schädigung der Arbeiterinteressen möglich ist, die Arbeit ruhen zu lassen."

*

Resolution über das Frauen-Stimmrecht.

(Eingebracht von den deutschen Genossinnen.)

„Bei den Kämpfen, welche das Proletariat für die Eroberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Staat und Gemeinde führt, müssen die sozialistischen Parteien das Frauen-Wahlrecht in den gesetzgebenden Körperschaften beantragen, in der Agitation grundsätzlich festhalten und mit allem Nachdruck vertreten."

*

Resolution über die Trusts.

„Die Trusts in ihrer vollkommenen Entwicklung sind die Beseitigung der Konkurrenz zwischen den Herren der Produktion. Sie haben sich entwickelt aus losen Vereinbarungen unabhängiger Kapitalisten zu riesenhaften und fest organisierten, nationalen und sogar internationalen Unternehmerverbänden, welche oft eine ganze Industrie monopolisieren. Sie sind die unvermeidliche Konsequenz der Konkurrenz in einer auf Lohnarbeit im Dienste des Kapitalprofits sich stützenden Wirtschaftsordnung.

In diesen Verbänden werden die Großkapitalisten aller Länder und aller Industrien schnell zu einer kompakten Einheit auf der Basis gemeinschaftlicher Interessen zusammengefügt. So wird der Konflikt zwischen Kapitalisten- und Arbeiterklasse immer schärfer. Die Produktion wird reguliert, die Verschwendung der Konkurrenz wird umgangen und die Leistungsfähigkeit der Arbeit vergrößert. Aber der ganze Vorteil fällt den Kapitalisten zu und die Ausbeutung der Arbeiter wird intensiver.

Angesichts dieser Tatsache und der vielfachen Erfahrungen, wonach sich eine Antitrust-Gesetzgebung im Rahmen unserer Wirtschaftsordnung als aussichtslos herausstellt, erneuert der Internationale sozialistische Kongreß von Amsterdam die Pariser Resolution von 1900 und befestigt dieselbe mit folgender Erklärung:

1. daß die sozialistischen Parteien aller Länder sich von jeder Beteiligung an Gesetzgebungsversuchen, welche das Aufkommen der Unternehmerverbände zu verhindern oder ihr Wachstum einzuschränken suchen, fernzuhalten haben, weil solche Versuche immer aussichtslos und manchmal reaktionär sind.

II. Daß die Bestrebungen der sozialistischen Parteien auf Sozialisierung der Produktionsmittel und deren Anwendung auf allgemeinen Nutzen und nicht auf Profit gerichtet sein müssen. Die Weise, in der diese Sozialisation zustande kommt, sowie die Reihenfolge dieser Sozialisation wird von der Macht, über die wir verfügen, bestimmt.

III. Der wachsenden Gefahr, welche ihre ökonomische Organisation durch die Befestigung der Macht der Kapitalisten bedroht, müssen die Arbeiter der ganzen Welt ihre organisierte Macht gegenüberstellen, als ihre einzige Waffe gegen die kapitalistische Unterdrückung und als ihr einziges Mittel, um den Kapitalismus zu stürzen und die sozialistische Gesellschaft zu schaffen."

Die Resolutionen über die **Maifeier** und das **Frauenstimmrecht** werden einstimmig, die Resolution über die **Trusts** gegen wenige Stimmen angenommen.

* * *

Zu einer geschäftlichen Mitteilung nimmt das Wort

Vorsitzender **Van Kol**: Heute abend findet in Amsterdam eine Versammlung statt, die von den schlimmsten Feinden der sozialistischen Arbeiterbewegung, den Anarchisten, einberufen ist. Die sozialistische Arbeiterpartei Frankreichs (Guesdisten) gibt die Erklärung ab, daß aus ihrer Fraktion kein Mitglied an dieser Anarchistenversammlung teilnehmen wird. (Lebhafter Beifall.)

Als Versammlungsredner sind u. a. die Delegierten Dr. Friedeberg-Berlin und Allemane-Paris angekündigt.

Allemane erklärt, auch seine Fraktion sei eingeladen worden, sie habe aber beschlossen, nicht daran teilzunehmen. Sie bedauere den Kampf zwischen den holländischen sozialistischen Brüdern einerseits und mit den Gewerkschaftern und Anarchisten andrerseits, aber ihre Teilnahme würde gegen die holländischen Sozialisten ausgenützt und so der Bruderzwist nur verschärft werden (Großer Beifall); sie haben sich damit begnügt, in einer schriftlichen Resolution den holländischen Gewerkschaften das Bedauern auszudrücken, daß dieser Bruderzwist ihnen die Beteiligung unmöglich mache.

Damit ist dieser Zwischenfall erledigt.

Es folgen die

Schlußreden.

Hyndman: Ich weiß mich einig im Gefühl mit allen Delegierten, wenn ich unsren holländischen Brüdern den Dank ausspreche für ihre herzliche Aufnahme und gute Organisation des Kongresses. (Allseitiger Beifall.) Dieser erste Kongreß des 20. Jahrhunderts überrage an Bedeutung alle früheren internationalen Kongresse seit 1864. Zum erstenmal seien aus den entferntesten Ländern, wie Japan und Indien, Vertreter erschienen. Und gerade er als Vertreter der Arbeiterklasse des Landes, das das größte Kolonialreich sei und die unbarmherzigste Ausbeutung in den Kolonien treibe, glaube am ersten berufen zu sein, hier die Bedeutung des Kongresses dahin zu betonen, daß er einen Damm aufgerichtet habe gegen Ausbeutung und Unterdrückung jener armen Eingeborenen durch das europäische Kapital. Aufhören müsse, daß jener Goldstrom nach Europa fließe; wie wir einig sind in unsren Grundanschauungen, so seien wir, die geeinten Proletarier aller Länder, einig in unsrer Losung: Asien den Asiaten! Die ganze Welt dem freiheitsgesinnten Proletariat. (Lebhafter Beifall.)

Renaudel (von der jaurèsistischen Arbeiterpartei) erklärt, seine Parteigenossen werden sofort nach seiner Rückkehr zusammentreten und ihrer Organisation die Kongreßbeschlüsse unterbreiten, und sie würden alles tun, um die gewünschte Einheit herbeizuführen. (Reicher Beifall.) Die von den Genossen gemachten Vorschläge würden sie dann dem Internationalen Bureau unterbreiten.

Vaillant gibt im Namen der guesdistischen Arbeiterpartei die Erklärung ab, daß auch sie stets für die Einigkeit ist. Aber diese Einheit sei nur möglich auf dem Boden des Klassenkampfes, auf dem Boden der Beschlüsse dieses Kongresses. Auch sie werde alles tun, diese Einheit herbeizuführen. (Lebhafter Beifall.)

Bebel (von stürmischem Beifall und nicht endenwollenden Hochrufen begrüßt) schließt sich zunächst dem Dank an die holländischen und Amsterdamer Genossen an und erweitert ihn auf das Bureau und die Uebersetzer. Wir treten, so fährt er fort, nicht nur deshalb für die Gleichheit der Frauen ein, weil wir für die Gleichheit all dessen kämpfen, was Menschenantlitz trägt, sondern auch, weil wir glauben, daß das weibliche Geschlecht am rechten Platze rechte Leistung geben wird. Das haben wir gerade bei diesem Kongreß in besonderem Maße sehen können. Die Frauen im Bureau und bei der Uebersetzung haben gezeigt, daß sie es ohne weiteres an Leistungsfähigkeit mit jedem Manne aufnehmen können. Ich weiß nicht, ob unter uns Männern überhaupt einer ist, der es mit der Genossin Zetkin aufnehmen kann. (Stürmische Heiterkeit und sehr lebhafter Beifall. — Frau Henriette Roland-Holst überreicht namens der holländischen Partei der Genossin Zetkin einen prächtigen Rosenstrauß. — Erneuter Beifall.)

Nach warmen Worten der Anerkennung für das Internationale Bureau fährt Bebel fort: Noch einige allgemeine Bemerkungen. Wir sind am Ende unsrer Arbeit. Sechs schwere Tage liegen hinter uns. Wir haben Fragen diskutiert, besonders die der internationalen Taktik, die lebhafte Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen haben. Keiner unter uns, der nicht mit schwerem Herzen und großen Bedenken nach Amsterdam gekommen ist. Jeder hat sich gesagt, daß Fragen zu lösen sind, an denen wir uns die Zähne ausbeißen könnten und daß, wenn wir schließlich eine Lösung fänden, ihre Wirkung unsern Wünschen vielleicht nicht entsprechen werde. Nach den Erklärungen, die wir soeben von den Genossen Renaudel und Vaillant gehört haben, müssen wir sagen, daß unsre kühnsten Erwartungen weit übertroffen worden sind. In den dreitägigen Debatten hat die Kommission ein mustergültiges, glänzendes Bild einer internationalen Verhandlung ergeben, und wir haben nur bedauert, daß die Reden nicht der ganzen internationalen Welt vorgetragen werden konnten. (Beifall.) Aber die Verhandlungen des gestrigen Tages haben sich denen der Kommission würdig angeschlossen. Die Geister sind scharf aufeinander geplatzt, aber wir haben entschieden: niemand zu Liebe und niemand zu Leide, allein um eine sachliche Verständigung zu erzielen und eine Einigung der Genossen in den Ländern, in denen ernsthafte Differenzen oder gar Spaltungen bestehen. Und heut erklären die französischen Genossen, sofort nach der Rückkehr die ersten Schritte zur Vereinigung tun zu wollen. Das hat unsre Erwartungen weit übertroffen, unsre Zweifel beschämt. Und Ihr werdet Euch einigen, französische Genossen. Denn Ihr wollt es, und wo ein Wille ist, ist ein Weg. Noch eins will ich Euch sagen: Ihr habt Euch jetzt bekämpft bis aufs Blut, Euch aufs schwerste unter einander angegriffen, aber alles, was Ihr gesagt und Euch angetan habt, reicht nicht heran an das, was vor dreißig bis vierzig Jahren wir uns in Deutschland gesagt und angetan haben. Und wenn es uns trotzdem möglich war, uns nach achtjährigem Kampf zu verständigen, so wird es auch Euch möglich sein. Nicht über Nacht, aber allmählich im gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Gegner wird die Bitterkeit und Feindseligkeit gegen einander aus Euren Herzen schwinden. Immer haben ja alle Teile zum Wohle des Proletariats arbeiten wollen, also gegen die Absichten kein Vorwurf, kein Verdacht. Nicht nur mit Beruhigung, sondern mit dem Gefühle der Genugtuung und Befriedigung können wir diesen Kongreß verlassen: Er hat ein glänzendes Resultat: In geschlossener Kampflinie stehen die Arbeiter aller Länder da. Kein

Zweifel, daß allüberall unsre Ziele die gleichen sind, kein Zweifel, daß bald auch unsre Wege zum Ziel allüberall die gleichen sein werden. Mit erneuter Energie gehen wir in jedem Lande an unsre Aufgaben, die wir zu erfüllen haben. Deshalb kann ich nicht besser schließen, als mit der Aufforderung zu einem Hoch auf die internationale sozialistische Einigkeit und unsren Sieg. (Dreimalige Hochrufe und brausender Beifall.)

Van Kol: Wir stehen am Ende unsrer schweren Arbeit. Wir haben ein Rededuell gehört, wie es wohl noch auf keiner Tribüne der Welt stattgefunden hat. In unsern Herzen aber tönt der Ruf nach Einigkeit, die so nötig ist im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind. Vorwärts denn! Gehen wir nach neuen Siegen der schöneren Zukunft entgegen. Genossen! Die Proletarier der fünf Weltteile hoffen auf uns und ihre Hoffnung wird erfüllt werden. Hoch die Internationale!

Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen und stimmen dreimal in den Hochruf ein.

Dann ertönt das Lied der Internationale, das im Hintergrunde von einem holländischen Männerchor intoniert wird. Alle Nationen vereinigen sich, um den Refrain mitzusingen:

C'est la lutte finale!
Groupons nous, et demain
L'Internationale
Sera le genre humain.

Schluß des Kongresses 12 Uhr mittags.

---

*) Das ist der letzte Kampf!
Scharen wir uns zusammen, dann wird morgen
Die Internationale
Die ganze Menschheit umfassen.

Anhang.

Die Verhandlungen der Kommission zu Punkt 5 der Tagesordnung: „Internationale Regeln der sozialistischen Taktik“.

Erste Sitzung. — Montag 16. August, nachmittags.

Den ständigen Vorsitz führt Troelstra.

Guesde: Ich will vorausschicken, daß wir kein Urteil verlangen über unsre inneren Streitigkeiten; diese können wir selber ausfechten; sie verlangen auch nicht, wie man behauptet hat, vom internationalen Sozialismus eine Unterstützung unsrer Politik. Aber gegen ein Uebel, das international in Erscheinung tritt, muß internationale Sicherheit geschaffen werden. Und diese Frage ist eine allgemeine Frage; sie erhebt sich in Deutschland, Belgien, Italien ebenso deutlich wie in Frankreich. Es ist also eine wahrhaft internationale Frage, an deren Lösung die organisierten Sozialisten aller Länder mitarbeiten müßten. Daß wir die Dresdner Resolution eingebracht, erklärt sich daraus, daß sie eben einen allgemeinen Charakter hat.

Jaurès: Ich bin mit der Absicht der Versöhnung gekommen. Auch in meinem eignen Reihen gibt es Genossen, die da meinen, wir ließen uns zu weit verlocken in der Jagd nach Augenblickserfolgen. Andre wieder meinen, wir müßten unsre reformistische Taktik mehr betonen. Guesde sagt, die französischen Streitigkeiten könnten im eignen Lande ausgefochten werden; gewiß, die Deutschen, Italiener und Belgier haben ihre Streitigkeiten auf den eignen Kongressen behandelt, sie haben sie nicht vor den internationalen Kongreß gebracht; vielleicht aber sind wir in Frankreich schon so weit gekommen, daß wir eine internationale Vermittlung brauchen. Sei dem so; wir aber sind der Meinung, daß unsre Taktik den Interessen und dem Willen des französischen Proletariats entspricht. In erster Linie kann man sich fragen, ob die Repräsentation des internationalen Sozialismus überhaupt berufen ist, diese Frage zu lösen. Sicher kann der internationale Sozialismus sich darüber aussprechen, aber sofern er nicht mehr urteilt über Prinzipien und allgemeine Regeln, sondern über die Ausführung desselben, über die Taktik, welche die politische Bewegung in den verschiedenen Ländern leiten soll, muß er vorsichtig sein. In den Lebensverhältnissen der einzelnen Länder existieren große Unterschiede, und der Kongreß kann keine für alle Fälle bindende Vorschriften erlassen. Die Frage ist besonders schwierig und verwickelt; der Sozialismus arbeitet an der Emanzipation aller Proletarier, sowohl derer, die unter dem autokratischen Joche seufzen, als derer, deren Joch mehr oder minder erleichtert ist durch die konstitutionelle Monarchie, wie auch derer, die sich einer Republik erfreuen. Man scheint zu befürchten, daß wir in Frankreich den Geist der sozialistischen Klasse ändern, aber diese Unterschiede in der Taktik existieren nicht bloß bei uns in Frankreich. Der Kongreß muß also auch entscheiden zwischen den revolutionären

Terroristen in Rußland und den Sozialdemokraten, die mit Plechanow durch die Massen handeln wollen; er muß auch in Deutschland, in Holland entscheiden über den Generalstreik, der die Genossen so grausam geschieden hat. Man wirft uns vor, daß wir die Reinheit der Prinzipien gefährdet, das Zusammenarbeiten der Klassen gepredigt hätten. Wir aber verkünden ebenso wie Ihr, Genossen, daß zwischen Bourgeoisie und Proletariat ein tiefer, wesentlicher, unüberbrückbarer Abgrund sich auftut, weil er ausgeht von dem unverrückbaren Gegensatz zweier Systeme des Eigentums. Aber indem wir das republikanische Regime ausnützen, glauben wir, daß das Interesse unsres Ideals und unsres Proletariats uns verpflichtet, die republikanische Bourgeoisie zu unterstützen bei der Lösung emanzipatorischer Aufgaben, wie die Verweltlichung des Staates und des Unterrichts, wir verraten nicht im mindesten das Prinzip des Klassenkampfes, und das Interesse des Proletariats, das allein uns leitet, sowenig als der deutsche Sozialismus es verraten hat an dem Tage, da er mit Bebel die Notwendigkeit der Beteiligung an der Landtagswahl anerkannt hat.

Die Resolution Kautsky 1900, für die auch wir gestimmt haben, erklärte, daß die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung gefährlich sei und nur ausnahmsweise stattfinden könne, aber sie anerkannte auch, daß sie unter der Kontrolle der national-organisierten Partei zulässig sei. Ich bemerke, daß der Text der Dresdner Resolution radikal geändert ist. Jene sagt, daß es dem Proletariat untersagt sei, die Teilnahme zu e r s t r e b e n, während die Ihnen unterbreitete Uebersetzung besagt, daß es sie nicht a n n e h m e n darf. Doch dieser Unterschied ist vielleicht von untergeordneter Bedeutung und wir wollen uns nicht mit derartigen Kleinigkeiten aufhalten. Wenn einst die Stunde kommt, wo es nützlich sein kann, die sozialistische Teilnahme an der Regierung anzunehmen, darf man darüber nicht rot werden, aber man darf auch nicht proklamieren, daß niemals eine Stunde kommen werde, wo das Proletariat ein Interesse hätte, dies zu erstreben. Sie lassen die Türen für die Zweideutigkeit offen! Haben Sie doch den Mut, alle Zweideutigkeiten zu zerstreuen. Wir werden also unter diesem Gesichtspunkt eine Aenderung der Dresdner Resolution verlangen. Endlich frage ich diejenigen, welche diese großen Debatten hervorgerufen haben: Welches ist Euer Zweck? Habt Ihr die Absicht, den französischen Sozialisten, die so denken wie wir, zu verbieten, die Politik der Verweltlichung und der Reformen fortzusetzen? Würdet Ihr das wagen in Holland, in diesem Lande, wo die calvinistische Reaktion, verbunden mit der katholischen Reaktion — beides nur Ausdrucksformen der kapitalistischen Reaktion — darauf ausgeht, die Macht zu erobern und Euch die konfessionelle Schule aufzuerlegen? Die ganze Welt ist erfüllt von einer unwiderstehlichen Bewegung in der Richtung der Demokratisierung der Politik, die wir zum besten des Proletariats betätigen. Wenn es Ihnen beliebt, eine gewisse revolutionäre, in Frankreich befolgte Politik mit dem Mantel einer deutschen Taktik zuzudecken, wohlan! Dann lassen Sie mich Ihnen aber noch sagen, daß Sie riskieren, zwischen Frankreich und Deutschland ein schweres Mißverständnis hervorzurufen. Vor 30 Jahren hatte ein blutiger Krieg die beiden Völker getrennt. Wir haben dafür gekämpft, sie einander wieder näher zu bringen. Unsre Partei hat sich gegen die chauvinistischen Leidenschaften und Vorurteile erhoben und hat sie überwunden. Wenn Sie dem französischen Proletariat eine Taktik aufnötigen, die nicht die seine sein kann, so müssen Sie fürchten, Ihre Hand auf Wunden zu legen, die kaum vernarbt sind, und ein neues Mißverständnis zu schaffen, das nicht weniger unheilvoll wäre als das andre. Ihr Deutschen habt die Reformation gehabt, welche die Macht der katholischen Kirche zum Teil gebrochen hat; ich wäre aber beinahe versucht, in einem gewissen Sinne mich darüber zu freuen, daß in unsrem Lande die Reformation ausgerottet worden ist; ihre Niederlage hat den französischen Geist gezwungen, die vollständige Befreiung herbeizuführen. Andrerseits lebt Ihr unter einem kaiserlichen und feudalen

Regiment. Wir haben zu kämpfen gegen die katholische Kirche, die stärkste Macht der politischen Reaktion und der sozialen Knechtschaft. Aber wir leben unter einem republikanisch-demokratischen Regiment. Alle unsere öffentlichen Gewalten entstammen der nationalen Souveränität und sind ihr verantwortlich. Das allgemeine Stimmrecht der Massen ist die Grundlage unsres politischen Systems. Rechnen Sie auch mit der Verschiedenheit des Milieus, Sie würden eine Unklugheit begehen, die geradezu ein Verbrechen wäre, wenn Sie unsren beiden großen Nationen dieselbe Taktik auferlegen würden. Ihre Taktik, die bedingt ist von der protestantischen Orthodoxie und von dem persönlichen Regiment, können Sie uns nicht aufzwingen, weil bei uns die Voraussetzungen dazu fehlen, und was uns betrifft, so verteidigen wir mit Stolz unsre politische Aktion und unsre Methode: sie hat uns niemals das hohe Ideal vergessen lassen, dem wir unsre Treue unaufhörlich bewahren. Der Kampf, den wir seit 4 Jahren geführt, hat niemals einen andren Zweck gehabt, als den Sieg zu beschleunigen.

Kautsky: Der Antrag, die taktische Resolution des Dresdner Kongresses zu einer allgemeinen Richtschnur des internationalen Sozialismus zu erheben, geht nicht von der deutschen Sozialdemokratie aus. Aber wir können es nur freudig begrüßen, wenn die andren Nationen sie dazu erheben wollen. Doch können wir ihr nur zustimmen, wenn sie keine Verschärfung des ursprünglichen Textes enthält. Eine solche, wenn auch unbeabsichtigte, hat sich durch einen Uebersetzungsfehler eingeschlichen, der die Resolution sagen läßt, wir lehnten es ab, einen Anteil an der Regierungsgewalt anzunehmen (accepter), während das Original nur das erstreben (rechercher) ablehnt. Jaurès hat schon darauf aufmerksam gemacht, es liegt hier aber keine Schwierigkeit vor, denn die Antragsteller sind bereit, die genaue Uebersetzung des deutschen Textes zu akzeptieren.

Jaurès meint freilich, sachlich bestehe zwischen den beiden Lesarten kein Unterschied, denn wenn ich bereit bin, ein Amt zu übernehmen, muß ich auch die Courage haben, es anzustreben. Die deutsche Fassung sei also bloß zaghafter als die französische Uebersetzung. Aber da irrt er sich. Der betreffende Passus beruft sich auf jene Pariser Resolution, die meinen Namen trägt. Dort wird aber ausdrücklich erklärt, nur in Zwangslagen darf ein Sozialist in eine bürgerliche Regierung eintreten. Ich hatte dabei Situationen im Auge der Art, wie sie z. B. nach dem 4. September 1870 in Frankreich eintraten, wo von sozialistischer Seite verlangt wurde, ein Sozialist, Blanqui oder Delescluze, sollten in die Regierung eintreten, die den Zweck hatte, die Landesverteidigung zu organisieren. Aber die Resolution sagt ausdrücklich, daß eine derartige Amtsübernahme ein Opfer ist, das die Sozialdemokratie bringt, eine Quelle von Verlegenheiten und Gefahren, der man sich manchmal nicht entziehen kann, die man aber nie anstrebt. Die Unterscheidung zwischen anstreben und annehmen ist also keine äußerliche, sondern eine wesentliche.

In Amsterdam ist aber die Frage, die wir zu entscheiden haben, eine andre als in Paris; nicht mehr die Frage, ob unter keinen Umständen ein Sozialist in eine bürgerliche Regierung eintreten darf, sondern die Frage, welcher Art unsre freigewählte Taktik, unser Streben sein soll. Und da erklären wir unbedingt, es soll nicht darauf gerichtet sein, einen Anteil an einer bürgerlichen Regierung zu erlangen.

Nun wird freilich erklärt, eine derartige Regel lasse sich international nicht festsetzen, die Taktik sei eine rein nationale Angelegenheit, in die man von außen nichts hineinreden dürfe. Aber diejenigen, die jetzt diesen Grundsatz aufstellen, haben ihn selbst übertreten, als sie ohne Zaudern in Paris für die von mir vorgelegte Resolution stimmten, die in gleicher Weise taktische Regeln aufstellt wie die Dresdener Resolution. Jaurès meint, dann müßte der inter-

nationale Kongreß auch das Recht haben, über die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen zu bestimmen. Aber man muß unterscheiden zwischen den Grundsätzen der Taktik und ihrer Anwendung. Dies gilt z. B. auch im Kriege. Es ist sicher töricht, wenn Kuropatkin von Petersburg aus angewiesen wird, wie er seine Taktik einzurichten hat, das hindert aber nicht, daß bestimmte taktische Regeln, etwa über die Verwendung der Kavallerie, für alle modernen Armeen in gleicher Weise Geltung erlangen. So ist es auch mit der Beteiligung an den Wahlen für die gesetzgebenden Körperschaften. Es ist zu einer allgemeinen Regel für die internationale Sozialdemokratie geworden, daß sie sich an allen derartigen Wahlen beteiligt, wo ihre Stärke und das Wahlrecht es zuläßt. Aber es wäre nicht Sache eines internationalen Kongresses, zu entscheiden, wie diese Regel in einem besonderen Fall anzuwenden ist.

Jaurès hat aber auf die preußischen Landtagswahlen auch aus dem Grunde hingewiesen, um zu zeigen, wie wandelbar die Taktik ist, wie schwer sich daher allgemeine Regeln für sie festsetzen lassen. Aber auch hier gilt die gleiche Unterscheidung zwischen dem Grundsatz und seiner Anwendung. Die Art der Anwendung der taktischen Grundsätze wechselt ununterbrochen mit den wechselnden Situationen, deswegen können doch die taktischen Grundsätze selbst die gleichen bleiben. Die Frage der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen war nicht die der Aufhebung unsrer bisherigen taktischen Grundsätze, sondern ein reines Rechenexempel, ob wir auch stark genug seien, unter dem Dreiklassenwahlsystem Mandate zu erobern. Die taktischen Grundsätze der Dresdner Resolution haben nach wie vor den preußischen Landtagswahlen in der deutschen Sozialdemokratie in gleicher Weise Geltung gehabt; seit einem Menschenalter folgt sie ihnen ohne jede Wandlung, und gerade darin sehen wir eine Bürgschaft für die innere Kraft unsrer Grundsätze und dafür, daß sie, wie für die verschiedenen Siuationen unsrer kapitalistischen Entwicklung, so auch für die verschiedenen kapitalistischen Länder in gleicher Weise passen und die Sozialdemokratie dort zu denselben Siegen führen, zu denen sie uns geführt.

Jaurès freilich sieht in ihnen nichts anfeuerndes, sondern nur einen Hemmschuh, der ihn hindert, der Eigenart Frankreichs entsprechend mit dem bürgerlichen Radikalismus zusammen die Reaktion zu bekämpfen und fruchtbar zu wirken. Aber unsre Dresdner Grundsätze haben die deutsche Sozialdemokratie nicht gehindert, in dieser Weise tätig zu sein. Schon das kommunistische Manifest erklärt, daß die Kommunisten die radikale Bourgeoisie dort unterstützen, wo sie revolutionär vorgeht. Wir in Deutschland unterstützen die bürgerliche Demokratie gegen die Reaktion, wo immer wir dazu imstande sind, z. B. bei Stichwahlen. Aber wir unterstützen die bürgerliche Demokratie nicht unter allen Umständen, nicht auch dort, wo sie selbst reaktionär ist. Jaurès und seine Freunde rechnen zur revolutionären Bourgeoisie, die zu unterstützen ist, auch Elemente, wie Gallifet und Rouvier, ja sogar den König von Italien. Und sie unterstützen die liberale Bourgeoisie auch dann, wenn sie sich mit dem russischen Absolutismus verbindet. Es ist die von Jaurès und seinen Freunden unterstützte Regierung, der wir es nicht zum mindesten zu danken haben, daß die Bluthunde von Kischineff heute noch an der Macht sind. (Beifall und Bewegung.)

Soweit unsre Resolution sich als Hemmschuh erweist, kann sie es nur sein als Mittel, Entgleisungen zu verhindern wie die oben angedeuteten. Sollte sie aber sich in dieser Beziehung als praktisch wirksam erweisen, so wäre das meines Erachtens ein großer Gewinn, nicht zum mindesten für Jaurès selbst, der dadurch an einer Politik gehindert würde, die ihn von uns fortdrängt. Erlangt die Dresdner Resolution internationale Geltung, so schafft sie den Boden einer Einigung der beiden Fraktionen des französischen Sozialismus und wird dadurch zu einem mächtigen Mittel, den proletarischen Klassenkampf zu fördern und zu beleben. Ich bitte Sie daher, nehmen Sie unsre Resolution an. (Beifall.)

De Leon (Sozialistische Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten) empfiehlt das völlige Schließen der Tür zur bürgerlichen Regierung. Er bringt eine Resolution ein, die dahingeht, daß die Sozialdemokratie nicht ohne Verrat an den Interessen des Proletariats eine Position einnehmen kann, die sie nicht erobert hat.

Dr. **Victor Adler**-Wien: Wir wollen von der Dresdner Resolution, die in knappen Sätzen den Klassenkampfstandpunkt ausspricht, nicht abweichen. Hier aber sollen wir Regeln aufstellen über die Taktik unter ganz konkreten Umständen in einem ganz bestimmten Lande zu einer ganz bestimmten Zeit. Das aber halte ich für unmöglich, so wünschenswert es wäre. Ich sage nicht: wir sollen nicht, sondern: wir können nicht. Niemand wäre dankbarer als ich, wenn man mir für alle zweifelhaften Fälle eine Regel der Entscheidung gäbe. Ja, wenn wir eine solche Norm für den Klassenkampf finden könnten, wie er allein geführt werden darf! Aber die Taktik ist abhängig von den Umständen. 1900 zwang uns der Fall Millerand zu einer Entscheidung, und wir dachten nur an diesen einen bestimmten Fall. So entstand die Resolution Kautsky. Faktisch ist der Fall Millerand heute erledigt; aber heute handelt es sich nicht mehr bloß um Teilnahme an einem Ministerium, sondern um eine viel gefährlichere Sache, die durch die Kautskysche Resolution nur ganz ungenügend erledigt wird: mit der anonymen Mitregierung einer großen sozialistischen Gruppe an einer bürgerlichen Regierung, ohne daß eine einzige bestimmte Person die Verantwortung trägt. Ein einzelner kann, wenn er für den Zaren und das Niederschießen von Streikenden eintritt, abgeschüttelt werden; hier aber gilt es **einer Partei, die den sozialistischen Namen trägt. Es wird eine schwere** Enttäuschung für das Proletariat geben, wenn die Sozialdemokratie sich auf diesen Weg begiebt. Ich sehe der Entwicklung mit Furcht und Trauer zu. Aber wie ich für meine Handlungen verantwortlich bin, so kann ich hier nur mit aller Schärfe zu den Jaurèsisten sagen: Tut es nicht! Aber ich verurteile nicht, ich schließe nicht aus. Die Dresdener Resolution ist eine ausgezeichnete Prinzipienerklärung, das kann nicht scharf genug gesagt werden. Aber wir dürfen auf dem internationalen Kongreß keine Verurteilung aussprechen, die erst in drei oder vier Jahren revidiert werden kann. Wir müssen uns auf die positive Erklärung des Klassenkampfstandpunktes beschränken und das internationale Proletariat davor warnen, diesen Weg zu verlassen. Aber wir dürfen die Minderheit nicht brandmarken, keine Verurteilung, keinen Bannfluch aussprechen.

Roubanowitsch (revolutionäre sozialistische Partei Rußlands) wirft Jaurès vor, daß er dem Zarismus gegenüber Mäßigung empfohlen habe. Wenn im „Bloc" Disziplin sein muß, so muß sie auch in der internationalen Sozialdemokratie sein. Grundsätzlich müssen wir aussprechen: keine dauernden Bündnisse zwecks gemeinschaftlicher Politik; Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung unzulässig.

Vandervelde (Belgien) schließt sich Adler an. Alle belgischen Parteigenossen halten international bindende Regeln für die Taktik für unmöglich. Nur eine Befestigung der Prinzipien kann der Kongreß aussprechen und sagen, daß niemand den Klassenkampf durch das Zusammenwirken der Klassen ersetzen will. Die Resolution Kautsky von 1900 war viel klarer als die für Deutschland berechnete Dresdner Resolution, die nicht einmal die Teilnahme an der Regierung verbietet. Gewiß ist es gefährlich, wenn ein sozialdemokratisches Blatt das offizielle Organ eines Bourgeoisministeriums wird. Aber keine Verurteilung, keine Verdammung! Vereinigen ist unsre Aufgabe, nicht trennen. Redner beantragt, in der Dresdner Resolution die Ausdrücke der Verurteilung zu streichen, dagegen den positiven Teil der Prinzipienerklärung unverändert aufrecht zu erhalten. Außerdem soll der Schluß lauten: Betreffend die Anteil-

nahme an der Regierungsgewalt innerhalb einer bürgerlichen Gesellschaft, erneuert und bestätigt der Kongreß die Resolution Kautsky von 1900.

Schluß der Kommissionssitzung abends 7 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag vormittag.

* * *

Zweite Sitzung. — Dienstag vormittag 10½ Uhr.

Adler und Vandervelde bringen nachstehende Resolution ein:

„Der Kongreß erklärt mit größter Entschiedenheit, daß es notwendig ist, ohne jedes Schwanken an der bewußten sieggekrönten, auf dem Klassenkampf beruhenden Taktik des Sozialismus festzuhalten, und daß niemals an Stelle des Kampfes für die Eroberung der politischen Macht durch Besiegung unsrer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung treten darf.

Die Folge einer solchen Taktik der Konzession wäre, daß man eine Partei, welche die baldmöglichste Umwälzung der bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaft anstrebt, also eine im besten Sinne revolutionäre Partei, in eine Partei verwandeln würde, welche sich damit zufrieden giebt, die bürgerliche Gesellschaft zu reformieren.

Daher ist der Kongreß der Meinung, daß die Klassengegensätze statt sich abzuschwächen, sich immer mehr zuspitzen, und erklärt:

1. Daß der Kongreß unter den politischen und ökonomischen Verhältnissen, welche sich auf die kapitalistische Produktionsweise stützen, alle Verantwortlichkeit, welche es auch sei, zurückweist, und deshalb kein Mittel gutheißen kann, welches die Aufrechterhaltung der bestehenden Klassenherrschaft fördert.

2. Betreffs der Gefahren und Unzuträglichkeiten einer Anteilnahme in der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft erneuert und bestätigt der Kongreß die Resolution Kautsky des Internationalen Sozialistenkongresses in Paris 1900.

Vandervelde erklärt, diese Resolution entspricht durchaus der Dresdner Resolution, aber sie beschränkt sich auf eine Prinzipienerklärung und vermeidet, ein Urteil zu fällen. Er und Adler glauben mit dieser Resolution den allseitigen Wunsch zu erfüllen, die sozialistische Einigkeit herbeizuführen.

Ferri (Rom): Im wesentlichen handelt es sich für jeden von uns darum, die Erfahrungsresultate mitzuteilen, welche die politischen Tatsachen in unsren Ländern zu machen erlaubt haben, und nicht Tadels- oder Brandmarkungs-Resolutionen vorzuschlagen. Genosse Jaurès hat mich gestern daran erinnert, daß ich selber auf dem Pariser Kongreß Berichterstatter der Resolution Kautsky gewesen sei. Ich antworte darauf einfach, daß diese Resolution einen Einzelfall im Auge hatte, und daß ich darin nur einen Partikularismus bekämpft habe. Die Dresdner Resolution stellt dagegen eine allgemeine Regel auf; indem ich für sie stimme, bleibe ich meiner sozialistischen Vergangenheit treu, und außerdem ist die Resolution unsres Kongresses von Bologna im Geiste mit der Dresdner Resolution identisch. Noch zwei Bemerkungen: erstens fühle ich mich mit den Genossen Adler und Vandervelde einig in der Zurückweisung jedes Vorschlages einer Brandmarkung einzelner Gruppen oder Individuen, andrerseits hatte ich gestern den Eindruck, daß die Kommission die Absicht habe, die Taktik von den Prinzipien zu trennen. Nach Jaurès soll es unmöglich sein, für alle Länder eine gemeinsame Linie der politischen Haltung zu ziehen, gewiß, die sozialistische Partei kann für einen Augenblick sich mit einer liberalen Fraktion der Bourgeoisie verbinden, aber diese Alliance darf nur im revolutionären Geist abgeschlossen werden und keinen andren Zweck haben, als der kapitalistischen Partei den Todesstoß um so erfolgreicher zu versetzen. Wenn die Sozialisten eine bürgerliche Regierung einstimmig unterstützen, verwischt sich der Charakter der Kämpfer und

der sozialistischen Abgeordneten, man sieht dann nur noch Ministerielle und Antiministerielle, deren Politik, den Umständen angepaßt, das sozialistische Ideal verhüllt. Um die Einheit zwischen Taktik und Prinzip zu verwirklichen, ist es in erster Linie notwendig, daß die großen internationalen Assisen des Proletariats eine genaue Regel aufstellen, die für uns das ist, was der Kompaß für den Seefahrer. Daher ist es auch notwendig, daß in allen Ländern der Traum der Sozialisten-Einigkeit zur Wirklichkeit werde. Gewiß gibt es, wie Engels 1872 sagte, in unsrem Lande einen rechten und einen linken Flügel, aber diese beiden Flügel müssen sich zu einer starken Armee vereinen. Wenn aber eine Partei sich trennt, dann wird unglücklicherweise jede Fraktion in das Extrem ihrer Ideen gestoßen, und wenn die eine das Ideal zu verlieren scheint, übersieht die andre aus lauter Prinzipienbetrachtung die notwendige Praxis.

Plechanow sieht auch mit dem Mikroskope keine verurteilenden, brandmarkenden Stellen in der Dresdner Resolution. (Vandervelde und Adler erklären, die betreffenden Stellen vorgelesen zu haben.) Bernstein hat sich durch die Resolution nicht gebrandmarkt gefühlt; verschiedene seiner Anhänger haben sogar dafür gestimmt. Die Resolution enthält die Prinzipien, welche Theorie und Praxis verbinden. Hier gilt es, die revisionistischen Theorien (nicht die Personen) zu verurteilen, die unsre Partei in den Augen des Proletariats kompromittierte. Jaurès sagte, daß, wenn der Kongreß sich in den französischen Streit mischen sollte, er sich auch in den russischen Streit zwischen Terroristen und Antiterroristen einmengen müsse. Das ist aber ganz etwas andres. Sobald ein Terrorist auf einem Ministerstuhl sitzt oder vor dem Zaren seine Verbeugung macht, wird es Zeit sein, sich zu fragen, ob er noch zur sozialistischen Partei gehöre. Wenn Adler sagt, wir sollten vorsichtig sein, weil wir nur alle 4 Jahre zusammenkommen, so ist das ein Grund mehr, die Dresdner Resolution anzunehmen. Die Erfahrungen der letzten 4 Jahre zwingen uns, eine noch klarere Resolution zu fassen als die von Kautsky in Paris 1900. Und wenn man sagt, das Verbot der Teilnahme an der Regierung stärke den Klerikalismus, antworte ich, die Klerikalen sind schlau genug, um zu wissen, welche Sozialisten sie am meisten zu fürchten haben.

Rakowsky (Bulgarien) meint, Jaurès sehe seine Hauptaufgabe in der Bekämpfung des Nationalismus und Klerikalismus. (Jaurès: Ganz richtig!) Das ist die Taktik der Politik „Von der Hand in den Mund", deren Ende man nicht kennt. Ist der Klerikalismus überwunden, so wird es nachher heißen, man müsse das Ministerium Combes unterstützen, weil der Klerikalismus wiederkommen könne. Jaurès schrieb in der „Humanité": wir setzen die Traditionen der großen Revolution fort. Aber diese Traditionen sind bürgerlich, wenn auch revolutionär zu ihrer Zeit, nicht aber sozialistisch und nicht proletarisch. Wir Bulgaren erwarten vom Kongreß eine Richtschnur für unsre inländische Taktik. Eine Partei, die für die Zukunft wirkt, muß Augenblicksvorteile missen können. Es ist besser, auseinanderlaufende Richtungen nicht in e i n e Partei zusammenzuzwängen. In zwei Parteien geschieden und zusammenarbeitend, wo es möglich ist, können wir fruchtbarer wirken als bei fortdauerndem Streit in einer Partei.

Ferri bringt ein Amendement zur Dresdner Resolution ein, daß in jedem Lande nur e i n e Partei existieren soll, in der die verschiedenen Richtungen vereinigt seien.

Rosa Luxemburg bringt das Unter-Amendement ein, daß diese Einheit der Partei sich nur verwirklichen lasse auf dem Boden des Klassenkampfes.

Moor (Bern) bringt im Namen der Schweizer Delegation den Antrag ein, daß der Kongreß sich als unzuständig erkläre, die Frage der Taktik eines einzelnen Landes zu entscheiden. Persönlich sei er der Meinung, keine Partei, die nicht selber den Millerand-Fall durchgemacht habe, verstehe diese Gefahr. Adler und Vandervelde hatten Jaurès keinen Gefallen getan, ihn so sentimental zu be-

handeln, so deutlich als möglich muß man ihm zeigen, daß er auf falschem Wege sei. Jaurès sagt: „Ihr Deutsche könnt Eure Taktik aus einem halb absolutistischen Staat nicht auf das demokratische Frankreich übertragen, wo die Bourgeoisie sich vielmehr ausgelebt hat". Aber die Schweiz ist in formalpolitischer Beziehung von Frankreich nicht allzuverschieden. Wohlan, in Genf haben wir den sozialistischen Minister Thiébaud gehabt, und die sozialistische Bewegung liegt dort völlig danieder und der Anarchismus herrscht jetzt. Jahrelang habe ich die Anarchisten bekämpft, aber lieber will ich als Anarchist meinen Kopf auf den Block legen, denn als Sozialist mich auf den gepolsterten Ministerstuhl zu setzen. Wenn die Radikalen uns Ministerposten anbieten, so tun sie das, um uns zu zahmen Haustieren zu machen. Wullschleger, einer unsrer energischsten Leute, ist jetzt in Basel Ministerpräsident, aber für die Agitation ist er völlig ausgefallen. Durch energische Agitation erreichen wir mehr als durch sozialistische Minister. Die Umstände korrumpieren die Besten und machen sie machtlos als Minister. In Bern haben wir einen sozialistischen Finanzminister, und er leistet Vortreffliches, unter der Bewunderung der ganzen Bourgeoisie, aber haben die Arbeiter 30 Jahre gekämpft, daß einer der unsrigen die Finanzen der Bourgeoisie in Ordnung bringt? Diese elende Korrumpierungs-Methode der Bourgeoisie ist von Jaurès in ein prächtiges System gebracht worden. Unsre schweizerische Erfahrung sagt aber: Betretet diesen Weg nicht.

* * *

Dritte Sitzung. — Dienstag nachmittag 3 Uhr.

Die Diskussion eröffnet **Bebel.**

Bebel: Genosse Jaurès hat sich in seiner Rede besonders lebhaft an uns Deutsche gewendet, so daß ich den Eindruck bekam, er wolle uns für die Einbringung der Dresdner Resolution zur vorliegenden Frage verantwortlich machen. Demgegenüber konstatiere ich, daß keiner von uns, weder die Verfasser jener Resolution, noch diejenigen, die ihr schließlich in Dresden zustimmten, vermuteten, diese Resolution werde auch einmal einem internationalen Arbeiterkongreß zur Beratung vorgelegt werden. Nachdem dieses aber ohne unser Zutun geschehen, ist es selbstverständlich, daß wir für die Annahme derselben uns erklären.

Genosse Jaurès bezweifelte eingangs seiner Rede die Kompetenz des Kongresses durch eine solche Resolution in die Taktik der Parteien der einzelnen Länder einzugreifen. Unsre Kompetenz liegt in uns selbst. Weit mehr Bedenken als gegen die Kompetenz im vorliegenden Falle, ließen sich Bedenken erheben gegen den Versuch, die Zoll- und Handelspolitik der verschiedenen Länder in einer für alle maßgebenden Resolution festzulegen. Denn wie die hierbei in Frage kommenden großen wirtschaftlichen Interessen der verschiedenen Nationen, die untereinander so gegensätzliche sind, über einen Leisten geschlagen werden sollen, ist mir bis zu diesem Augenblick ein Rätsel. Gegen die Behandlung dieser Frage auf einem internationalen Kongreß Einspruch zu erheben, wäre weit mehr am Platze gewesen, als bei der Frage der Taktik. Jaurès hat Unrecht, die Dresdner Resolution als eine solche zu bezeichnen, die ausschließlich für deutsche Verhältnisse passe. Die Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie, die in der Dresdner Resolution als verhängnisvoll für unser Parteileben zurückgewiesen werden, sind nicht nur deutscher, sie sind internationaler Natur; sie sind nicht bloß in Deutschland, nicht bloß in Frankreich, wo Jaurès ihr Repräsentant ist, vorhanden, sie sind auch in Italien sehr stark zum Ausdruck gekommen, in Oesterreich (Dr. Victor Adler: O nicht doch!), in Belgien; wir würden diese Krankheit auch in Holland finden, wo sie nur infolge der Ereignisse des vorigen Jahres — durch den großen Generalstreik — beseitigt wurde. (Troelstra: Wir waren nicht krank!) Aber Ihr waret in Gefahr es zu werden. (Heiterkeit). Außerdem ist trotz der Verschiedenheit der Staatsformen der Charakter des Staats

und der Gesellschaft überall derselbe: es ist der bürgerliche Staat und die bürgerliche Gesellschaft, die beide auf der Klassenherrschaft beruhen und die Erhaltung dieser Klassenherrschaft durch die Staatsmacht zum Ziele haben.

Allen die gleichen Gedanken aufprägen zu wollen, wie Jaurès den Inhalt der Resolution auffaßt, daran denkt niemand. Wer das wollte, gehörte ins Irrenhaus. Die Resolution bezweckt nichts weiter als die Festlegung der Taktik der Sozialdemokratie in den verschiedenen Ländern innerhalb derjenigen Grenzen, die durch den Klassencharakter des Staates gegeben sind. Deshalb sind Meinungsverschiedenheiten nicht ausgeschlossen. Meinungsverschiedenheiten in einer Partei sind auch kein Unglück; diese haben bei uns in Deutschland nie aufgehört und werden immer bestehen, weil Temperament und Auffassung in jedem einzelnen Falle die Meinungsverschiedenheit erzeugen. Aber was notwendig ist, das ist die Einheit und Geschlossenheit der Sozialdemokratie in jedem Lande, die nur möglich ist, wenn wir nicht nur auf dem gleichen prinzipiellen, sondern in allen Fragen allgemeiner Politik auch auf dem gleichen taktischen Boden stehen. Kein größeres Unglück für die Partei eines Landes als eine Spaltung. Das hat niemand mehr empfunden als wir Deutsche vor 1875 und deshalb sage ich: wehe dem Lande, in dem die Partei gespalten ist.

Man sagt, die Dresdner Resolution sei ein Bannspruch, sie bedeute eine Exkommunizierung und Exkludierung; sie ist weder das eine noch das andre, das zeigen die Vorgänge in Deutschland am besten. Niemand ist exkommuniziert, niemand ist ausgeschlossen worden. Die Resolution ist auf dem Dresdner Parteitag mit 288 gegen 11 Stimmen angenommen worden und unter diesen 11 Gegnern waren kaum wohl zwei, die sie aus Motiven ablehnten, wie sie hier angeführt wurden. Die Resolution war nichts als ein Denkzettel an die Vertreter einer Richtung, welche die Partei als verhängnisvoll betrachtet und verurteilt. Glaubt man aber, an einzelnen Worten der Resolution Anstoß nehmen zu sollen, so sind wir damit einverstanden, daß diese geändert werden. Willst Du z. B., lieber Victor, statt verurteilen (condamner), zurückweisen oder mißbilligen sagen, uns ist es recht. Auch muß die fehlerhafte Uebersetzung in der Guesde-Vaillant'schen Resolution entsprechend dem deutschen Text beseitigt werden, womit, wie ich weiß, die Antragsteller einverstanden sind.

Wir meinen, die Taktik, die wir bisher in Deutschland gegenüber den bürgerlichen Parteien und Regierungen eingenommen haben, könnte und müßte auch in Frankreich und den andern Ländern eingenommen werden. Wir verlangen nicht, daß man irgend welche wertvollen Konzessionen für die Arbeiterklasse zurückweisen soll, kommen sie von welcher Seite es sei. Wir haben das, was wir für wirklich gut hielten, stets angenommen, einerlei ob es die Regierung oder eine der bürgerlichen Parteien bot. Aber wir sagten dafür nicht: danke schön, und das hat uns nicht verhindert, im nächsten Augenblick die Regierung oder diese Parteien auf das entschiedenste und rücksichtsloseste zu bekämpfen, sobald Handlungen oder Absichten vorlagen, die wir als verderblich oder verhängnisvoll ansahen. Wir haben uns alle Zeit unsre volle Freiheit und Unabhängigkeit bewahrt, eingedenk der Tatsache, daß wir einen auf Klassenherrschaft beruhenden Staat uns gegenüber haben. Die Partei aber, die Genosse Jaurès in Frankreich vertritt, befindet sich in einem förmlichen Bündnis mit der Regierung und der hinter dieser im sogenannten Bloc vereinigten bürgerlichen Parteien. Das zwingt diese Genossen, vieles zu unterlassen, was sie im Interesse der Arbeiterklasse fordern müßten, und vieles zu dulden, was sie unter allen Umständen aufs entschiedenste bekämpfen müßten. Eine solche Stellung erzeugt Verwirrung und Unklarheit in den eignen Reihen. Die energischen Elemente werden mißgestimmt, sie sehen in einer solchen Taktik eine schwere Schädigung der Interessen des Proletariats und die Folge ist: man gibt dem Anarchismus Oberwasser und treibt die besten Kräfte in dessen Reihen, wohingegen man eine

Menge zweifelhafter bürgerlicher Elemente in die Partei zu treten anlockt. Ich habe meinen Freund Adler immer im Verdacht gehabt, er sei in seines Herzens Schrein ein verkappter Revisionist (Dr. V. Adler: Oho!), aber was er gestern über die Gefahren und die Bedenken, die gegen Jaurès Taktik sprechen, ausführte, war ausgezeichnet, ich unterschreibe es Wort für Wort.

Die Taktik von Jaurès treibt die bürgerlichen Parteien nicht nach links, sondern nötigt die Sozialisten nach rechts. (Sehr richtig!) Dafür ließen sich aus den Vorgängen in Frankreich eine Menge Beispiele anführen. Millerand trat in das Ministerium als Sozialist. Als aber 1900 die Pariser Weltausstellung stattfand, empfing er zwar den Zaren und empfing dafür einen russischen Orden, aber als der Internationale Arbeiterkongreß tagte, war er für die eignen Parteigenossen nicht zu sehen, geschweige, daß er ein Wort der Begrüßung hatte. Als aber die Delegierten des Kongresses, um eine Pflicht der Dankbarkeit und der Pietät zu erfüllen, an der Mauer der massakrierten Kommunarden auf dem Père Lachaise erschienen, da sandte dieselbe Regierung, der Millerand angehörte, die Vertreter der bürgerlichen irdischen Dreieinigkeit: Infanterie, Kavallerie und Artillerie und ließ die Delegierten durch Polizisten auseinander treiben. Kaum durfte Singer ein paar Minuten sprechen. Das war ein unerhörter Skandal. (Starker Beifall). Das geschah selbst nicht, als 1889 der erzreaktionäre Dupuy am Ruder war. Damals durften wir ungestört tun, was 1900 das radikale Ministerium Waldeck-Rousseau-Millerand unmöglich machte. Hätte Millerand einen Funken von Ehrgefühl im Leibe gehabt, er hätte damals sofort seinen Abschied nehmen müssen. In Deutschland wäre ein solcher Minister ohne Zögern aus der Partei hinausgeflogen.

Jaurès sagt, Frankreich sei eine Republik und Deutschland eine reaktionär regierte Monarchie, deshalb passe die Dresdner Resolution nicht auf Frankreich. Gewiß, wir haben Monarchien und wir werden aufs reaktionärste regiert. Mein lieber Jaurès! Wir beneiden Euch Franzosen um die Republik und noch mehr um das allgemeine Wahlrecht, das Ihr für alle Vertretungskörper besitzt. Aber Eure Republik hat nicht verhindert, daß, so oft in den letzten Jahren in Frankreich ein Streik von einiger Bedeutung ausbrach, nicht nur die Polizei, sondern auch das Militär in Massen gegen die Streikenden aufgeboten wurde. Das heißt, die republikanische Regierung nahm in allen diesen Fällen gegen die Arbeiter und für die Bourgeoisie Partei. Sehr natürlich. Auch die Republik ist ein Klassenstaat, nur hat sie vor der Monarchie voraus, daß sich in ihr die Klassenkämpfe weit unverhüllter abspielen. Unsre Polizei und unsre Justiz hat es bisher an Gewaltstreichen gegen die Arbeiter auch nicht fehlen lassen, aber Militär ist seit dem großen Bergarbeiterstreik von 1889 gegen Streikende nicht aufgeboten worden, wie das in Frankreich bei jedem Streik von einiger Bedeutung geschieht. Und nicht nur in Frankreich. Auch in der republikanischen Schweiz und in der großen Republik jenseits des Ozeans, in den Vereinigten Staaten. Wie in der Schweiz bei jedem größeren Streik die Miliz aufgeboten wird, und zwar gegen die Industriearbeiter mit Vorliebe die Milizen aus den ländlichen Distrikten, hat uns Genosse Moor erzählt. Ich könnte seine Mitteilungen noch bereichern, ich verzichte darauf. Und welche Rolle bei diesen Vorkommnissen mehrere unsrer Minister in der Schweiz gespielt haben, das haben wir ebenfalls gehört. Ich denke, wir haben daran genug und kein Verlangen, wie Moor das für nötig erklärte, noch mehr Erfahrungen dieser Art zu sammeln. Und wie es in den Vereinigten Staaten aussieht, dafür brauche ich nur an die unerhörten Vorgänge der letzten Zeit in Colorado, in Pennsylvanien, Pittsburg usw. zu erinnern; brutaler gegen die Arbeiter kann kein monarchischer Staatsanwalt verfahren. Woher diese verschiedene Behandlung zwischen Monarchie und Republik? Die Monarchie muß wohl oder übel manchmal ihr Prestige noch ein wenig wahren: sie bedarf, wie das zur Zeit unter Bismarck geschah, auch mal der Arbeiter

gegen die Bourgeoisie, sie muß sich den Anschein geben, als stehe sie über den Parteien, wie man das in Deutschland versuchte, indem man die sogenannte Sozialgesetzgebung schuf, über deren Wert wir uns niemals täuschten. In der Republik hingegen ist die Regierung der unverfälschte Repräsentant der herrschenden Klassen, deren Interessen wahrzunehmen ihre Aufgabe ist. Daher ist es auch eine grobe Täuschung, in der Aufnahme eines oder mehrerer Sozialisten in eine Regierung ein Entgegenkommen für den Sozialismus zu erblicken; unsre Gegner wissen ganz genau, daß nicht die bürgerlichen Klassen zu Freunden der Sozialisten, wohl aber ein Teil der Sozialisten zu Freunden der bürgerlichen Klassen wird und die Vertreter der Sozialisten gezwungen werden, die Verantwortung für alle Handlungen einer bürgerlichen Regierung zu übernehmen.

Das klassischste Land in dieser Beziehung ist England. Jederzeit sobald die englischen Arbeiter den Versuch machten, eine politische Macht zu werden, ist sofort die englische Regierung ihnen entgegengekommen; sie machte ihnen nicht nur alle möglichen Konzessionen, sondern nahm auch den einen oder andern ihrer Vertreter als Unterstaatssekretär in die Regierung auf und legte so die Arbeiterbewegung als Oppositionsbewegung lahm. Den vorhandenen Klassengegensatz begriffen die englischen Staatsmänner schon frühzeitig besser als die englischen Arbeiter. Das zeigt Disraeli's Roman „Sybill" aus dem Anfang der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, in dem er bereits von den zwei Nationen spricht, die sich in einem Industriestaat feindlich gegenüberstehen. Dieser Taktik ist es wesentlich geschuldet, daß es bis heute in England keine starke sozialistische Bewegung giebt. Soll das so weiter gehen?

Jaurès nahm auch Bezug auf den Kampf gegen den Klerikalismus, den sie in Frankreich führten und der durch die Annahme der Dresdner Resolution unmöglich gemacht werde. Ich weiß nicht wieso. In Eurem Kampfe gegen den Klerikalismus, werter Genosse Jaurès, hindert Euch die Dresdner Resolution nicht im mindesten. Ihr könnt auch nach der Dresdner Resolution jeden Augenblick mit einer bürgerlichen Partei zur Erreichung eines bestimmten Kulturfortschritts zusammengehen; was die Resolution verwirft, ist ein dauerndes Bündnis unter Preisgabe oder Zurückstellung unsrer Klassenforderungen. In diesem Kampfe gegen den Klerikalismus sympathisieren wir mit Euch, wir billigen diesen Kampf, wenn wir auch vielleicht nicht immer die Mittel, die Ihr anwendet, gutheißen, doch darüber spreche ich nicht. Täuscht Euch aber nur nicht über Eure Bundesgenossen; ob diese so weit gehen, wie sie gehen müßten, darüber habe ich starke Zweifel. Auf den lieben Gott als Bundesgenossen kann auch die Bourgeoisie nicht verzichten. Dann betrachten wir weiter das französische Steuersystem, gegen das das Steuersystem im junkerlichen Preußen als ein Ideal erscheint. Kein ungerechteres, die arbeitenden Klassen härter belastendes Steuersystem als das französische. Einer Regierung, die ein solches Steuersystem aufrecht erhält, bewilligte ich keinen Groschen.

Unser Standpunkt muß also sein: für alle Maßregeln stimmen, welche der Arbeiterklasse ernsthaft nützen, und alle Maßregeln entschieden bekämpfen, die sie schädigen, bei Wahrung unsrer vollkommenen Handlungsfreiheit und Unabhängigkeit.

Die Dresdner Resolution greift nicht stärker in die Unabhängigkeit der französischen Sozialisten ein, als dies die Resolution Kautsky, für welche Jaurès und seine Freunde 1900 stimmten, tut. Aber diese Resolution von 1900 genügt nicht, wie die Erfahrung zeigte, deshalb gehen wir einen Schritt weiter. Gewiß, man kann auch die Taktik nicht für immer und für alle Fragen festlegen, denn die Taktik ändert sich, wie die Verhältnisse sich ändern. Das hat sehr drastisch einmal Liebknecht dargetan, indem er sagte: Wenn nötig, ändere ich in 24 Stunden die Taktik 24 mal. Aber sie darf niemals mit unsern Grundsätzen

in Widerspruch geraten. Aber so lange wir es mit einem Klassenstaat zu tun haben, bleiben auch die Grundlinien der Taktik dieselben, und mehr verlangt die vorgeschlagene Resolution nicht.

Beachtet wohl, Ihr französischen Genossen, für Eure Fehler müssen auch wir büßen und umgekehrt, darum wollen wir uns nach Möglichkeit gegenseitig vor solchen Fehlern schützen. Wie immer wir im einzelnen Falle unsre Taktik einrichten müssen, eines dürfen wir nie vergessen: innerhalb der bürgerlichen Welt bleiben die Klassengegensätze bestehen und verschärfen sich immer mehr. Darum ein Hüben und Drüben nur gilt; hie Bourgeoisie, hie Proletariat! Keine Versöhnung ist möglich! Also Kampf bis zum äußersten! (Stürmischer Beifall.)

Macdonald-England (Unabhängige Arbeiter-Partei) erklärt, daß nach seiner Auffassung alle diese persönlichen Streitigkeiten für einen internationalen Kongreß zu unbedeutend seien. Jedes Land muß das Recht haben, den Sozialismus auf seinem eignen Wege zu verwirklichen. Die Annahme der Dresdner Resolution wird eine Spaltung zur Folge haben, das wäre ein Verbrechen. Den Engländern schadet das Eintreten der Deutschen für bürgerliche Kandidaten bei Stichwahlen viel mehr als die ganze Richtung Jaurès.

Iglesias-Spanien: Der Kongreß hat das Recht, in bezug auf die Taktik Regeln aufzustellen. In Spanien haben die Handlungen, für die Millerand die Verantwortung trug, den Anarchisten Waffen geliefert, sie schilderten das französische Regime so: „Keine Freiheit für die Arbeiter, Ausweisung der fremden Sozialisten, Truppensendungen in Streikgebiete." Und wir mußten uns darob schämen und daher laut erklären: Der Mann gehört nicht zu uns! Man sagt, es ist normal, daß es auch im Sozialismus einen rechten und linken Flügel gibt; aber wir müssen aufpassen, daß dieser rechte Flügel nicht eines Tages rechts von der Partei steht.

Hillquitt-Amerika hält die Pariser Resolution von 1900 für damals zweckentsprechend; heute müssen wir weiter gehen, deshalb ist die Dresdner Resolution für jetzt die denkbar glücklichste Ueberwindung der Schwierigkeiten. Man braucht sich nicht davor zu fürchten, eine Politik zu verdammen; wir haben das schon öfters getan; Hauptsache ist, daß die sozialistische Bewegung auf dem Boden des Klassenkampfes bleibt.

Troelstra-Holland: Meine Partei hat nicht erst heute, sondern von jeher den Standpunkt in Theorie und vor allem auch in der Praxis vertreten, der jetzt internationale Regel werden solle. Auch die Holländer haben eine bürgerliche revolutionäre Tradition, aber wir haben niemals Koalitionen mit bürgerlichen Parteien abgeschlossen und haben in der Kammer von der bürgerlichen Regierung wahrscheinlich weniger Konzessionen angenommen als jede andre sozialistische Fraktion in andern Parlamenten. So müssen wir daher erklären, daß wir für die dauernde Verbindung Jaurès mit den bürgerlichen Parteien jede Verantwortung ablehnen. Die holländische Delegation hat eine selbständige Resolution beschlossen, die jede Verdammung einer andern Richtung ablehnt. Das Unrecht ist, daß man in Hannover begonnen hat, gegen den „Revisionismus" zu eifern, während er doch nur eine vage Strömung mit keinerlei bestimmten Vorstellungen war; der deutsche Revisionismus ist heute noch bloß eine literarische Strömung, weiter nichts. Kautsky hat dagegen ein gutes Buch geschrieben, aber es war total verkehrt, daß Bebel dagegen eine fulminante Rede gehalten hat. Wir sind gegen Staatsgottesdienst und gegen Staatswissenschaft. Eine große Partei wie die deutsche sozialistische ist eine Art Staat im Staate, ein gewaltiges Stück politischer Macht. Erst wenn der Revisionismus aus der Literatur zur Tat übergeht, ist für die Partei die Zeit gekommen, gegen ihn aufzutreten. Dresden ist die Fortsetzung von Hannover; der Streit tobt weniger zwischen Kautsky und Bernstein, als zwischen Bebel und Vollmar. Auch in Dresden war ebensowenig von

revisionistischen Taten die Rede wie in Hannover. Trotzdem brachte man Bernstein in den Reichstag und dort verrichten die Revisionisten ein ebensogutes Stück parlamentarischer Arbeit wie die andern. In der Praxis verdammen die beiden Richtungen einander nicht, sondern wirken zusammen in dem großen Kampf. Die beiden Richtungen gehören in der Partei zusammen und machen zusammen erst ihr Wesen aus. Wir müssen nur darauf achten, daß nicht aus Antirevisionismus wie in Italien die Linke anarchistisch und antiparlamentär wird und nicht aus Antiradikalismus die Rechte — bürgerlich. Wir bedauern, daß, was in Frankreich ursprünglich nur eine vorübergehende Koalition war, eine dauernde Einrichtung geworden ist. Und die Republik! Sie ist ein hohles Faß, in das man alles gießen kann. Wenn wir einmal die Herrschaft erringen, müssen wir unsre eigene Republik errichten.

Dr. **Victor Adler**-Oesterreich: Ich bin erstaunt, daß mich Bebel und Plechanow für einen verkappten Revisionisten halten. (Plechanow: Das habe ich nicht gesagt!) Nein, Sie haben es nur geschrieben. (Große Heiterkeit.) (Plechanow: Es war ja nur eine Prognose!) Ach ja, eine falsche Prognose schadet nicht immer dem Kranken, blamiert aber stets den Arzt. (Große Heiterkeit.) Bebel wirft mich und Vandervelde, weil wir die Dresdner Resolution besser formulieren wollen, gar zu den Jaurèsisten. (Jaurès: Pfui! — Stürmische Heiterkeit.) In Troelstras Rede war fortwährend von zwei Tendenzen in der Partei die Rede. In jedem Menschen sind zwei Tendenzen. In Bebel steckt genau soviel Revisionismus wie in mir. – Plechanow hat gesagt: Was man nicht will, muß man verurteilen. Aber ich habe immer dem das Urteil überlassen, der die Verantwortung trägt. Gerade die, die hier am lautesten nach internationaler Einigkeit schreien, die Russen und Franzosen, sind in der nationalen Partei am meisten gespalten. (Plechanow: Die russischen Marxisten nicht!) Ja, wenn man alle widerstrebenden Elemente aus der Partei herauswirft, kann man leicht eine einheitliche Taktik erzielen. (Heiterkeit.) Ich halte es für sehr schwer, aus der Ferne über Taktikfragen zu entscheiden. Bei Plechanow hingegen scheint diese Fähigkeit mit dem Quadrat der Entfernung zu wachsen. (Große Heiterkeit.) Den allgemeinen Grundzug der Politik, der sozialistischen Taktik können wir angeben, mehr nicht. (Lebhafter Beifall.) (Da es inzwischen dunkel geworden ist, übersetzt Vandervelde diese Rede von 20 Minuten aus dem Kopf wortgetreu ins Französische.)

Die schweizerische Delegation hat eine Protestresolution beschlossen, daß ihr Wortführer Moor nicht die Meinung der Delegation, sondern seine persönliche Auffassung vor der Kommission vertreten habe.

* * *

Vierte Sitzung. — Mittwoch vormittag 1/2 10 Uhr.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Troelstra wird beschlossen, daß nur noch diejenigen Nationen bezw. Gruppen zu Worte kommen sollen, deren Vertreter bisher noch nicht gesprochen haben; doch soll Jaurès das Schlußwort haben.

Fournemont-Belgien: Die Dresdner Resolution enthält Regeln, die vielleicht in höchstens fünf oder sechs Ländern demnächst Anwendung finden können, nämlich dort, wo sich die Frage der Teilnahme am Ministerium oder der Allianz mit der bürgerlichen Partei erhebt. Am besten würde es sein, zu zeigen, was in unsern hier in Frage kommenden Ländern sich abspielt. In Belgien haben wir während der letzten zwei Jahre mit den Liberalen den Kampf geführt für die Eroberung des allgemeinen Stimmrechts. (Zwischenruf Vanderveldes: Und zwar vollkommen unabhängig.) Aber gewiß, auch die andern sind völlig unabhängig. Aber wenn in solchem Falle innerhalb der Partei sich zwei Strömungen geltend machen, muß man die brüderliche Formel finden, welche alle Kräfte für die gemeinsame Aktion einigt. Aber es ist unmöglich, ich wiederhole das, noch einmal ein Verdammungsurteil auszusprechen. Die

belgische Delegation hat daher ihren Vertretern den Auftrag gegeben, einen Wortlaut auszuarbeiten, der nicht gegen eine Person ausgelegt werden kann. In der Dresdner Resolution ist aber eine solche Tendenz gegen einzelne Genossen wahrnehmbar.

Renaudel (von der jaurèsistischen Minderheit): Den bisherigen Rednern sind gewisse Tatsachen unbekannt geblieben. Man hat unserer ganzen Partei jaurèsistische Tendenzen zugeschrieben, ohne damit zu rechnen, daß auch hier eine Minorität vorhanden ist und daß die Aktion der Gruppen derjenigen der Abgeordneten manchmal etwas entgegengesetzt ist. Ein andrer Irrtum ist zu glauben, daß die französische Sozialistenpartei in der Frage der russischen Alliance nicht einstimmig gewesen sei gegen alle Elemente der Bourgeoisie, welche jene Alliance begünstigte. In der antiklerikalen Politik sind, als Millerand seinen bekannten Vorstoß unternahm, die Abgeordneten der sozialistisch-revolutionären Einigkeit für das Ministerium eingetreten. Das war der Irrtum Bebels in bezug auf diese heikle Situation. Ich muß nun wohl auch die Gründe anführen, die uns veranlaßt haben, in unsrer Partei zu bleiben. Die Resolution Kautskys ist uns als eine genügende Garantie erschienen und andrerseits wollten wir auch nicht das gemeinschaftliche Kampffeld verlassen und glaubten damit, unsere Kameraden zu hindern, in ihrem völlig guten Glauben schließlich soweit auf ihrem Weg zu gehen, daß sie sich vom internationalen Sozialismus getrennt hätten oder ausgeschlossen worden wären. Man hatte uns gesagt, daß wir diese Abweichung gedeckt hätten. Aber ist diese Abweichung nicht erst möglich geworden durch die Haltung gerade derer, die uns diesen Vorwurf machen? Wenn sie bei uns geblieben wären, würden wir diese Frage unter uns geregelt haben, wie man sie geregelt hat unter den italienischen und deutschen Kameraden. In Frankreich hat es diese Abweichung gegeben, weil es mehrere sozialistische Einigkeiten gibt (Lachen.) Die Dresdner Resolution ist gefährlich, weil sie beide Strömungen in unsrer Partei zum Gegner hat. Ich spreche vollständig offen über die reformistischen oder vielmehr „gesetzlichen" Tendenzen, welche wir in unsrer Gruppe bekämpfen. Das allgemeine Stimmrecht ist in der kapitalistischen Gesellschaft kein genügendes Kampfmittel, um die soziale Umwandlung herbeizuführen. Unsre Gruppe ist daher für den Generalstreik. Die Arbeiterklasse wird mehr und mehr diejenigen Mittel anwenden, die ihr speziell eigen sind. Die parlamentarische Aktion darf nicht vorherrschen. Der Irrtum unsrer Abgeordneten rührt daher, daß sie, weil sie nicht genügende Arbeitermassen hinter sich haben, durch ein System der Konzessionen von der Regierung erreichen wollen, was das organisierte Proletariat nicht aus eigener Kraft erringen kann. Auf der andern Seite kann die Dresdner Resolution, die nur das Vergangene sieht, nicht genügen, Sie müssen genau die Verantwortlichkeiten und die Tatsachen anführen, die Sie verdammen wollen. Ihre Resolution darf keinen zweideutigen Charakter haben, und schließlich kann ich für meine Gruppe erklären, daß wir in bezug auf die Einigkeit der Partei vollständig die Meinung Ferris teilen.

Belfort-Bax (Sozialdemokratische Federation von England) polemisiert gegen Macdonald von der Unabhängigen Arbeiterpartei, die keine sozialistische Organisation sei und deren Kandidaten entweder nicht Sozialisten seien oder nicht als Sozialisten aufgestellt werden. Macdonald vertrete nur eine Minderheit der englischen Delegation, er die Mehrheit, die auf dem Boden der Dresdner Resolution stehe, nur die Stelle von der „zivilisatorischen" Aufgabe müsse abgeändert und der sozialistische Gedanke hervorgehoben werden. Heute verstehe man unter zivilisatorischer Aufgabe immer nur den kapitalistisch-zivilisatorischen Begriff. Jaurès' großer Einfluß in Frankreich erkläre sich aus seiner großen Persönlichkeit. Was aber, wenn Jaurès einmal weg sei? Muß man da nicht **konsequenterweise Millerand wiederum holen**?

Um 3/4 1 Uhr wird die Sitzung auf 2 Uhr vertagt.

Fünfte Sitzung. Mittwoch nachmittag 2½ Uhr.

Nemec-Prag: Je länger die Diskussion dauert, umso klarer erscheint die Notwendigkeit, daß hier eine klare Richtschnur gegeben wird, wenn nicht das Proletariat desillusioniert und degoutiert werden soll; schon heute sehen wir als Folge dieser grundsatzlosen Taktik das Anwachsen des Anarchismus in Berlin, in der Schweiz und der österreichischen Bergarbeiterbewegung, denn man macht uns in Deutschland, in Böhmen usw. für die französische Politik verantwortlich. Ich halte die hier zitierte „anonyme" Politik von Jaurès für nicht so gefährlich wie die Millerandistische; der Kampf gegen den Klerikalismus ist den Massen verständlicher. Jaurès opfert dem Augenblickserfolg zu viel; es ist ausgeschlossen, daß die Arbeiterklasse vom Bürgertum Konzessionen erhält, die seine Klassenlage ändern. Der Revisionismus ist keine bloße literarische Frage, wie Troelstra sagt, sondern eine bestimmte Richtung, die sich nur noch nicht hat durchsetzen können. Er sei für die Dresdner Resolution.

Rapin (Lausanne): Moor hat nicht die Auffassung der schweizer Delegation wiedergegeben; im Gegenteil, er widersprach dem Geiste der schweizer Resolution; auch seiner Schilderung der schweizer Verhältnisse in bezug auf die angeblich schlimmen Folgen sozialistischer Ministerschaft widersprechen die ältesten schweizer Genossen, wie Greulich, Lange, Seidel. In Zürich z. B. haben wir die besten Erfahrungen gemacht. Die internationale Festlegung einer bestimmten Taktik kann erst dann erfolgen, wenn sie sich bereits als allgemein anerkannt durchgesetzt hat. Auch über den Parlamentarismus mußte erst die Meinung sich klären und die Erfahrung sprechen. Was sehen wir aber heute? Der Wunsch auf internationale Festlegung der Taktik kommt aus einem Lande, wo die Partei selber noch nicht einmal darüber einig. Sollen wir da nicht lieber warten, bis die Partei des eignen Landes darüber einig? Die Dresdner Resolution verbietet Teilnahme an der Regierung rundweg. An welcher Regierung? An der Zentral-Regierung? Wie dann in Föderativ-Staaten gleich der Schweiz? Und wie ist es mit der Gemeinde? Bei uns haben Gemeinden und Kantone oft die gleichen Legislativen und administrativen Rechte. Staat und Stadt Genf z. B. haben nahezu gleiches Budget und gleiche Befugnisse — wohin kommen wir also? Dürfen wir an der Regierung des Kantons Genf nicht teilnehmen, wohl aber an der der Stadt Genf? Wir dürfen daher auch keine Verweise geben. Mit dem Verweis beginnt man, mit der Verdammung endet man. Die für die Taktik in Frage kommenden Verhältnisse jedes einzelnen Landes sind schon schwer zu beurteilen, wie sollen wir erst die in andren Ländern endgültig bestimmen? Nicht um Jaurès zu beschützen, stimmen wir gegen die Dresdner Resolution, wir würden uns auch hüten, solch alten Kämpfern wie Vaillant, Guesde zu sagen: Ihr kennt die Verhältnisse Eures Landes nicht, wir, die kleine Schweiz, wollen Euch auf den rechten Weg weisen.

Katayama (Japan): Ich halte mich nicht für kompetent zur Entscheidung dieser Frage. Für Japan habe ich immer die Taktik gelehrt: nur mit eignen Kräften zu kämpfen. Auch in Japan sind Professoren und bürgerliche Sozialreformer aufgetreten für Arbeiterschutzgesetze, aber nicht als Sozialisten und nicht im Interesse der Arbeiter, sondern dem der bürgerlichen Gesellschaft.

Knudsen (Dänemark): Ich stehe ganz auf dem prinzipiellen Boden der Dresdner Resolution; aber ich kann die darin ausgesprochene Verdammung nicht annehmen. Ueber unser Endziel sind wir alle einig; das Wort „Revisionismus" halte ich nur für ein hohles Schlagwort, hinter dem nichts steht; niemand denkt an Aufgeben der revolutionären Endziele oder Selbstbegnügsamkeit mit ein paar Reformen. Wir haben in Dänemark seit 36 Jahren von Fall zu Fall mit bürgerlichen Parteien Bündnisse abgeschlossen, aber niemals unsre sozialistischen Forderungen aufgegeben. Als eine Volkspartei, die den Volkswillen zum Ausdruck bringen will, müssen wir auch für eine Minderheits-

Regierung eintreten. Denken wir uns eine bürgerlich=radikale Partei, die vielleicht gerade mit Rücksicht auf die sozialistischen Arbeiter revolutionär auftreten muß, dann müssen wir für sie eintreten und an einer solchen Regierung teilnehmen. Fehlt diese revolutionäre Voraussetzung, dann nicht. Wenn die Schweizer mit ihren Regierungsräten Enttäuschungen erlebt haben, dann liegt die Schuld wohl an den schweizer Genossen. Man darf nicht an einer Regierung teilnehmen, um Macht zu gewinnen, sondern man nimmt teil, weil man stark genug dazu ist. Er beschwört die Franzosen zur Einigkeit und erklärt ebenso wie Schweden und Norwegen sich für die Resolution Vandervelde=Adler.

Branting (Schweden): Im großen und ganzen kann ich mich Knudsen anschließen. Wir Schweden, die wir selber unter Ausnahmezuständen leben, ohne Wahlrecht, wissen wie schwierig es ist, eine richtige Taktik nicht bloß aufzustellen, sondern, auch zu befolgen. Das beste für uns wäre, ohne Bündnisse auszukommen, wir aber mußten die Radikalen, die für das allgemeine Stimmrecht sich erklärten, wiederholt unterstützen, um das konservative Regiment nicht zu befestigen, immer aber haben wir unsre prinzipielle Stellung gewahrt. Wir können nicht für den französischen Antrag stimmen; wir Schweden maßen uns kein besseres Urteil an als die französischen Genossen, die zwar dem „Bloc" angehören, von denen wir aber wissen, daß sie es mit dem Sozialismus gut meinen. Der gegenwärtige Kampf gegen den Klerikalismus in Frankreich ist so wichtig, daß er die Unterstützung der Regierung rechtfertigt. Die Resolution Kautsky ist geradezu beleidigend für Jaurès; da kann ich nicht mittun. Am liebsten würden wir für den Schweizer Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung stimmen; da nun die Resolution Adler=Vandervelde den positiven Inhalt der Dresdner Resolution wiedergibt, ohne die verurteilende Tendenz, besonders gegen einen Genossen, der auch nach schwedischer Auffassung viel für die Sache des Sozialismus getan hat, stimmen wir für diese.

Kringen (Norwegen): Wir in Norwegen haben das allgemeine Wahlrecht und das Frauenstimmrecht mit Hilfe der Liberalen errungen; nachher blieben wir aber trotz dieses Bündnisses so unabhängig wie vorher. Deshalb schließen wir Norweger uns ganz der Auffassung Brantings an.

Rosa Luxemburg (Polen): Kein einziger Redner hat Jaurès' Haltung verteidigt. Was hat man diese zwei Tage anders gemacht als Jaurès verurteilt, obwohl man ihn angeblich nicht verurteilen wollte. Das ist die historische Bedeutung dieser drei Tage. Jaurès warnt vor Aufstellung allgemeiner Regeln, die doch nicht innegehalten werden können. Seit wann ist Jaurès so gewissenhaft? Wiederholt hat er und seine Freunde Kongreßbeschlüsse übertreten. Was können wir andres tun, als Regeln für die praktische Taktik aufzustellen. Unterlassen wir das, welche Bedeutung haben dann noch Kongresse, unsre internationale Solidarität? Jaurès macht aus dem Klassenkampf, aus der internationalen Solidarität eine Phrase. Renaudel ist nur der Kugelfänger Jaurès. Wenn ein sozialistischer Minister in einer bürgerlichen Regierung seine Grundsätze nicht durchführen kann, so ist es eine Sache der Ehre abzutreten; wenn ein Revolutionär in einer gemäßigten Partei seine Grundsätze verleugnen muß, so gebietet seine Ehre ihm zu gehen. Ich will die Renaudelsche Einheit nicht; die Zerrissenheit ist bedauernswert, aber sie ist da. Und nichts ist revolutionärer, als zu erkennen und auszusprechen, was ist. Vollkommene Resolutionen sind noch nie gemacht. Die Dresdner Resolution ist nicht bloß ein Stück Papier, sondern eine historische Thatsache, ein Symbol, nehmt sie an und Ihr erweist der Sache des Sozialismus einen großen Dienst!

Jaurès: Wenn Sie dem Rate der Genossin Luxemburg folgten, bedeutete das nicht bloß den völligen Bruch in Frankreich, sondern das Hinübertragen der Spaltung in andre Länder. Hier handelt es sich, sagt man, nicht um Personenfragen, sondern um einen Meinungskampf. Man will uns hier natürlich nicht

die Köpfe abreißen, sondern nur die Ideen vernichten, die darin wohnen — mit unsren Köpfen kann dann nachher geschehen, was da will . . . . Eine große Freude habe ich darüber empfunden, daß unser eminenter Lehrmeister und Kamerad K. Kautsky viel ministerieller und einer Beteiligung von Sozialisten an der Regierungsgewalt viel freundlicher gegenübersteht, als ich es mir hätte träumen lassen. Als ich hörte, daß Kautsky die Möglichkeit einer Beteiligung an der Regierungsgewalt im Falle einer nationalen Gefahr, daß er die Teilnahme Blanquis an der Regierung einer Bourgeoisrepublik, um einen eindringenden Feind von den Landesgrenzen abzudrängen, anerkennt, da fragte ich mich, ob der Ministerialismus zu einem Bestandteil der orthodoxen Lehre wird, sobald er mit Nationalismus verquickt ist, und warum denn eigentlich der Proletarier zu entschuldigen sein soll, der den Klassenkampf drangibt, um an der Verteidigung des Landes mitzuhelfen, das verwaltet und ausgebeutet worden war — von der Bourgeoisie? Ich fragte mich, ob politische und geistige Freiheit, Organisationsmöglichkeit und dergleichen für den Proletarier nicht ebenso wichtig sind, wie das heutige „Vaterland"? Ja, ich muß gestehen: in seiner ganzen Feinheit kann ich den nationalistischen Ministerialismus Kautskys nicht begreifen!

Das Problem, das uns hier beschäftigt, hat internationale Bedeutung; wenn es in Frankreich besonders dringlich geworden ist, so deshalb, weil hier die politischen Umstände dem Proletariat die direkte oder indirekte Teilnahme an der parlamentarischen Regierungsgewalt besonders nahelegen. Und ich halte meine Behauptung aufrecht: in dem Maße, wie sich das sozialistische Leben in jedem Lande entwickelt, in dem Maße vermischt es sich enger mit dem Leben des Landes selbst; in einem gewissen Umfange nimmt es selbst den Charakter dieses Landes an, und während es leicht ist, allgemeine Regeln der sozialistischen Politik aufzustellen, wird es immer schwieriger, die Haltung der sozialistischen Parteien in dem Wirrwarr komplizierter und wechselnder Fragen der Entwicklung eines einzelnen Landes zu kontrollieren. Ein internationaler sozialistischer Kongreß muß daher notwendig vorsichtig mit der Aufstellung von Regeln sein. Als Beweis dafür brauche ich ja nur auf die vielfach ganz irrtümliche Beurteilung zu verweisen, die die Politik meiner Partei hier erfahren hat. Die bittere Kritik Bebels und Kautskys zog nicht, wie richtig gewesen wäre, die Gesamtleistung, das Erreichte, in Betracht, klammerte sich an mehr oder weniger bedeutungsvolle und bezeichnende Einzelheiten an, die aber nicht ausreichen, einer Politik einen bestimmten Stempel aufzudrücken.

Zunächst haben wir geholfen, die republikanische Verfassung in Frankreich zu retten, in jenen Tagen, als ein reaktionärer Staatsstreich jeden Augenblick zu gewärtigen war. Ferner haben wir die Verweltlichung der Schulen gefördert, die Sicherung der Geistesfreiheit, die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Organisation des Proletariats; und endlich haben wir der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa große Dienste geleistet, indem wir die inneren Zustände Frankreichs konsolidierten. Ich weiß wohl, daß Republik und soziale Gerechtigkeit nicht gleichbedeutend sind; sie genügte allein nicht, um den Fortschritt zu garantieren. Aber in Frankreich ist sie eine notwendige Voraussetzung des Fortschritts, und darum muß hier das Proletariat in seinem ureigensten Klasseninteresse die Republik verteidigen. Die Monarchie ist lediglich aus egoistischen Gründen sozial. Der Umsturz der Republik in Frankreich würde der Reaktion in ganz Europa neue Kraft geben: darum haben wir dem gesamten internationalen Proletariat einen Dienst erwiesen, als wir ihren Bestand in Frankreich sicherten.

Unser Kampf gegen den Klerikalismus hat nichts mit dem lächerlichen „Kulturkampfe" Bismarcks zu tun. (B e b e l : Das gebe ich zu!) Er ist historisch gegeben und wird zur dauernden und vollständigen Trennung von Staat und Kirche führen. Man hat den Bankerott dieser Politik prophezeit, Rosa Luxem-

burg in der „Neuen Zeit" — die Tatsachen haben sie Lügen gestraft — dem Kampf gegen die Orden ist die Verjagung der Pfaffen aus der Schule gefolgt. 1871 war Gambetta, der Führer der bürgerlichen Demokratie, und Blanqui, der Führer des revolutionären Kommunismus, einig darin, daß dies die erste Aufgabe der Demokratie sei. Blanqui erklärte offen: Und wenn wir 20 Jahre lang bloß darum kämpfen müssen und dafür alle Beleidigungen der Sykophanten ertragen müssen, die uns anklagen werden, unsre revolutionären Ideale verraten zu haben: das Wichtigste bleibt: Erziehung der Jugend durch Verweltlichung unsrer Pfaffenschulen. Ich weiß nicht, ob das ein Klassenprogramm ist und ob Blanqui damit den Klassenkampfstandpunkt aufgegeben hat. Wir haben jedenfalls alles getan, um diese Forderung durchzusetzen, dafür aber hier auf dem Kongreß nur Worte des Zweifels, des Tadels, der Kritik und Abneigung geerntet! Indes das klerikale Problem steht in jedem Lande auf der Tagesordnung — und nur in Frankreich hat der Klerikalismus Niederlagen erlitten. Durch uns, die man hier tadelt!

Aber man glaube doch nicht, daß wir durch unsre antiklerikale Politik von andren Aufgaben ferngehalten worden sind. Das behauptet man zwar, und einer schwatzt es immer dem andern nach, aber wahr ist es deshalb doch nicht! Wir haben in Frankreich den Anfang durchgreifender sozialer Reformen durchgesetzt: in einer Reihe von Industrien den gesetzlichen Zehnstundentag für männliche erwachsene Arbeiter; auch hat die Deputiertenkammer für den Achtstundentag für Bergarbeiter gestimmt; Arbeiterversicherungsgesetze schlossen sich an, Gesetze zur Sicherung der Streikfreiheit usw. In unsren Staatswerkstätten haben wir den Achtstundentag und unsre Staatsarbeiter dürfen — Sozialisten sein! Auch mit den Untaten der bewaffneten Macht bei den Streiks ist es vorbei.

Nicht gering darf man, glaube ich, unsre Verdienste um die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens einschätzen. Die deutschen Genossen haben davon freilich so gut wie nichts erfahren, und es ist erstaunlich, daß sie diese Seite unsres Wirkens nicht besser kennen. Wir haben unsre Popularität in Frankreich auf das Spiel gesetzt, um dem Toben der nationalistisch-chauvinistischen Horde entgegenzutreten! Wir haben die Annäherung Frankreichs an Italien und England gefördert, weil dadurch die Abhängigkeit Frankreichs von Rußland gemindert wird und der Militarismus einen Stoß erhält.

Haben wir nun aber das „Prinzip" geopfert, um diese Erfolge zu erzielen? Vaillant und Vandervelde haben gesagt, man dürfe und habe Ministerien nur unterstützt unter Wahrung der eignen Unabhängigkeit: ja wo haben wir denn die unsre preisgegeben? 1895, ehe die Spaltung bei uns eintrat, haben alle französischen Sozialisten, auch Guesde, ein bürgerliches, gegnerisches Ministerium unterstützt! Was machen wir heute anders? Nur, daß damals unsre Genossen sich noch einen freieren und weiteren Blick bewahrt hatten. Die Genossen aus den Ländern, die der Konstitution ermangeln, oder, wie Deutschland, kein parlamentarisches Regiment kennen, haben leicht reden: Habt erst einmal die Verantwortung, dann werdet ihr anders sprechen als heute! Wie die deutschen Sozialdemokraten im Reichstag stimmen, ist für den Bestand eines Ministeriums gleichgültig: wenn es anders wäre, wenn die Entscheidung zwischen einem reaktionären und einem fortschrittlichen bürgerlichen Ministerium in ihren Händen ruhte, dann würden sie rufen: „Wir tun, was uns dem Proletariate am gedeihlichsten dünkt; wir haben Vertrauen zum Proletariat!" Nun, wir haben dies Vertrauen gehabt und das Proletariat hat es erwidert. Wir stehen in voller Unabhängigkeit da, haben nur das Klasseninteresse des Proletariats im Auge. Man stellt es geflissentlich so hin, als ob wir von dem „Bloc" abhingen; aber wissen Sie nicht, daß die Reaktionäre behaupten, ich sei der Diktator des „Bloc?" Also auf der einen Seite der Gefangene, auf der andren der Diktator! Nein, weder das Eine noch das Andre! Ich diene frei dem

Proletariats. Man sage uns, wo wir die Interessen des Proletariats verletzt, wo wir das Prinzip des Klassenkampfes preisgegeben haben. Vandervelde will die liberale Regierung unterstützen, die den Militarismus bekämpft, das allgemeine Wahlrecht und Schulpflicht gibt. Ist unser Programm ärmer? Vaillant hat, um das Kabinett Bourgeois nicht zu stürzen, sogar beim Anarchistengesetz sich der Abstimmung enthalten. Haben wir große Städteverwaltungen und Wahlkreise verloren? (Guesde verlangt das Wort.) Niemals haben wir den Klassenkampf verleugnet, aber mit unsrer Taktik haben wir den Nationalismus überwunden und 43 Mandate für die Sache des Proletariats erobert! Ist das Verrat am Klassenkampf und Korruption? (Beifall.)

Jules Guesde: Seit zwei Tagen sitzen wir hier und antworten auf keinen der gegen uns geschleuderten Angriffe. Wir haben auch geschwiegen, als Jaurès uns anklagte, wir hätten die Hilfe des Kongresses erbeten durch unsern Vorschlag der Annahme der Dresdner Resolution, weil wir diese Hilfe notwendig hätten, um den Kampf gegen seine Fraktion zu führen. Wir haben auch geschwiegen, als Jaurès erklärte, wir seien in der Minderheit und er und seine Freunde hätten die Mehrheit der Arbeiterklasse hinter sich. Beides ist falsch. Wir haben den internationalen Kongreß gebeten, die Dresdner Resolution anzunehmen, weil sie eine Frage von internationaler Bedeutung regelt. Und Ihre Mitgliederzahl ist seit einem Jahre von 12000 auf 8000 gesunken, die unsre von 15000 auf 17000 gestiegen. Wohl haben Sie 32 Abgeordnete, wir nur 12, aber Ihre Deputierten waren Regierungskandidaten, ich fordere Sie auf, auch nur einen Ihrer Kandidaten zu nennen, der gegen einen ministeriellen Republikaner gewählt worden wäre (Pressensé unterbricht den Redner: Ich bin im Rhônedepartement gegen einen ministeriellen Kandidaten gewählt, der sich Thévenet nennt. (Lachen, Beifall, Protest.) Ihr Fall ist die Ausnahme, die die Regel bestätigt. Jaurès hat dann unsre Niederlage in Lille angeführt, diese ist aber nur das Werk des Verrates seiner Freunde, die in Lille mit den bürgerlichen Republikanern den Kampf gegen uns führten. Sie haben gar nicht das Gefühl des Klassenkampfes, von dem Sie sprechen, Sie haben ihn niemals praktisch geführt. Man sieht das sehr gut an der Art Ihrer Rettung der Republik. Wohl ist die Republik für uns wie für Marx das ideale Terrain der Revolution, aber warum? Weil sie die Klassengegensätze unmittelbar und deutlich zu Tage treten läßt, ohne daß sie durch dynastische Berechnungen verfälscht werden. Diese Ueberlegenheit des republikanischen Regimes verschwände aber, sobald, wie es Jaurès will, das Proletariat, um die Republik zu retten, wenn sie in Gefahr ist, jedesmal seine Forderungen aufgeben müßte. Dann würde die Republik die schlimmste der Regierungsformen. Sie rühmen die Trennung von Staat und Kirche, die Befreiung der Gehirne? Aber alles das soll erst kommen. Jaurès hat aber selbst angedeutet, für die Trennung von Staat und Kirche sei eine Mehrheit nicht zu haben. Nehmen wir aber an, daß die republikanische Bourgeoisie diese Trennung durchführen würde, so hätte man nicht das Recht, von einer Befreiung der Gehirne zu reden. Schauen Sie nach Amerika, wo die Kirchen vom Staate getrennt sind! Das Land ist trotzdem verpfafft, weil eben keine geistige Befreiung möglich ist vor der völligen Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft. Soll ich noch von dem Zehnstundengesetz sprechen, von dem Sie sich das Verdienst zuschreiben? Aber der Zehnstundentag für Frauen und Kinder und damit auch für die Männer in den gemischten Betrieben ist schon 1892 beschlossen worden, nur wurde seine Ausführung um 10 Jahre verzögert. Sie haben angekündigt, daß eine Arbeiter-Invalidenunterstützung in Vorbereitung sei; aber sie gewährt den Arbeitern nicht einmal so viel, als in der Monarchie der Hohenzollern die Arbeiter errungen haben. Und was Ihre Verdienste um den Frieden anbelangt, so waren nicht Sie es, sondern wir, die die russische Allianz von Anfang an als

kriegsschwanger bekämpften, ebenso wie die Kolonialpolitik. Sie haben dagegen das Militär- und Kolonialbudget bewilligt. Es ist übrigens nichts Wunderbares, daß Sie so handeln. Ihr Irrtum ist ein fundamentaler. Sie betrachten den Sozialismus als Ausfluß der bürgerlichen Revolution des 18. Jahrhunderts. Wir dagegen sagen, daß der Sozialismus das Resultat des Klassenkampfes sei, der aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht und überall die gleichen Erscheinungen und trotz der Verschiedenheiten der Staatsformen die gleiche proletarische Taktik zeitigt. Deshalb aber bringen wir diese Frage vor das Proletariat aller Länder. Aber Ihr habt so wenig sozialistisches Verständnis, daß Ihr annehmt, es gäbe in dem historischen Ursprung und in der Augenblicks-Situation begründete Unterschiede, die dem Gedanken widersprechen, daß es eine einheitliche sozialistische Praxis, eine gleichmäßige internationale Aktion des Sozialismus gäbe. Sie führen dadurch den Nationalismus in die Internationale ein, für uns gilt aber noch das Wort Liebknechts, daß es für uns nur noch zwei Nationen gibt, die der Ausbeuter und die der Ausgebeuteten. Und zu dieser letzeren Nation gehören wir alle, französische und deutsche Sozialisten. Richten Sie nicht neue Grenzpfähle zwischen den Nationen auf und bekräftigen Sie unsre einheitliche Taktik, deren Ueberschreitung zum Tod des Sozialismus führt. (Beifall.)

* * *

Schluß-Sitzung. — Donnerstag vormittag 10 Uhr.

Ugarte (Argentinien) gibt die Erklärung ab, er könne für keine Resolution stimmen, die eine Verurteilung irgend einer Gruppe enthalte. Die Streitfrage berühre sie nicht.

Nach Zurückziehung der verschiedenen im Laufe der Diskussion gestellten Anträge bleiben für die Abstimmung nur noch übrig:

1. Der Schweizer Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung.
2. Der Antrag Adler-Vandervelde.
3. Die Dresdner Resolution.

Zu den letzten beiden Anträgen hat Mac Donald ein Amendement eingebracht,

> daß die englische Delegation sich nicht zur Aburteilung über die Zwistigkeiten in den einzelnen Ländern berufen fühle und daß der Kongreß es daher ablehnen solle, Streitigkeiten zu entscheiden, die bei Versuchen entstehen, die Grundsätze der Dresdner Resolution in die Praxis umzusetzen.

Jede Nation hat bei der Abstimmung 2 Stimmen.

Die Abstimmung ergibt:

1. Ablehnung des schweizer Antrags mit allen Stimmen gegen die der schweizer Delegation.

2. Ablehnung des Amendements Mac Donald gegen die Stimmen der englischen, schweizerischen und dänischen Delegation.

3. Ablehnung der Resolution Adler-Vandervelde. (Wortlaut siehe S. 32). **Für** die Resolution stimmen: Argentinien, Oesterreich, Belgien, Dänemark, Frankreich (1 Stimme der Jaurèsisten), Holland, Norwegen (1 Stimme), Polen (1 Stimme), Schweden, Schweiz (1 Stimme), insgesamt also **16** Stimmen. **Dagegen** stimmen: England, Deutschland, Böhmen, Bulgarien, Spanien, Frankreich (1 Stimme der Guesdisten), Ungarn, Italien, Japan, Norwegen (1 Stimme), Polen (1 Stimme), Rußland, Schweiz (1 Stimme), Ver. Staaten von Nordamerika, zusammen also **24** Stimmen.

4. Annahme der Dresdner Resolution. (Wortlaut siehe S. 31). **Für** dieselbe stimmten: England, Deutschland, Oesterreich, Böhmen, Bulgarien, Spanien, Frankreich (1 Stimme der Guesdisten), Holland, Ungarn, Italien, Rußland, Polen (1 Stimme), Schweiz (1 Stimme), Vereinigte Staaten von Nord-

amerika, Japan. **Dagegen**: Argentinien und Frankreich (1 Stimme der Jaurèsisten). Der **Abstimmung enthalten** haben sich Belgien, Dänemark, Norwegen, Polen (1 Stimme), Schweden, Schweiz (1 Stimme). Bei 10 Enthaltungen wurde sie also mit 27 gegen 3 Stimmen angenommen.

Zu der Einheits=Resolution (Troelstra, Bebel, Adler, Kautsky, Vandervelde, Ferri — Wortlaut siehe S. 32) erfolgten eine Reihe Erklärungen:

Mac Donald: Die englische Delegation stimmt für die Resolution, obwohl die englischen Genossen sich nicht darauf binden können, da sie selbst erst vor kurzem den Antrag auf Verschmelzung verworfen haben.

Roubanowitsch: Ich muß mich der Abstimmung enthalten, weil in Rußland eine Verschmelzung mit der sozialdemokratischen Partei zurzeit unmöglich ist.

Vaillant: Wir stimmen um so lieber für die Resolution, weil wir stets für dieselbe auf dem Boden der Dresdner Resolution eingetreten sind.

Jaurès: Ich stimme für die Resolution; wir haben stets für die Einigung gearbeitet. Die jetzige Mißstimmung zwischen uns und dem internationalen Sozialismus ist nur vorübergehend; die Einigung kann sich in Frankreich vollziehen, ohne daß die Arbeiterklasse auf die Taktik verzichten muß, die ihr durch die politischen und historischen Bedingungen ihres Landes vorgeschrieben ist; unsre Gedanken und unsre Taktik bleiben unsern Prinzipien angemessen.

Die Einheitsresolution wird einstimmig angenommen.

Eine längere Debatte entspinnt sich über die Art der Verhandlung vor dem Kongreß. **Bebel** schlug vor, einen Referenten zu ernennen, der völlig unparteiisch über die Verhandlungen in der Kommission berichten soll. Dadurch könne die Diskussion, wenn nicht ganz vermieden, möglichst abgekürzt werden. Er schlägt Vandervelde als Referenten vor.

Jaurès wendet sich dagegen insofern, als Vandervelde, der durch seine Resolution den Versöhnungsgedanken praktisch bethätigt habe, hier unterlegen sei; er könne daher nicht als Mehrheitsberichterstatter fungieren; bezüglich der Diskussion im Plenum müsse er sich alle Rechte der Minderheit in unbeschränktester Weise wahren.

Vandervelde wird als Berichterstatter ernannt; eine Beschränkung der Diskussion ist, wie Bebel u. a. erklären, nicht beabsichtigt worden; sie kann nur soweit stattfinden, als die Delegierten selber sie sich auferlegen.

Schluß der Sitzung 12½ Uhr.

In unserem Verlage erscheinen unter dem zusammenfassenden Titel **Kulturbilder** wichtige Abschnitte aus der Kulturgeschichte der Völker, die allgemeinverständlich dargestellt und reich illustriert werden.

Das Unternehmen beginnt mit der Darstellung der **Religionskämpfe** des 16. und 17. Jahrhunderts unter dem Titel:

Wider die Pfaffenherrschaft

Von Emil Rosenow

Vom Standpunkt des historischen Materialismus entwerfen wir das Kulturbild der mittelalterlichen Pfaffenherrschaft. Der Leser sieht, wie inmitten der zusammenbrechenden römischen Gesellschaft die urchristlich-kommunistischen Agitationen beginnen, welche die herrschende Klasse Roms vergeblich niederzukämpfen sucht; wie sich aus dem urchristlichen Kommunismus die Kirchenherrschaft entwickelt, wie sie ihren Siegeszug durch die Länder hält; wir zeigen, wie das Papsttum entsteht und den Gipfel seiner Macht erklimmt; wie die Kirche das politische und ökonomische Leben beherrscht, bis, beim Ausgange des Mittelalters, die aufkommende kapitalistische Wirtschaftsweise der Pfaffenherrschaft den Boden entreißt und in Blut und Kriegsgetümmel ihren Zusammenbruch herbeiführt.

Das Papsttum, die Klösterei und Möncherei, die politisch-ökonomische Tätigkeit des mittelalterlichen Klerus; die große Ausbeutung der Volksmassen durch Zehnten, Fronden, Ablaß usw., die blutige und grausame Bekämpfung jeglicher Opposition (Ketzerverfolgungen), die finstere Zeit der Hexenprozesse, die grausame Niederschlagung des Volkes (Bauernkriege, Wiedertäuferverfolgungen) und schließlich das furchtbare Elend des 30jährigen Krieges . . . . das alles sieht der Leser in packender Darstellung an seinem geistigen Auge vorüberziehen.

In die Zeit, deren Schilderung der erste Band unseres Werkes dienen soll, fällt auch die Wiedergeburt der antiken Kunst; in ihr entstanden die unerreichten Werke eines Cranach, Dürer, Holbein. Aus diesen Quellen sind unsere Illustrationen geschöpft. Der erste Band wird gegen 400 Bilder, darunter Abbildungen der größten Meisterwerke jener Zeiten und Völker bringen, die, wie wir erwarten, den Beifall der gesamten Arbeiterwelt finden werden.

Der erste Band wird in 50 Lieferungen à 20 Pfennig erscheinen

Jeder Band ist für sich abgeschlossen, so daß das Abonnement auf den einen Band nicht den Bezug der weiteren Bände notwendig macht.

Wöchentlich erscheint ein Heft

Bestellungen nehmen alle Partei-Buchhandlungen, Parteikolporteure, jede Buchhandlung oder auch der Verlag: Buchhandlung Vorwärts entgegen.

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69


UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 12 11 19 11 015 2